

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,80 M., im voraus zahlbar. Postpreis 4,32 M., einschließlich 60 Pf. Poststempel 19- und 72 Pf. Poststempelübertrag. Auslandsendungen monatlich 6.- M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksatzpost 5.- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“ illustrierte Beilage „Volk und Welt“ „Früher“, „Frauenzimmer“, „Lachni“, „Blitz in die Bühnenwelt“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbeilage“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einpalt. Nonparellgröße 80 Pf. Reklamengröße 5.- M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pf. (gültig für zwei gedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pf. Rabatt 11. April. Stehendgedruckte des ersten Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 60 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags täglich von 9 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmigter Anzeigen vor.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, D. B. u. D. G. - Ges., Depostent., Jerusalemstr. 63-68.

Die letzte Fahrt

Heute geben wir Hermann Müller das letzte Geleit. Zum letzten Male führt sein Weg vom Parteihaus in der Lindenstraße zur Reichskanzlei, von der Reichskanzlei zum Reichstag. Er führt ihn nicht mehr zu Arbeit und Kampf — es ist der letzte Weg nach vollbrachtem Opfer des Lebens für eine große und edle Sache.

Seiner Bahre folgt im Geiste die ganze Sozialdemokratische Partei, folgen die Sozialisten aller Länder. Und mehr — weit über die Grenzen der Partei hinaus hat sein Tod tiefste Anteilnahme hervorgerufen. Sie gilt dem Manne, der sein Bestes gab für seine Ueberzeugung, dem Manne und dem Kämpfer.

Diese Anteilnahme mildert unsere Trauer. Die Liebe der Freunde, die aus dem stummen Zug zu seiner Bahre sprach, und die Achtung der Gegner hebt uns über die Trauer hinaus. Denn die Arbeit und das Leben und der Kampf gehen weiter. Er war unser Führer — er wird uns künftighin Vorbild sein.

Heute fühlen wir Sozialdemokraten tiefer als sonst die Verbundenheit in Idee und Kampf, die große Gemeinschaft, der wir angehören. Wir nehmen Abschied von einem der unseren — mit dem festen Willen, Arbeit und Kampf fortzuführen: Für die Republik! Für den Sozialismus! Für die Menschheit!

Der stumme Zug.

Das Haus der Sozialdemokratie in der Lindenstraße war gestern der Schauplatz einer der eindrucksvollsten Demonstrationen, die Berlin je gesehen hat. Es war kein Zug der Massen mit wehenden Fahnen und klingenden Kampfliedern, es war ein nicht endender, elf Stunden währender Zug zur Bahre Hermann Müllers.

Das gleiche Bild wie gestern und vorgestern, nur noch verstärkt und herausgehoben durch die Zahl der Abschiednehmenden: Arbeiter, Angestellte, Beamte der Post, der Polizei, der Eisenbahn, Parlamentarier, alle erwiesen dem toten Führer des Proletariats die letzte Ehre. Um die Stunde des Geschäftschlusses kamen drei Kontoristinnen, deren eine einen schlichten Blumenstrauß trägt. Genosse Bürgermeister Seip-Wien, der nach vor kurzer Zeit den toten Freund in seiner Heimatstadt reden hörte, nahm persönlichen Abschied. Gegen Abend wollte der Vertreter der Internationale, Genosse Bliegen-Holland bei dem toten Freund und Mitkämpfer.

Es ist erzählt worden, daß in einer halben Stunde an 450 Frauen und Männer am Sarge Hermann Müllers Abschied nahmen. Es war eine stumme Demonstration der Berliner Arbeiterschaft, aber das Abschiednehmen dieser schweigenden Menschenmassen kündete deutlich den Willen des Proletariats!

Der Ehrenhof im Parteihaus ist in tiefes Schwarz gehüllt. Der Katafalk ist errichtet, die Vorbereitungen zur Trauerfeier von heute nachmittag sind beendet. Immer wieder kamen gestern die Kranzträger und Deputationen, um letzte Grüße an den toten Sozialdemokraten niederzulegen. Ganz vorne am Katafalk liegt der mit roter Schleife geschmückte Kranz der Sozialistischen Arbeiterinternationale, der „dem Freund und Mitkämpfer“ gewidmet ist. Der letzte Gruß aus Franken, dem Wahlkreis unseres Hermann Müller, trägt die Aufschrift „Unserm geliebten Abgeordneten und Führer“. Der Gau Berlin-Brandenburg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold dankt „Unserm Führer für Recht und Freiheit“. Die Reichstagsfraktion der Staatspartei hat einen schönen Kranz mit den Farben des Reiches gestiftet. Es seien weiter erwähnt: die Konzentration, die Regierung des Freistaates Hessen, Staatssekretär Weismann, die Sozialdemokratische Partei in Leipzig, der Hauptauschuß der Arbeiterwohlfahrt, der sozialdemokratische Ortsverein Nürnberg, das Reichsbanner der Arbeiter, das Polizeipräsidium Berlin, die Sozialdemokratische Partei, Bezirk Chemnitz/Erzgebirge, mit der Aufschrift: „Unserm treuen Führer“, die Sozialdemokratische Partei Ostpreußen, die Sozialdemokratische Partei des westlichen Westfalens, die „Fränkische Tagespost“, der Hauptvorstand des Zentralvorstandes der Schuhmacher in Nürnberg, die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags, Redaktion und Verlag der „Fränkischen Tageszeitung“, Nürnberg, die Arbeiter-Volkshochschule Harristenfeld, Professor Fritz Haber und der Unterbezirk Bayreuth der Deutschen Sozialdemokratie.

Noch um die 21. Stunde, nach deren Ablauf die öffentliche Be-

sichtigung abgeschlossen wird, hat der Andrang der Besucher nicht abgenommen. Berlins Arbeiterschaft trauert, aber in ihrer Trauer legt sie wiederum, wie schon so oft, ein Treuegelöbnis ab für die Partei der Arbeiterschaft, für die Sozialdemokratie!

Der Sarg wurde gestern um 22 Uhr geschlossen.

Die Fahnen auf halbmast!

Das preussische Staatsministerium hat angeordnet, daß sämtliche in Berlin gelegenen staatlichen und kommunalen Dienstgebäude, Gebäude der öffentlichen Körperschaften, des öffentlichen Rechts, sowie Gebäude der öffentlichen Schulen am 26. März 1931, dem Tage der Beisetzung des Reichskanzlers a. D. Müller nach den Bestimmungen der Verordnung vom 29. Juni 1929 halbmast zu besetzen sind.

Der Trauerzug am Donnerstag

Antreten: 16.45 Uhr — Abmarsch: 17.15 Uhr

- 1.— 4. Kreis: Charlottenstraße zwischen Koch- und Lindenstraße; Spitze Lindenstraße.
- 5.— 8. Kreis: Markgrafenstraße zwischen Koch- und Lindenstraße; Spitze Lindenstraße.
- 9.— 12. Kreis: Neuenburger Straße; Spitze Lindenstraße.
- 13.— 17. Kreis: Lindenstraße zwischen Ritter- und Hollmannstraße; Spitze Hollmannstraße.
- 18.— 20. Kreis: Hollmannstraße; Spitze Lindenstraße.

Der Trauerzug nimmt den Weg durch folgende Straßen: Lindenstraße, Belle-Alliance-Platz, Wilhelmstraße, Unter den Einden, Brandenburger Tor, Friedensallee, Platz der Republik, Hindersinstraße, Reichstagsufer, Kronprinzen-Brücke, Prinz-Friedrich-Karl-Ufer, Alexanderufer, Scharnhorststraße, Kieler Straße, Am Nordhafen, Tegeler Straße, Trifflstraße, Courbidreplaz, Gerichtstraße.

Die einzelnen Züge lösen sich auf wie folgt:

- 1.— 4. Kreis: Abmarsch durch Ruheplahstraße, Leopoldplatz, dort Auflösung.

- 5.— 8. Kreis: Abmarsch durch Gerichtstraße, Nettelbeckplatz, Panfstraße. Auflösung Panf- Ecke Wiesenstraße.
- 9.— 12. Kreis: Abmarsch durch Gerichtstraße, Nettelbeckplatz, Gerichtstraße, Czernener Platz, dort Auflösung.
- 13.— 17. Kreis: Marsch durch Ruheplahstraße zum Leopoldplatz, dort Auflösung.
- 18.— 20. Kreis: Abmarsch durch Gerichtstraße, Panfstraße, Auflösung Wiesen- Ecke Panfstraße.

Sozialistische Studentenschaft, Ortsgruppe Berlin, Antreten mit der SAJ., Neuenburger Straße, Spitze Lindenstraße.

Reihenfolge des Trauerzuges:

Alle Teilnehmer am Trauerzug zu Ehren unseres Genossen Hermann Müller werden gebeten, folgendes zu beachten:

Der Trauerzug wird von einer Reichsbannerformation mit Musikkorps geführt. Es folgen: Der Leichenwagen, der von Mitgliedern der Arbeiterjugend flankiert wird.

Die Wagen mit den Angehörigen.
Eine zweite Reichsbannerformation.
Die Kranzwagen.

Der Parteivorstand mit den ausländischen Gästen, die Delegation von Franken, der Bundesvorstand des ADGB, und die Reichstagsfraktion.

Der Reichstagsfraktion schließen sich an die Züge der Partei: 1. von der Neuenburger Straße; 2. von der Hollmannstraße; 3. von der Lindenstraße, mit der Spitze Hollmannstraße; 4. von der Charlottenstraße; 5. von der Markgrafenstraße.

Die Teilnehmer am der Trauerfeier auf dem ersten Hof des Lindenhauses, die nicht zur Reichstagsfraktion und den Zentralinstanzen der Partei gehören, reihen sich in die Züge der Partei ein.

Alle Teilnehmer werden gebeten, durch Disziplin dazu beizutragen, daß ein geordneter Aufmarsch des Trauerzuges gewährleistet ist.
Der Bezirksvorstand.

Der Reichsetat verabschiedet.

Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. — Abgabe einer Fraktionserklärung.

Was vor einem halben Jahre für völlig unmöglich gehalten worden ist, das ist am Mittwoch verwirklicht worden. Der Etat des Reiches ist vom Reichstag mit 277 gegen 64 Stimmen der Kommunisten und 14 Enthaltungen der Wirtschaftspartei in dritter Lesung angenommen worden.

Die Sozialdemokratie steht vielen einzelnen Positionen mit großem Vorbehalt gegenüber. Dennoch erblickt sie in der parlamentarischen Erledigung des Reichsetats einen außerordentlich wichtigen Schritt zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und der öffentlichen Finanzen, der günstige Rückwirkungen auch auf den Stand der Arbeitslosigkeit ausüben muß.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ihren Standpunkt in einer Erklärung dargelegt, die Genosse Pittmann im Reichstag abgab.

Die Erklärung der Reichstagsfraktion.

Durch die Krisenwahlen am 14. September hat der Reichstag eine Zusammensetzung erhalten, die eine unmittelbare Gefahr für die Demokratie, für alle politischen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen des Bekämpfungstempes der Arbeiterschaft darstellt.

Die Partei der kapitalistischen und großagrarischen Scharmacher, der Prinzen und kaiserlichen Generale, die sich hinter dem Namen

einer nationalsozialistischen Arbeiterpartei verbirgt, hat die Verzwelgung wirtschaftlich schwer bedrängter und politisch unausgerüsteter Volksschichten in demagogischer Weise ausgenutzt und durch trügerische Versprechungen weite Wählermassen an sich gerissen.

Die rasche Entwicklung des reaktionären Charakters hat die Nationalsozialisten zum Verlassen des Reichstags gezwungen. Ihnen folgten die Deutschnationalen. Seitdem haben sich beide Parteien immer enger zu einem einzigen reaktionären Block verbrüdert.

Die Sozialdemokratische Partei hat ihre Massen im Lande aufgerufen, die Demokratie und die Rechte des Proletariats zu verteidigen. Um diese Verteidigung erfolgreich zu gestalten, mußte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ein Abgleiten der Staatsgewalt in die Hände des Faschismus verhindern. In der Erhaltung der Demokratie, der Sicherung der Verfassung und dem Schutze des Parlaments hat deshalb auch die Reichstagsfraktion die oberste Aufgabe ihrer parlamentarischen Taktik gesehen.

Das geschah in der klaren Erkenntnis, daß ohne die politische Freiheit keine Möglichkeit besteht, die Sozialpolitik zu schützen und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse, die durch die Wirtschaftskrise aufs härteste bedroht ist, zu heben.

Entsprechend diesen Absichten hat die Sozialdemokratie durchgesetzt, daß die Notverordnungen der Regierung Brüning in

entscheidenden Punkten verbessert worden sind, daß trotz des Anwachsens der Zahl der Arbeitslosen auf fast 5 Millionen, trotz Rückgang aller Steuereinnahmen die Unterbringung an die Arbeitslosen ausreicht erhalten werden konnte. Sie hat schließlich durch ihre Mitarbeit an der parlamentarischen Erledigung des Reichsetats mit dazu beigetragen, daß

das durch den Wahlausfall aufs schwerste erschütterte Vertrauen der deutschen Wirtschaft langsam zurückkehren und so eine allmähliche Besserung in der Wirtschaftslage Deutschlands angebahnt werden kann.

Nationalsozialisten und Deutschnationale, die nach dem 14. September in kurzer Zeit die faschistische Diktatur glaubten errichten zu können, sind durch die parlamentarische Arbeit der Sozialdemokratie und durch die gesteigerte Aktivität der Massen daran gehindert worden. Nun hoffen sie, daß ihr Auszug aus dem Parlament eine Bohmung des Reichstags und eine Sprengung der Regierung herbeiführen werde.

Aber auch diese Hoffnung hat die Sozialdemokratie zerschanden gemacht. Sie stand

vor der Tatsache, daß durch den Auszug von Nationalsozialisten und Deutschnationalen an den Machtverhältnissen nichts geändert worden ist.

und daß sie diejenigen Entscheidungen, die in einem vollbesetzten Reichstag von der bürgerlichen Mehrheit getroffen worden wären, nicht durch eine Scheinmehrheit von Sozialdemokraten und Kommunisten durchkreuzen konnte, wollte sie nicht den Absichten ihrer faschistischen Gegner Vorschub leisten.

Aber so wichtig es ist, daß der Reichstag seine Arbeitsfähigkeit trotz einer starken antiparlamentarischen Opposition bewiesen hat, und so wichtig es ist, daß die Aufgaben der Gesetzgebung auf verfassungsmäßigem Wege erledigt worden sind, so steht dennoch die Lösung der Hauptaufgaben, die Überwindung der Wirtschaftskrise, noch aus. Sie kann nicht erreicht werden durch die Verminderung der Kaufkraft auf dem Wege über den Abbau der Löhne und dem Abbau der sozialen Einrichtungen. Sie wird auch nicht erreicht werden durch einen hemmungslosen Aufbau der landwirtschaftlichen Zölle, die nur die Kosten der Lebenshaltung in die Höhe schrauben, die Ausfuhr deutscher Fertigerzeugnisse hindern und die Arbeitslosigkeit vergrößern.

Die Sozialdemokratie hat deshalb für die von der Reichsregierung verlangte Spätermächtigkeit die notwendige Sicherung zur Aufrechterhaltung aller gesetzlichen Verpflichtungen für die sozialen Leistungen geschaffen. Ebenso hat sie, ohne die Hilfe für die schwer ringende bäuerliche Wirtschaft zu gefährden, dafür Sorge getragen, daß bei der Ermäßigung zur selbstständigen Festsetzung von Zöllen für landwirtschaftliche Erzeugnisse die Kosten für die Lebenshaltung der breiten Massen nicht gesteigert werden dürfen.

Die sozialdemokratische Fraktion wird auch dem Etat ihre Zustimmung geben, nachdem es gelungen ist, die in ihm enthaltenen sozialen Leistungen zu sichern und für stärkere Besteuerung der besonders leistungsfähigen Schichten Mittel für dringende soziale Zwecke neu zu beschaffen.

Sie verlangt jedoch von der Reichsregierung, daß sie entsprechend den abgegebenen Erklärungen nun mit allen Mitteln daran geht, die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Der Lohnabbau, der die Wirtschaftsbelastung nur erschwert hat, darf nicht fortgesetzt, die Verkürzung der Arbeitszeit muß, wenn sie nicht in kurzer Zeit freiwillig eingeführt wird, gesetzlich angeordnet werden. Die sozialen Leistungen an die Hilfsbedürftigen müssen aufrecht erhalten werden.

Die Gemeinden, die unter der Last der Wohlfahrtsverpflichtungen für die Zusammenzuehenden drohen, muß die Aufrechterhaltung ihrer Leistungen durch die Schaffung der staatlichen Arbeitslosenfürsorge ermöglicht werden. Die Regierung muß alle Mittel anwenden, um die Wirtschaftskrise durch arbeitsschaffende Maßnahmen abzukürzen.

Nur eine entschlossene demokratische und soziale Politik wird imstande sein, das deutsche Volk aus der Gefahr einer Selbstvernichtung im Bürgerkrieg zu befreien und einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Wir Sozialdemokraten werden die bevorstehende parlamentarische Pause benutzen, um ins Land hinauszugehen und dort zu wirken und zu wirken. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit spielt sich heute auf politischem Boden als ein Kampf zwischen Faschismus und Demokratie ab.

Wir gehen hinaus zum Kampf gegen die faschistischen Söldner des Kapitals, für das Recht der Arbeit, für Demokratie und Sozialismus. (Lebhafte anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Beschlüsse des Reichstags.

Vor der Abstimmung über den Etat wurde das Osthilfengesetz ohne wesentliche Änderungen in der Ausschussfassung in zweiter Beratung angenommen. Die dazu vorliegenden Entschlüsse des Ausschusses wurden angenommen, dazu eine sozialdemokratische Entschlüsse, die sich gegen den Abbau der Tariflöhne der ländlichen Arbeiterschaft wendet.

Das Gesetz gegen Waffensmishandlung wurde in dritter Beratung gegen die Kommunisten angenommen.

Zum Reichshaushaltsgesetz wurde der Antrag der Mehrheitspartei, der der Regierung Brünning die Einsparungsermächtigung erteilt, mit 290 gegen 65 kommunistische Stimmen angenommen.

Aus den übrigen Abstimmungen sei hervorgehoben die Annahme des sozialdemokratischen Antrages auf Erhöhung des Einkommensteuers bei der Einkommensteuer um 43 Millionen, das ist der Mehrbetrag aus der erhöhten Besteuerung der Aufsichtsräte und des Kopfes zur Einkommensteuer. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß 35 Millionen davon den Ländern zur Weitergabe an die notleidenden Gemeinden zuzuführen, 5 Millionen an die Knappschaftsversicherung überwiesen werden, die damit einen Reichszuschuß von insgesamt 45 Millionen erhält, während 3 Millionen für die Spelung von Kindern angelegt worden sind. Außerdem wurde eine Entschlüsse angenommen, die die Reichsregierung auffordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Ausnahmebesteuerung der Konsumverleue und Großhandelsbetriebe beseitigt.

Beim Marinetat wurde der kommunistische Antrag auf Streichung des Ersatzbauplans bei den Kriegsschiffen mit 284 gegen 8 kommunistische Stimmen abgelehnt.

Der kommunistische Antrag auf Streichung der vierten Rate des Panzerschiffes A wurde mit 176 gegen 74 Stimmen bei 106 Stimmenthaltungen abgelehnt, ebenso der kommunistische Antrag auf Streichung der ersten Rate für das Panzerschiff B mit 176 gegen 73 Stimmen bei 106 Stimmenthaltungen.

Wieder Disziplinbruch!

Die letzte Abstimmung über den Panzerkreuzer ergab leider wieder eine nichteinheitliche Abstimmung der sozialdemokratischen Fraktion.

Britischer Botschafter bei Brüning.

Der Wunsch nach gemeinsamer Besprechung der Zollunion im Völkerbundsrat.

Der britische Botschafter hat heute den Reichsfinanzminister wegen der deutsch-österreichischen Vereinbarung über die Zollunion aufgesucht und ihm mitgeteilt, Herr Henderson habe es im allgemeinen Interesse für erwünscht, daß die Angelegenheit im Hinblick auf das Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922 gemeinsam besprochen würde und daß Deutschland und Oesterreich bis zur nächsten Sitzung des Völkerbundsrats nicht zu endgültigen Feststellungen schritten.

Der Reichsfinanzminister hat den Botschafter in seiner Antwort darauf hingewiesen, daß die deutsch-österreichische Vereinbarung sich ganz im Rahmen des Genfer Protokolls halte und somit nach Auffassung der Reichsregierung und der österreichischen Regierung für den Völkerbundsrat kein Anlaß gegeben sei, sich mit der Angelegenheit zu befassen. Wenn von anderen Regierungen eine Prüfung der Rechtsfrage angestrebt werde, so brauchten die deutsche und die österreichische Regierung dies nicht zu scheuen. Eine Prüfung des Abkommens durch den Völkerbundsrat unter politischen Gesichtspunkten halte die Reichsregierung nicht für zulässig, da das Abkommen rein wirtschaftlichen Charakter habe.

Der Reichsfinanzminister erläuterte die Ziele der deutsch-österreichischen Verhandlungen, die natürlich ihren Fortgang nehmen müßten, die aber, wie von vornherein festgestanden habe, mit Rücksicht auf die zahlreichen zu regelnden technischen Einzelheiten nicht vor zwei oder drei Monaten zum Abschluß gelangen könnten.

Eine englische Mitteilung.

Paris, 25. März.

Die englische Botschaft in Paris gibt folgendes Kommuniqué aus:

Der französische und der englische Außenminister haben heute vormittag über die Lage beraten, die durch den Plan eines österreichisch-deutschen Zollabkommens geschaffen worden ist. Henderson teilt Briand davon in Kenntnis, daß er die Ausmeßbarkeit der deutschen und österreichischen Regierung auf die Beunruhigung gelenkt habe, die vielerorts wegen der Vereinbarkeit des geplanten Vertrages mit den bestehenden Verpflichtungen verspürt worden sei. Henderson hat der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß, bevor diese Regierungen die Verhandlungen über den Plan einer Zollunion fortsetzen, dem Völkerbundsrat, unter dessen Aufsicht das Protokoll von 1922 zustande gekommen ist, Gelegenheit gegeben werde, sich selbst in der Maitagung davon zu überzeugen, daß die fraglichen Vorschläge nicht den Verpflichtungen, die dieses Protokoll Frankreich auferlegt, zuwiderlaufen.

London, 25. März.

Der parlamentarische Unterstaatssekretär im Ministerium des Auswärtigen, Dalton, erklärte im Unterhaus: Der Plan einer Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich werde unter dem juristischen, handelspolitischen und politischen Standpunkt sorgfältig geprüft werden. Es sei noch kein Abkommen zwischen Deutschland und Oesterreich abgeschlossen worden, und die Frage, ob eine nach den Richtlinien, die in den mitgeteilten Vorschlägen enthalten seien, errichtete Union den Bestimmungen irgendeines Vertrages widerspreche, sei eine juristische Frage, die gegenwärtig nicht beantwortet werden könne, die aber äußerst eingehend geprüft werde.

Die britische Regierung beabsichtige nicht, jetzt mit Deutschland oder mit Oesterreich Verhandlungen zum Abschluß einer Zollunion einzuleiten; denn dies würde eine vollständige Wendung der britischen Zollpolitik bedeuten, nicht nur gegenüber den ausländischen Staaten, sondern auch gegenüber den Dominions und Indien.

In Beantwortung weiterer Anfragen führte Dalton dann aus, die erste Nachricht über die geplante Zollunion sei von dem französischen Botschafter übermittelt worden, der am vergangenen Freitag im Ministerium des Auswärtigen vorgeprochen und das, was er in Erfahrung gebracht hätte, mitgeteilt habe. Dalton

lehnte ab, auf die Frage zu antworten, ob irgendeine Beschränkung vorgebracht worden wäre, weil die deutsch-österreichischen Verhandlungen hinter dem Rücken der anderen europäischen Nationen vor sich gegangen seien. Er sagte, es sei besser, wenn Henderson selbst nach seiner Rückkehr aus Paris diese Frage beantwortete. Dalton sagte zum Schluß, die Richtlinien enthielten eine Bestimmung, nach der die deutsche Regierung bereit sei, ein ähnliches Abkommen mit jeder anderen Macht abzuschließen.

Die amtliche englische Mitteilung aus Paris über das Resultat der englisch-französischen Verhandlungen über die deutsch-österreichische Zollunion und die Erklärungen des parlamentarischen Unterstaatssekretärs im Unterhaus gibt zu aufgeregten Kommentaren keinen Anlaß. England beugt sich keineswegs dem Willen Frankreichs, wie es in überreichten Zeitungsüberschriften bereits heißt. Die englische Regierung kündigt auch keinen Antrag an, die Angelegenheit dem Völkerbundsrat zu unterbreiten, sondern gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der Rat Gelegenheit erhalten werde, sich davon zu überzeugen, daß die geplante Zollunion mit dem Genfer Protokoll von 1922 über die Sanierung Oesterreichs im Einklang steht. Der englische Außenminister stimmt weder in das vorläufige Geschrei des französischen und tschechischen Nationalismus ein, der Deutschland einer Rechtsverletzung in einem Augenblick schon beschuldigt, wo ein fertiger Zollunionsvertrag überhaupt noch nicht formuliert, noch viel weniger ratifiziert ist — noch weniger er sich auf die Bestimmungen von Versailles und St. Germain über die Unabhängigkeit Oesterreichs, die das Londoner Arbeiterblatt eben erst wieder als eine der größten Torheiten von 1919 bezeichnet hat.

Vom deutschen Standpunkt aus können wir nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß es auch schon vor der Maitagung des Rates der deutschen und österreichischen Diplomatie gelingen möge, Europa für ihre gemeinschaftliche Ueberzeugung zu gewinnen, daß die geplante Zollunion mit den bestehenden Verträgen übereinstimmt, so daß die Zollunionsverhandlungen ungestört weitergeführt werden können.

Briand ebenfalls für die Einschaltung des Völkerbundes.

Paris, 25. März.

Vor der zweiten am Mittwoch stattgefundenen Unterredung mit Henderson hat Briand den Vorsitzenden der auswärtigen Ausschüsse der Kammer und des Senats Aufklärung über das deutsch-österreichische Protokoll gegeben. Er teilte ihnen mit, daß er bereits vor der Bekanntgabe des Protokolls die Berliner und die Wiener Regierung auf diplomatischem Wege darauf habe aufmerksam machen lassen, daß sie die bestehenden Verträge und Abkommen respektieren müßten. Briand erklärte weiter, daß im Hinblick auf das Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922 über die finanzielle Wiederaufrichtung Oesterreichs, der Völkerbund nach seiner Ansicht zu dem deutsch-österreichischen Plan Stellung nehmen müßte, bevor dieser zur Durchführung gelangt. In der Mittwoch-Sitzung des Auswärtigen Ausschusses der Kammer erstattete Paul Boncour Bericht über die Erklärungen Briands.

Die Aufregung, die mit wenigen Ausnahmen in der französischen Presse über die deutsch-österreichische Zollvereinbarung festzustellen war, scheint jetzt wenigstens in der gemäßigten Presse einer etwas ruhigeren Beurteilung Platz zu machen. Man geht wohl nicht mehr in der Annahme, daß dieser vorläufig noch etwas jaghafte Stimmungsumschwung auf den Einfluß Briands zurückzuführen ist, der sich nach seinen Unterredungen mit Henderson wahrscheinlich davon überzeugt hat, daß England die Angelegenheit nicht so tragisch nimmt wie Frankreich und zu irgend welchen Protestdemonstrationen nicht entschlossen zu sein scheint.

Nicht sozialdemokratische Abgeordnete stimmten für den kommunistischen Antrag, und zwar: Graf, Kuhn, Dellinghaus, Portune, Dr. Rosenfeld, Sedewitz, Dr. Siemen, Ströbel.

28 Abgeordnete beteiligten sich nicht an der Abstimmung, zehn davon schieden wegen Krankheit oder dringender Geschäfte. Die 18 Abgeordneten waren: Frau Agnes, Krzl, Aufhäuser, Bergmann, Dietrich, Fleißner, Graupe, Krähig, Künstler, Frau Kunert, Witte, Dr. Löwenstein, Schirmer, Frau Schreiber-Krieger, Frau Sender, Stücken, Frau Wurm, Ziegler.

Die zehn fehlenden Abgeordneten sind: Beims, Bernhard, Crispian, Ferk, Gerlach, Jäder, Parßen, Dr. Remmels, Streufert, Witte.

Das Schicksal des Brotpreises.

Das noch nicht ganz fertige Kompromiß.

Obwohl noch Verhandlungen zwischen der Regierung und den Bäckerinnungen schweben, auf welche Weise sich eine Erhöhung des Brotpreises vermeiden werden soll, haben verschiedene Meister und Fabriken in Berlin den Brotpreis bereits auf 50 Pf. erhöht. Sie zeigen damit, daß sie keinerlei Verständnis für die Lage der Arbeiterschaft besitzen und keinerlei wirkliches Verantwortungsgefühl.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich inzwischen mit aller Energie bemüht, die Regierungsparteien zu überzeugen, daß jede weitere Verteuerung der Lebensmittel, namentlich des Brotes, für die breiten Massen untragbar ist. Die Verhandlungen haben zu einem Kompromiß geführt, das einige Zusätze zu dem dem Reichstag von der Regierung vorgelegten Zollermächtigungsgesetz vorsieht. Diese Zusätze sollen zum Schutz der Verbraucher eine weitere Preissteigerung verhindern. Die Regierung soll durch sie verpflichtet werden, einer Erhöhung des Brotpreises über den Durchschnittspreis der letzten sechs Monate entgegenzuwirken. Außerdem muß die Reichsregierung Zölle herabsetzen oder andere geeignete Maßnahmen ergreifen, um das Preisniveau zu senken, wenn die Indizes, die die Kosten der Lebensmittel anzeigt, vier Monate lang über 133 Proz. steigt. Schließlich müssen die Beschlüsse der Reichsregierung über Zolländerungen dem Reichsrat zur Kenntnis gebracht werden und sind, wenn der Reichsrat Einspruch gegen sie erhebt, wieder rückgängig zu machen.

Einfacher wäre es gewesen, wenn die Reichsregierung sofort durch eine Senkung der Weizen- und Roggenzölle und eine Herab-

setzung des Weizenvermahlungszwanges eine Senkung der Preise für Mehl und damit für Brot herbeigeführt hätte. Es brauchte dann nicht dieser umständliche Weg gewählt werden, um eine Senkung des Preisniveaus zu erreichen. Wird das Kompromiß in Plenum aber angenommen, so ist indessen ein Verbraucherschutz in dem Zollermächtigungsgesetz verankert. Dies gilt aber nur unter der Voraussetzung, daß die Regierung die Bestimmungen wort- und stimmungsfähig durchführt. Die Entscheidung wird im Reichstag noch fallen.

Auf jeden Fall muß, um eine allgemeine Preissteigerung für Brot in der nächsten Zeit zu vermeiden, die Ausmahlungs-grenze für Roggen von 60 auf 70 Proz. erhöht werden, damit den Bäckern jeder Grund genommen wird, den Brotpreis heraufzusetzen. Ebenso notwendig ist es aber auch, daß endlich der Paragraph des Brotgesetzes in Kraft gesetzt wird, der den Verkauf des Brotes nach Gewicht vorschreibt. Erst dann ist es für den Verbraucher möglich, eine Kontrolle der Brotpreise bei den einzelnen Bäckermeistern vorzunehmen und so die Profite der Bäcker einzuschränken.

Berlin: Gesetz beschlossen.

Es tritt am 1. April in Kraft. — Volkstheatervertrag wieder nicht zustande gekommen.

Der Preussische Landtag stimmte am Mittwoch über die angebotenen Titel des Kultusministeriums in zweiter Lesung ab. Dabei wurde auch ein Zentrumsantrag bei Stimmenthaltung der Sozialdemokratie angenommen, mit Ablauf der Spielzeit 1931 die Staatliche Krolloper in Berlin zu schließen.

Die namentliche Abstimmung über den Staatsvertrag mit der Berliner Volkstheater ergab zum dritten Male die Beschlussunfähigkeit des Hauses. Wieder gaben Kommunisten und Rechtsparteien keine Karten ab. Die Regierungsparteien brachten nur 225 Stimmen auf. Es fehlte also nur eine Stimme an der Mehrheit. Die Sozialdemokraten waren vollständig vertreten.

Dann wurde in dritter Lesung ebenfalls in namentlicher Abstimmung das neue Berliner Selbstverwaltungsgesetz endgültig verabschiedet. Hierbei gelang es den Rechtsparteien und den Kommunisten nicht, das Haus beschlussunfähig zu machen, weil die Landvolkpartei sich an der Abstimmung beteiligte. Das Gesetz tritt nun am 1. April 1931 in Kraft.

Rußlands offizielles Gesicht.

Das Fazit des Rätekongresses.

Von Peter Garwy.

Der Rätekongress der Sowjetunion ist geschlossen. Von außen gesehen war er ein Triumph der von Lenin hochgepreisen „höchsten Form der Demokratie“. Die Zahl der Wahlberechtigten stieg von 35,6 Millionen im Jahre 1927 auf 47 Millionen im Jahre 1929 und auf 61 Millionen (72 Proz. der Wahlberechtigten) im Jahre 1931 (davon 12,8 Millionen in der Stadt und 48,1 Millionen auf dem flachen Lande).

Aber was besagen diese Zahlen? Der Rätekongress ist in vielfach indirekten, ungleichen und öffentlichen Wahlen gewählt worden. Es gab dabei keinen Wahlkampf, keine Gegenliste, keine Wahlfreiheit. Die Sowjets, denen nach der Lösung Lenins und nach der Räteverfassung „alle Macht“ geführt, spielen in Wirklichkeit die Rolle eines Dekamantels, hinter dem sich die persönliche Diktatur Stalins verbirgt, die mit Hilfe des militärisch disziplinierten Parteiapparats durchgeführt wird.

Im angeblichen „Parlament der Arbeit“ gab es keine, wenn auch nur kommunistische Opposition! Kein einziger Trost, kein Rechtsabweichler oder Versöhnler durfte in die Sowjets gewählt werden. Das langjährige Haupt der Sowjetregierung Njlow konnte auf dem Kongress nicht auftreten, um sich und seine Politik zu verteidigen. Nur die linientreuesten Stalnikisten und die von ihnen bestimmten „ehrliehen Parteiführer“ bildeten den „Rätekongress des sozialistischen Aufbaues“.

Statt Njlow erstattete Molotow diesmal den Bericht der Sowjetregierung. In diesem Personenwechsel spiegelt sich die scharfe Wendung in der Politik der Diktatur ab. Molotow ist der farblose Handschuh Stalins. Der Diktator hielt sich auf dem Rätekongress, wie immer, im Hintergrunde. Aber seine eiserne Hand leitete die Handlungen des zweitausendköpfigen Rätekongresses, das einmal in zwei Jahren zusammentritt, um beim wertvollen Volke die Illusion der Selbstregierung aufrechtzuerhalten.

Die außenpolitischen Ausführungen Molotows waren im Grunde genommen eine fade Wiederholung der bekannten Rede Stalins auf dem letzten Parteikongress 1930. Wie damals lag den Ausführungen Molotows die prahlerische Entgegenstellung der „sozialistischen Erfolge“ in Sowjetrußland und dem zunehmenden Zerfall in den Ländern des Kapitalismus zugrunde. Die Schlussfolgerung war grotesk einfach: „Keinem Volke ist der Weg der Oktoberrevolution verboten.“

Es ist nicht zu bestreiten, daß der gegenwärtige Moment für eine derartige demagogische Entgegenstellung günstig ist. Die Bolschewisten haben es verstanden, die Weltkrise und die steigende Arbeitslosigkeit im Westen zu propagandistischen Zwecken auf dem Rätekongress mit Geschick auszunutzen. Es ist übrigens eine sozialistische Binsenwahrheit, daß die kapitalistische Produktionsweise und Gesellschaftsordnung ungenügend ist und daß sie im Interesse des arbeitenden Volkes und der Zivilisation durch eine höhere, bessere, gerechtere abgelöst werden muß. Die Frage ist nur die, ob die bolschewistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die in einer Staatskannerei mündet, die von den Sozialisten erstrahnte höhere Produktions- und Gesellschaftsform ist, durch die der Kapitalismus abgelöst werden muß! Der Rätekongress hat keine Beweise dafür erbracht, daß der „Weg der Oktoberrevolution“ für die Arbeiter Westeuropas der „einzig gangbare“ ist, und die Lage der Arbeiter in Sowjetrußland ist keineswegs beneidenswert.

Die sozialrevolutionäre Juspitzung der außenpolitischen Ausführungen auf dem Rätekongress wurde durch die übliche Betonung der Friedfertigkeit der Sowjetunion begleitet. Einerseits wurde dabei die eingetretene Besserung der Beziehungen mit den meisten Fremdmächten unterstrichen, andererseits wurde aber mit Berufung auf den insamen „Menschewiki“-Prozess die interventionistische Gefahr an die Wand gemalt. Der Kriegsalarms ist offenkundig ein Ablenkungs- und Einschüchterungsmanöver nach innen und ein Propagandamanöver nach außen.

Die außenpolitischen Ausführungen bildeten nur eine Umrahmung für die Wirtschaftsprobleme der Sowjetunion. Der traurigen Wirklichkeit zum Trotz wurde von den Regierungsvertretern betont, daß „das Land in den Sozialismus eingetreten ist“. Die Bjaliketta, der Fünfjahrplan habe sich in den ersten zwei Jahren bewährt. Der Prozentfuß der Ausführungen beträgt nämlich im Vergleich zum Voranschlag für die ersten zwei Jahre: für das Nationaleinkommen 102 Proz., für den Staatshaushalt 124 Proz., für die Kapitalinvestitionen 109 Proz., für die Bruttoproduktion der geplanten Industrie 104 Proz., für die Saafäche 103 Proz., für die Marktgetreideproduktion 121 Proz. und für den Güterverkehr 117 Proz. Der Rätekongress hat den Wirtschaftsplan für das Jahr 1931 bestätigt, der von der herrschenden Partei aufgestellt war. Das Nationaleinkommen soll demnach um 39 Proz., die Bruttoproduktion der Staatsindustrie um 45 Proz. gesteigert werden bei einer Herabsetzung der Selbstkosten um 10 Proz. Nicht weniger als 318 neue Fabriken und Werke sollen in diesem Jahre in Gang gesetzt werden. In den Hauptzweigen der Industrie soll der Fünfjahrplan in drei Jahren durchgeführt werden.

Hiermit hat der Rätekongress das überspannte Industrialisierungstempo Stalins feierlich bestätigt, das nur mit Hilfe der weiteren Drosselung des Konsums, der Inflation, der Verschlechterung des Arbeiterschutzes, der Ausdehnung der Antreibermethoden und der Beschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter eingehalten werden kann. Es läßt sich nicht bestreiten, daß in Sowjetrußland ein gewaltiger Industrieaufbau stattfindet. Es ist aber kaum daran zu zweifeln, daß das ungeheure Experiment letzten Endes fehlschlagen wird, da es in Rußland an allen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen für den sofortigen Aufbau des Sozialismus fehlt. Die allumfassende Staatswirtschaft, die von Oben dem Volke aufgezwungen wird, hat übrigens mit

Das Regime Fried wird abgebaut.

Rationalsozialistische Götterdämmerung in Weimar.

Weimar, 25. März. (Eigenbericht.)

Im Haushaltsausschuß des Thüringischen Landtags kam es am Mittwoch zu einer lebhaften Fried-Debatte. Veranlassung dazu gaben die Theaterstandale des Fachberaters von Fried, Dr. Ziegler. Ziegler ist Redakteur an dem Weimarer Naziblatt und nichtamtlicher Sachberater des Herrn Fried für Theaterfragen. Für diese Tätigkeit erhält er monatlich 200 Mark.

Auf Veranlassung Zieglers sind in letzter Zeit mehrere Künstler mit bösischen Aussehen oder ausländischem Namen vom Nationaltheater in Weimar entlassen worden. So u. a. der bisherige Generalmusikdirektor, weil seine Frau eine Jüdin ist. Außerdem ist das Deutsche Nationaltheater auf Veranlassung Zieglers fortgesetzt zu rationalsozialistischen Parteiveranstaltungen benützt worden. Die Nazis benutzen das Theater mit besonderer Vorliebe, weil hier die verfassunggebende Nationalversammlung getagt hat und die Verfassung der Republik geschaffen wurde. Erst kürzlich hat der Fememörder Schulz im Nationaltheater eine Rede wie folgt begonnen: „In diesem Raum hat sich einstmal eine Horde von Verrätern und Feiglingen angemacht, einen neuen Staat aufzubauen.“

Die Sozialdemokratie protestierte lebhaft gegen die unerhörte Beschimpfung deutscher Männer und Frauen, die der Nationalversammlung angehört haben. Auf ihren Antrag wurden zwei Entschlüsse angenommen, die sich gegen die Kunstpolitik Frieds und den Mißbrauch des Deutschen Nationaltheaters durch die Hakenkreuzler richten.

Angenommen wurde ferner mit den Stimmen der SPD, der Volkspartei und der Kommunisten folgender volksparteilicher Antrag: „Die Landesregierung wird beauftragt, den von dem Herrn Volksbildungsminister als Fachberater für Kunstangelegenheiten berufenen Dr. Ziegler unverzüglich aus seiner Tätigkeit zu entfernen.“

Ein Beschluß der Volkspartei.

Fried-Pirnasens wird ausgeschaltet.

Weimar, 25. März.

Der Landesausschuß der DVP. trat am Mittwoch zusammen, um zu der politischen Lage in Thüringen Stellung zu nehmen. Der Fraktionsführer der Volkspartei, Dr. Bismann, gab einen Bericht über die jüngste politische Entwicklung in Thüringen, in dem er erklärte, nach allem, was sich ereignet habe, gebe es für die Volkspartei keine andere Möglichkeit, als durch die Zustimmung zu den von den Sozialdemokraten eingebrachten Mißtrauensanträgen

dem Sozialismus nichts gemein. Indem man mit dem bolschewistischen Experiment sozialistische Hoffnungen verknüpft, läuft man Gefahr, daß der Zusammenbruch dieses Experiments auch den Sozialismus diskreditieren wird!

Der Schwerpunkt der Verhandlungen des Rätekongresses lag auf dem Gebiet der neuen Agrarrevolution, die von Stalin seit 1929 eingeleitet wurde. Auf dem Kongress wurden verblüffende Zahlen über den Gang der Verstaatlichung und Kollektivierung der Landwirtschaft angeführt. Die Zahl der kollektivierten Bauernwirtschaften betrug 1927 288 000 (1,1 Proz.), 1928 595 000 (2,3 Proz.), 1929 2 131 000 (8,1 Proz.), 1930 5 565 000 (22,2 Proz.), 1931 (1. März) 8 830 000 (35,3 Proz.). Im laufenden Jahre sollen nicht weniger als 50 Proz. der Bauernwirtschaften in den Kolchofen organisiert werden, die übrigen völlig den Staatsorganen untergeordnet sind. Dasselbe rasende Tempo ist auf dem Gebiet der Gründung der Sowjetgüter eingeschlagen worden. Die Mechanisierung der Landwirtschaft wird in aller Eile durchgeführt.

In seiner Rede hat zwar der Volkskommissar für Landwirtschaft Jakowlew das Freiwilligkeitsprinzip bei dem Eintritt in die Kolchofen betont, aber gleichzeitig wendete er sich gegen die passive Haltung der Partei- und Staatsorgane bei der Durchführung der Kollektivierung. Jeder Einzelbauer soll nunmehr vor die Wahl gestellt werden: für oder gegen die Kollektivwirtschaft. Was das in der Praxis bedeutet, ist ohne weiteres klar. Da die Einzelbauern in der Entwicklung ihrer Wirtschaft völlig gehemmt werden und Gefahr laufen, als Kulaken behandelt zu werden, so ist es nicht verwunderlich, daß sie sich massenhaft kollektivieren lassen. Mit der Sozialisierung der Landwirtschaft hat diese Zwangskollektivierung nichts gemein.

Der Rätekongress stand also völlig im Zeichen der Generallinie. Die „Selbstkritik“ bewegte sich in den vorgeschriebenen Grenzen der Einzelheiten und der Teilsfehler. Die Generallinie als solche stand außer Kritik, außer Besprechung, außer Zweifel. In den langwierigen Debatten auf dem Rätekongress ist daher keine Spur von der Ernährungsfrage, vom Warenmangel, von Ueberanstrengung der Arbeiter, vom Terror — kurz von alledem zu finden, was die wirkliche Lage der Volksmassen in Rußland kennzeichnet!

Böse Folgen von drei Hinrichtungen.

Blutige Kämpfe in ganz Indien. — Gandhi „der Verräter“

Bombay, 25. März. (Eigenbericht.)

Die Hinrichtung der drei Inder in Lahore hat katastrophale Folgen hervorgerufen. Wilder denn je ist im ganzen Lande die nationalsozialistische Bewegung aufgeflammt. Aus allen Teilen Indiens und vor allem aus den großen Städten kommen Nachrichten über Trauerfeiern, die mit schweren Ausschreitungen und mit blutigen Kämpfen endeten. Die europäischen Geschäfte wurden geschlossen. Europäer wurden auf offener Straße angegriffen und ihre Wagen verbrannt. An zahlreichen Orten mußte Militär eingreifen.

Besonders heftig sind die immer noch andauernden Kämpfe in der Stadt Camrupa, die zwischen Delhi und Allahabad liegt. In den hier stattfindenden Straßenkämpfen zwischen Demonstranten

die nationalsozialistischen Regierungsmitglieder in Thüringen auszuschalten.

Einstimmig nahm der Landesausschuß folgende Entschlüsse an: „Der Landesausschuß der Deutschen Volkspartei Thüringens begrüßt und billigt die entschiedene Haltung der Landtagsfraktion in der Abwehr nationalsozialistischer Anwürfe. Er unterstützt die Ansicht der Fraktion, daß die Partei an einer Verwilderung des politischen Kampfes nicht mitschuldig werden darf, wie sie unweigerlich eintreten muß, wenn selbst Koalitionsgenossen in der gegenseitigen Kritik sich keine Beschränkungen auferlegen.“

Nach der Belagerung der Rationalsozialisten, schwere Belästigungen gegenüber der Deutschen Volkspartei zurückzunehmen, gebot es die Selbstachtung, die Zusammenarbeit mit den Rationalsozialisten aufzugeben. Nachdem im Verlaufe der seitherigen Regierungsperiode bereits eine ganze Reihe erster sachlicher Gegenläufe in Erscheinung getreten waren, die sich je länger je mehr zuspitzten, hat die Haltung der Rationalsozialisten, insbesondere die einseitige parteiegoistische Betätigung der nationalsozialistischen Parteimitglieder, wie auch die Einstellung der Rationalsozialistischen Partei bei den Haushaltsberatungen in den Fragen der Fachberater als Parteiorgane, der Personalpolitik, der Verbeugung der Jugend anstatt ihrer Erziehung zur Volksgemeinschaft, des Mißbrauchs des Theaters, der einseitigen Handhabung der Verfassung, Volkzeit usw. die Möglichkeit eines koalitionsmäßigen Zusammenbleibens endgültig zerstört.

Eine Haltung, die eine Bereitschaft zur Achtung und Anerkennung des Koalitionsgenossen ausdrücklich ablehnt, schließt auch in sachlicher Hinsicht die Möglichkeit einer fruchtbaren Zusammenarbeit aus. In der Beurteilung der hemmungslosen und unverantwortlichen Kampfweise der Rationalsozialisten besteht erfreulicherweise weitgehende Uebereinstimmung mit den übrigen Regierungsparteien.

Der Landesausschuß spricht der Fraktion einmütig sein Vertrauen aus, in der Gewissheit, daß auch ihre jetzige Haltung nur dem Wohle des Landes dienen wird.“

Gymnasialdirektor Siefert bleibt in Weimar.

Weimar, 25. März. (Eigenbericht.)

Das thüringische Volksbildungsministerium hatte angeordnet, den Direktor des Wilhelm-Cristi-Gymnasiums in Weimar Dr. Siefert nach Greiz zu versetzen. Es stand aber von vornherein fest, daß diese Versetzung Dr. Sierfers, der ein führendes Mitglied der Deutschen Volkspartei in Thüringen ist und der seinerzeit wegen des Verbots nationalsozialistischer Schülerbünde mit Dr. Fried Differenzen hatte, auf politische Ursachen zurückgeführt werden mußte. In der letzten Kabinettsitzung hat man sich auf Antrag der Deutschen Volkspartei gegen die Versetzung Dr. Sierfers ausgesprochen.

und Mütter wurden bis jetzt 30 Inder getötet und über 100 verletzt. Uebel sind auch die Folgen der Hinrichtung auf den in Sarach verarmten und erschreckten allindischen Kongress, der zu dem Friedenstisch Stellung nehmen soll. Die Opposition unter Nehru ist stärker denn je. Gandhi wird von der nationalsozialistischen Jugend verfolgt und wo es sich zeigt als Verräter angesehen.

Die Eröffnung des Kongresses ist auf Sonntag verschoben worden, ein Beweis, wie schwer die Lage für Gandhi und die Friedensanhänger geworden ist.

Neue Straßenkämpfe in Madrid.

Zwischen Studenten und Polizei.

Madrid, 25. März. (Eigenbericht.)

In der spanischen Hauptstadt haben sich am Mittwoch vor den Gebäuden der medizinischen Fakultät und der Veterinärchule wieder heftige Studentenunruhen ereignet. Es kam zu einer regelrechten Schlacht zwischen Polizei und republikanischen Studenten. Ein Hauptmann der Zivilgarde wurde schwer verwundet, drei Studenten wurden getötet.

Am Abend wieder Ruhe.

Am Abend war in Madrid, übereinstimmenden Meldungen zufolge, die Ruhe wieder hergestellt. Neue Ausnahmemaßnahmen werden von der Regierung nicht beabsichtigt, doch dürfte die Unversität abermals geschlossen werden.

Gegen den Geist von Versailles.

Der Standpunkt des Labour-Organs.

London, 25. März. (Eigenbericht.)

Der Vorschlag Hendersons, die Frage der deutsch-österreichischen Zollunion dem Völkerbundarat zu unterbreiten, wird vom „Daily Herald“ als ein kluger Rat bezeichnet, der auch von Berlin und Wien bekräftigt werden sollte. Zweifellos habe der Völkerbundarat das Recht zu prüfen, ob durch die Zollunion irgendein internationales Abkommen verletzt werde. Das sei aber auch das einzige, worüber der Rat zu verhandeln habe.

Die wiederholt von der französischen Presse gegebene Anregung, England müsse sich irgendeiner deutschen Aktion widersetzen, lediglich weil Deutschland in Frankreich mißlieblich ist, solcher Anregung kann nach der Ansicht des „Daily Herald“ keinen Augenblick stattgegeben werden.

„Sprechen wir frei und offen“, sagt das Organ der Labour Party, „es gibt in Paris eine Tendenz, die die französischen Wünsche mit dem internationalen Recht zu vermengen luche, d. h. daß Frankreich alle Rechte, Deutschland alle Pflichten habe. Das ist ein Ueberbleibsel des Geistes von Versailles, das ausgerottet werden muß, wenn Europa Frieden haben will.“

Die Unantastbarkeit der Vertragsverpflichtungen, das gleiche Recht für alle Staaten, die Autorität des Völkerbundes: das sind die drei Pfeiler, auf denen der Frieden Europas ruhen muß.

Kleines Theater.

Leo Lenz: „Der stille Kompagnon.“

Eine Harmlosigkeit, wie wir sie von Leo Lenz gewohnt sind, aber diesmal lustiger als sonst. Beredsamkeit nach einem Muster. Zum Schluss die übliche Verlobung. Erika Bläher spielt nicht ihre Rolle, sondern sich selbst, womit sie immerhin wie das ganze Lustspiel einen freundlichen Erfolg erringt. Dgr.

Zimmer neuer Schlichtungsunfug.

Dr. Völker diktiert den schlesischen Webern 6 Prozent Lohnabbau.

Am 24. März trat die von Dr. Völker erzwungene Schlichtungskammer wieder zusammen, um den bereits fertig geschriebenen, von ihm in der Tasche getragenen arbeiterfeindlichen Schiedsspruch zu verkünden. Nach diesem Schiedsspruch werden die

Erlöse der schlesischen Textilarbeiter um 6 Proz. gesenkt, alle übrigen nach dem bisherigen Schlüssel. Die bisherige Akkord- und Lohnsicherungsklausel wird gestrichen, dafür eine Bestimmung gebracht, die das gesetzlich verankerte Mindestlohnrecht der Betriebsräte aufhebt und völlig befreitigt und den Unternehmern eine noch leichtere Möglichkeit zu weiterem Abbau der Akkorde und somit zur weiteren Lohnsenkung gibt.

Die bisherige 15prozentige Akkord- und Lohnsicherungsspanne wird auf 12 Proz. gesenkt. Die Bestimmung, daß dort, wo bereits höhere Löhne gezahlt werden, diese nicht gekürzt werden dürfen, wird ebenfalls gestrichen. An Stelle dieser Bestimmung tritt eine andere, die nichts weiter als Kaufschuß ist und ganz bestimmt von jedem zwölfjährigen Schüler klarer gefaßt worden wäre.

Somit hat der Lohnabbauvorkämpfer Dr. Völker

allen Anträgen der Unternehmer Rechnung getragen.

dafür aber um so konsequenter alle Anträge der Arbeitervertreter, ohne sie auch nur einer Beachtung zu würdigen oder sie auch nur einmal in die Diskussion zu werfen, abgelehnt. Der Schlichter hat den Parteien eine Erklärung schriftlich bis zum 30. März gesetzt.

Die schlesische Textilarbeiterchaft wird diesem Schiedsspruch die Antwort erteilen, die ihm gebührt.

Streik der Tuchmacher in Forst i. L.

Die Unternehmer fordern 2-25 Proz. Abbau.

Der Schlichtungsausschuß in Cottbus hatte einen Schiedsspruch gefällt, der einen Abbau der Tariflöhne für die Kaufhäuser Tuchindustrie um 6 Proz. vorsah. Dieser Spruch wurde auf Antrag der Unternehmer für verbindlich erklärt.

Die Textilunternehmer in Forst glauben jedoch noch ein besonderes Geschäft dabei machen zu können, indem sie den Webern einen Akkordtarif anbieten, der einen

Abbau der Akkordlöhne von 7 bis 25 Proz. vorsieht, obwohl sie bei den Tariflohn erhöhungen am 27. Januar 1929 und am 3. April 1930 keine entsprechende Erhöhung der Akkor-

löhne eintreten, sondern einfach die alten Sätze bestehen lassen. Dadurch hatten sie die Akkordarbeiter von jeder Lohnhöhung ausgeschlossen. Bei Tariflohn erhöhungen keine Erhöhung der Akkordlöhne, bei Tariflohnabbau einen ganz bedeutend höheren Abbau der Akkordlöhne, das scheint die Parole der nicht sehr bescheidenen Textilunternehmer in Forst zu sein.

Daß sich die Arbeiter einen derart rigorosen Lohnabbau nicht bieten lassen konnten, liegt auf der Hand. So kündigten die Akkordarbeiter in zwei Betrieben ihr Arbeitsverhältnis mit dem Ziel, diesen brutalen Akkordlohnabbau abzumehren. Soweit nur einjährige Kündigungsfrist besteht, befinden sich die Arbeiter bereits seit dem 25. März im Streik, der sich, wenn die Unternehmer zu keiner Verständigung bereit sind, weiter verschärfen wird.

Streikabstimmung der Brauer.

Schlichtungsausschuß verurteilt 3.50 Mark Lohnabbau.

Am Dienstag fällte der Schlichtungsausschuß unter Vorsitz des Gewerberats Körner einen Schiedsspruch für die Arbeiter der Berliner Brauereien, der einen empfindlichen Lohnabbau vorsieht. So wird der tarifliche Wochenlohn ab 30. April um 2,50 M. und ab 1. Oktober um eine weitere Mark, insgesamt also 3,50 M. gekürzt. Danach beträgt der tarifliche Wochenlohn des gelernten Arbeiters ab 30. April nur noch 59,50 M., ab 1. Oktober nur noch 58,50 M. Der Wochenlohn für das Jahrgesamt stellt sich dann auf 54 bzw. 53 M., der der ungelerten Arbeiter auf 52,50 bzw. 51,50 M. Im übrigen bleibt es bei den Bestimmungen des bisherigen Abkommens.

Zu diesem Schiedsspruch, für den man keine andere Begründung fand, als daß der Lohnabbau auch vor der Brauindustrie nicht halt machen dürfte, nahm gestern eine überfüllte Versammlung der freigewerkschaftlichen Brauerkollektoren in den Ruffertischen Stellen. Ohne Diskussion wurde der Schiedsspruch abgelehnt und entsprechend dem Vorschlag der Organisationsleitungen die Durchführung einer Urabstimmung beschlossen. Diese Urabstimmung über Streik oder Arbeit findet am Freitag und Sonnabend in den Betrieben statt. Urabstimmungsberedert sind nur die Mitglieder der Arbeitervereine, die am Tarifvertrag beteiligt sind. Unorganisierte Arbeiter, wozu auch die RGO-Gruppen rechnen, haben kein Stimmrecht.

Am Montag tritt dann die Lohnkommission zusammen und am Dienstag, abends um 6 Uhr, wiederum der Funktionärkörper, und zwar wie gestern in den Ruffertischen.

Organisation ermöglichte, an 656 erwerbstätige Bundesmitglieder eine Extraunterstützung von rund 9500 Mark auszusprechen.

Nach einer kurzen Diskussion wurde dem Ortsvorstand Entlastung erteilt. Der Geschäftsführer, Genosse Rogasch, wurde einstimmig wiedergewählt. Neben zwei Anträgen, in denen der Vorschlag gemacht wird, sich bei den zuständigen Behörden für die Ausgabe von Wochenfahrkarten auch für Angestellte einzusetzen, wurde eine Entschliebung angenommen, in der gegen den Gehaltsabbau und die damit verbundene Verelendung der Arbeitervereine protestiert wird. Hinsichtlich des Ueberstundenunwesens heißt es in der Entschliebung:

„Einig in der Beurteilung des Ueberstundenunwesens erwartet die Generalversammlung, daß sich kein Berliner Bundesmitglied bereit findet, Ueberstunden zu leisten.“

Im Hinblick auf die zur Frage der Arbeitszeitverkürzung vom Internationalen Gewerkschaftsbund auf seiner Tagung in Stockholm gefaßten Beschlüsse richtet die Generalversammlung an die Berliner Mitgliedschaft das Ersuchen, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, daß der Bund in kürzester Zeit zahlenmäßig und materiell so weit erstarkt, daß kommende Tarifverhandlungen die 40-Stunden-Arbeitswoche mit Gehaltsausgleich zum Ergebnis haben.“

Der Kampf um die Befoldung.

Magistrat und Gutachterausschuß einig.

Der Magistrat hat sich gestern mit den beabsichtigten Maßnahmen des Oberpräsidenten gegen die Berliner Befoldung und mit dem bereits erstatteten Gutachten des für die Berliner Befoldung besonders eingesetzten Gutachterausschusses befaßt. Er hat sich im wesentlichen den Ausführungen des Gutachterausschusses angeschlossen und protestiert insbesondere gegen die Zerstückelung der Befoldungsordnung und die Vernichtung der Verwaltungsvorschriften. Die mit der Herabgruppierung einhergehende Häufung der bisher vorhandenen Gruppen in eine den gegebenen Verhältnissen nicht angepaßte Mehrzahl wird eine Verwaltungsarbeit mit sich bringen, die sich in unendlich feinsten und minutiösen Abmessungen erschöpfen wird. Damit ist der Magistrat zugleich dem bereits vor kurzem gefaßten Beschluß der Stadtverordneten auf Herbeiführung einer Grundlage zur Beibehaltung der bisherigen Befoldungsregelung beigetreten.

Nachdem auch schon die Vorstehenden der Bezirksämter in ähnlicher Weise zu den Absichten des Oberpräsidenten und dem Gutachten des Gutachterausschusses Stellung genommen haben, ist eine völlig einig Front zwischen Gutachterausschuß, Magistrat, Stadtverordnetenversammlung, Bezirksämtern und Beamtenschaft hergestellt. Das sollte darüber zu denken geben, ob die Aufsichtsbehörde in der Arbeit ihrer schematischen Nachprüfung nicht zu weit gegangen ist.

Die Verschmelzung bewährt sich.

Reichsfachgruppentagung der Gärtner.

Im Ferienheim des Gesamtverbandes in Kochel hielt die dem Gesamtverbande angegliederte Reichsfachgruppe Gärtner-Park-Friedhof kürzlich ihre erste Reichstagsversammlung ab. Diese Tagung bot Gelegenheit, das Ergebnis der Verschmelzung zu prüfen. Vorweg sei betont, daß die Delegierten recht oft und stark ihre Freude darüber zum Ausdruck brachten, daß

die Eingliederung der Gärtner in den Gesamtverband viel besser gelungen ist, als man es erwartet hatten.

Der gedruckt vorliegende Geschäftsbericht wurde von dem Reichsfachgruppenleiter Busch ergänzt. Busch hob hervor, daß durch die Verschmelzung die früheren Grenzstreitigkeiten zwischen dem Gärtnerverband und dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter erledigt seien. Es sei aber noch ein besseres Zusammenwirken in der Werbearbeit notwendig.

Potenske vom Verbandsvorstand unterstrich die wirtschaftliche Bedeutung des Zusammenstufens. Ohne starke, finanziell gesicherte Gewerkschaften wäre z. B. der Lohnabbau in der jetzigen Krise viel verheerender ausgefallen.

Die Debatte über den Geschäftsbericht brachte eine ehrliche und kollegiale Aussprache über einige verhältnismäßig nebensächliche Schwierigkeiten, die an einzelnen Orten sich ergeben hatten.

Polenske-Berlin gab dann ein anschauliches Bild von dem „Aufbau des Gesamtverbandes“; die Forderungen zur „gärtnerischen Berufsausbildung“ begründete Lehmann-Berlin; den „Kampf der privaten Unternehmer gegen die öffentlichen Gärtnervereine“ behandelte Reihner-Frankfurt a. M.; die „Agitations- und Bildungsarbeit“ der Fachgruppe besprach Busch-Berlin; den „Kampf um den Tarifvertrag in den Gärtnervereinen“ beleuchtete Bernat-Berlin und über den „Stand der gärtnerischen Rechtsfrage“ berichtete Lehmann-Berlin.

Alle in diesen sechs Vorträgen aufgeworfenen Fragen wurden in hochstehender sachlicher Debatte eingehend durchgesprochen, so daß die Konferenz als eine Arbeitstagung im wahren Sinne dieses Begriffes zu werten ist. Wichtige Beschlüsse und Forderungen wurden einstimmig angenommen. Entschliebungen niedergelegt.

Die Reichsfachgruppenentlohnung wurde einstimmig wiedergewählt und eine Reichsfachkommission aus 15 von den Bezirken bestellten Vertretern eingesetzt.

Lohnkürzung um 12 Prozent.

Schiedsspruch für das westdeutsche Baugewerbe.

In dem Lohnstreik im Baugewerbe Westdeutschland wurde am Sonnabend durch die vereinbarte Tarifkammer unter dem Vorsitz des stellvertretenden Schlichters für Westfalen folgender Schiedsspruch gefällt: Mit Wirkung vom 1. April 1931 ab wird der Lohn des Maurers in Ortsklasse I auf 1,40 M., der Lohn des Tiefbauarbeiters auf 0,71 M. festgesetzt, das bedeutet eine Lohnkürzung um 12 v. H.

Betriebsratwahlen bei Osram.

Ein Erfolg der freien Gewerkschaften.

Von den Betriebsratwahlen in den Berliner Osram-Betrieben liegen folgende Ergebnisse vor:

Fabrik A, Berlin NW 87, Sidingenstraße 71.

Arbeiterrat: Freie Gewerkschaften 3187 (2409), 16 Mandate (11); RGO 197 (1532), 0 Mandate (6). Die RGO hat also 1335 Stimmen und sämtliche sechs Mandate verloren. Angestelltenrat: 1 freigewerkschaftliche Liste 8 Mandate (8). Betriebsrat: Arbeitermitglieder freie Gewerkschaften 14 Mandate, Angestelltenmitglieder freie Gewerkschaften 3 Mandate.

Fabrik D, Berlin O 17, Roscherstraße 23.

Arbeiterrat: Freie Gewerkschaften 1544 (1539), 10 Mandate (9); RGO 704 (886), 4 Mandate (5); Angestelltenrat: Freie Gewerkschaften 293 (325), 5 Mandate (6); Gedag 155 (155), 3 Mandate (3); Betriebsrat: Arbeitermitglieder freie Gewerkschaften 8 Mandate; RGO 4 Mandate; Angestelltenmitglieder: freie Gewerkschaften 2 Mandate, Gedag 1 Mandat.

Maschinen-Glaswerk Berlin-Siemensstadt.

Arbeiterrat: 1 freigewerkschaftliche Liste 8 Mandate (8); Angestelltenrat: 1 Liste 5 Mandate (5) [unorganisiert]; Betriebsrat: Arbeitermitglieder: freie Gewerkschaften 6 Mandate; Angestelltenmitglieder: 2 Mandate.

Fabrik S, Charlottenburg, Helmholzstraße 4-8.

Arbeiterrat: Freie Gewerkschaften 210, 5 Mandate (im Vorjahr eine freigewerkschaftliche Liste), RGO 131, 3 Mandate; Angestelltenrat: 1 Liste, 5 Mandate; Betriebsrat: Arbeitermitglieder: freie Gewerkschaften 5, RGO 2 Mandate, Angestelltenmitglieder 1 Mandat.

Die RGO und ihre RGO halten es für unmöglich, daß diese Ergebnisse kommen. Sie stimmen und bilden die Quittung für das gewerkschaftsfeindliche Treiben der „Revolutionsäre“.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Beiz, Donnerstag, 26. März, um 19 1/2 Uhr, Versammlung in der Schule des 7. Bezirks, Berlin-Neukölln, Reichstr. 15. Programm: Musik, amüsante Vorträge, Schachspiele, Vorträge zum Kampf, Spruch- und Bewegungsdort: „Streik“, Rosenkranz 20 Bl. — Die Gruppenveranstaltungen sollen aus! Wir beteiligen uns entschlossen am Transport des Beschlusses Hermann Müller. Bringt die Gruppenmitglieder (umfasst) mit, Treffort: Sammelstätte der Kreise der FGD.

Jugendgruppe des Verbandsverbandes der Anstellten

Beiz, Donnerstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Vorkampfbereitungen: Jugendheim Gröblich, 14 (großes Zimmer), Zeitungsbesprechungen: Politische Satire, — Orten: Jugendheim der Schule Eilower Str. 18, Kuratortreff, — Treffort: Jugendheim der Schule Wilhelmsbrunn, 33 (Räumung von der Grottkirche in Treptow), Tischtennis, — Die Berliner Lebensbank hält ihren Arbeitsabend von 19 bis 22 Uhr im Verbandsheim ab. — Ausrüstung zur Jugendfeierabend der Volkshilfe am 29. März und zum Treife von 19 Bl. im Jugendheim Treptow zu haben.

Berliner Gewerkschaftsschule.

Demnächst beginnen zwei Betriebsratkurse: „Das Betriebsrat, die Geschäftsführung, Einprüfungsverfahren und Entlassungsank.“ Die Kurse finden wie folgt statt: Gew. 13, Mittwoch, 8. April, 19 Uhr, im Gasth. des Gewerkschaftsverbandes, Engelstr. 24-26. Lehrzeit: Freie Liste, O. 11. Bes. am 10. April, um 19 Uhr, im Cophen-Institut, Bernauerstr. 14-15. Lehrer Otto Pösch. Dauer der Kurse 3 Abende. Kursumschreibung kostenfrei 2 Bl. — Anmeldungen können am ersten Unterrichtsabend im Kurhaus selbst, oder Montag und Freitag in den Lehrerbüros-Büros der Gewerkschaftsschule, Engelstr. 24-26, 2 Treppen, Zimmer 26, gemacht werden.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Curt Geper; Wirtschaft: G. Ringelhüter; Gewerkschaftsberatung: Dr. Götzen; Redaktion: Dr. John Schittowski; Verlags- und Konfirmations: Freie Liste; Anzeigen: H. Glöck; Vertrieb: in Berlin, Verlag: Volkswirtschafts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Post: Postwärts-Buchvertrieb und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SO 8, Lindenstraße 3, 2. Stock, 2. Belag.

Protest der Berliner Zimmerer.

Gegen den 15prozentigen Lohnkürzungs-Schiedsspruch.

Die Zahlstelle Berlin des Zentralverbandes der Zimmerer befaßte sich in ihrer Delegiertenversammlung am 22. März mit dem von Tarifamt gefällten Lohnkürzungs-Schiedsspruch. Der Vorsitzende Frach berichtete eingehend über die Verhandlungen am 4. und 17. März. Er unterzog das unverfälschte Verlangen der Arbeitgeber, den Lohn des Bauhandarbeiters um 33 Pf. pro Stunde zu kürzen, einer kritischen Betrachtung.

Der Schiedsspruch, der einen 15prozentigen Lohnabbau vorsieht, ist eine Protostation der Berliner Bauarbeiterchaft. Daß dieser oder auch nur ein ähnlicher Schiedsspruch im Interesse des Baugewerbes liegen könnte, und zwar auch dann, wenn er wider Erwarten für verbindlich erklärt werden sollte, wird niemand glauben, am allerwenigsten die baugewerblichen Unternehmer Berlins, die schon im Laufe der Verhandlungen nicht im unklaren darüber gelassen wurden, welche Folgen eine auch nur teilweise Berücksichtigung ihrer Forderung nach sich ziehen muß.

Der Antrag eines Delegierten, über den Schiedsspruch weder zu diskutieren noch abzustimmen, sondern über eine solche Verbesserung glatt zur Tagesordnung überzugehen, wurde einstimmig angenommen und dadurch der berechtigten Empörung Ausdruck gegeben.

Jahresrückblick im „Butab“.

Auch die Techniker leiden unter der Arbeitslosigkeit.

Die Berliner Ortsverwaltung des Butab hielt am Sonntag im Reichswirtschaftsamt ihre Jahresgeneralversammlung ab. Auch für die freigewerkschaftliche Technikerorganisation ist das Jahr 1930 ein Jahr schwerster finanzieller Belastung und riesiger Anstrengungen gegen das abbauwütige Unternehmertum gewesen. Der Geschäftsführer, Genosse Rogasch, zog in seinem Geschäftsbericht zunächst eine Parallele zwischen der politischen Entwicklung im Vorjahre und den wichtigsten sozial- und wirtschaftspolitischen Geschehnissen, die sich zwangsläufig aus der politischen Entwicklung ergeben haben. Für die Techniker und Ingenieure, die im Auftrage des Unternehmertums die Rationalisierung in den Betrieben vorzunehmen mußten, ist die Arbeitslosigkeit jetzt fast ebenso eingeschränkt wie für die Handarbeiter und die übrigen Angestellten. Die Krise auf dem Arbeitsmarkt hat auch die Technikerschaft hart angefaßt. Zu Beginn des Jahres 1930 waren 706 Bundesmitglieder oder 5,4 Prozent der Berliner Mitgliedschaft stellunglos, am Jahreschluß aber waren bereits 1809 oder 14,4 Prozent, und bei der letzten Zahlung, am 20. März, d. J.,

2153 oder 16,9 Prozent der Techniker arbeitslos.

Im Hinblick auf die allgemeine Arbeitslosigkeit unter den Angestellten ist die Feststellung überraschend, daß von den am Schluß des Berichtsjahres gezählten arbeitslosen Technikern rund drei Viertel unter 45 Jahre alt waren und nur ein Viertel über 45 Jahre. Die größte Zahl der arbeitslosen Techniker ist in der Metallindustrie zu verzeichnen, ihr folgt das Baugewerbe und an dritter Stelle die Technikerschaft in den Gemeindebetrieben. Erfreulich ist dagegen die Tatsache, daß trotz der Krise der Mitgliederbestand der Organisation im vorigen Jahre noch eine

Zunahme um 271 auf 14844 zahlende Mitglieder

aufweist. Die Solidarität der in Arbeit stehenden Techniker gegenüber ihren stellunglosen Berufskollegen hat sich am vorbildlichsten bei der Weihnachtsammlung gezeigt, deren Ertrag es der



Knorr Bratensoße

Enthält alles das, was Sie für eine Soße einzeln einkaufen und zubereiten müssen. Der praktische Würfel erspart Zeit, Arbeit und Geld! Ein Würfel ergibt 1/4 Liter wohlschmeckende Soße!

Todesstrafen im Saffran-Prozeß
Fünf Jahre Zuchthaus für die Mordhelferin Augustin

Bartenstein, 25. März.

Im Nordprozeß Saffran verkündete das Gericht in später Abendstunde folgendes Urteil: Wegen Saffran und Ripnik wird auf Todesstrafe und auf Zuchthausstrafen von je 12 Jahren erkannt. Ella Augustin wird zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt, wovon 6 Monate durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten. Johann Augustin erhielt 3 Monate Gefängnis, wovon 1 Monat durch die Untersuchungshaft als verbüßt gilt. Saffran und Ripnik werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit aberkannt, Ella Augustin auf die Dauer von 5 Jahren. Die übrigen Angeklagten, Rea, Schidlowski und Kasli, werden freigesprochen.

Nach dem Plädoyer des Staatsanwalts ereignete sich noch etwas sehr Ungewöhnliches und Seltsames. Wie bereits gemeldet, ist die Wappe, die von dem Verteidiger Saffrans als ein außerordentlich wichtiges Beweisstück angesehen wird, im vorigen Herbst gefunden worden. Wertwürdigerweise hat keine Behörde darüber Nachforschungen angestellt, ob und wer die Wappe gefunden haben könnte, denn auf diese Art und Weise hätte sich überhaupt erst einmal feststellen lassen, wo die Mordstelle gewesen ist. Saffran und Ripnik leugnen bekanntlich, die tödlichen Schüsse auf den Retter Dahl abgegeben zu haben, und bisher war man im Prozeß darüber im Dunkeln, wo sich die fürchterliche Tat wohl abgespielt haben mag. Ritten im Plädoyer des Berliner Anwalts Dr. Pröll wurde nun Klarheit über diesen wichtigen Punkt geschaffen. Wie auf das Stichwort erschienen ein Landjäger und zwei Fürsorgezöglinge. Der eine dieser beiden Jungen hat am nächsten Tag nach dem Mord nicht nur die Aktentasche gefunden, sondern auch die Mordstelle selbst entdeckt, da er auf der Chaussee noch dicke Klumpen geronnenen Blutes gefunden hatte. Unter diesen Umständen brach der Vorsitzende die Ausführungen des Anwalts ab und trat noch einmal in die Beweisaufnahme ein. Nach der Vernehmung des Fürsorgezöglings Henz wurde die Beweisaufnahme wieder geschlossen und R. A. Dr. Pröll-Berlin fuhr in seinem Plädoyer fort. Seine Ausführungen gipfelten in der Darlegung, daß, wenn Saffran die Tat begangen hätte, Ripnik keinen Moment geögert haben würde, dem Gericht alle Einzelheiten so zu schildern, wie er sie von Saffran erfahren hätte. Aus der Tatsache, daß aber auch Ripnik nichts über die Tatsache erwähnt habe, gehe hervor, daß er nur sein eigenes Verbrechen habe hemänteln wollen. Der Oberstaatsanwalt wandte sich sehr scharf gegen die Ausführungen des Verteidigers und erklärte, daß eine milde Strafe nicht

angebracht sei, da gerade heute der anständige und ruhige Bürger unter der Hochtat der Verbrechen zu leiden habe, daß Revolverattentate und andere Verbrechen immer mehr überhand nehmen. Für Menschen wie Saffran sei die Strafe notwendig, die den Tod androhe, um zu verhüten, daß eine Kette gleichgerichteter Verbrechen folge.

R. A. Böttcher-Bartenstein plädierte dann für die Angeklagte Augustin, für die nach seinen Ausführungen das alte Sprichwort „Mitgefänger, mitgehänger“ gelte. Dann sprach R. A. Dr. Behall-Bartenstein für den Angeklagten Ripnik. Er stellte an den Anfang seiner Ausführungen die Erklärung, daß er angesichts so schwerer Verbrechen für den Kopf seines Mandanten nicht kämpfen könne. Saffran sei der Urheber der ganzen Verbrechen gewesen, Saffran sei der Kopf, Ripnik lediglich die grobe Faust des Unternehmens gewesen. Der Verteidiger schloß seine Ausführungen mit der Bitte, ein gerechtes Urteil zu fällen, denn es sei ungerecht, wenn etwa der Kopf Saffrans auf Kosten des Lebens Ripniks gerettet werden sollte.

Die letzten Worte der Angeklagten.

Nach den Repliken und Dupliken, die nichts Besonderes mehr brachten, erteilte dann der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Murawski, den Angeklagten das letzte Wort. Saffran erhob sich und erklärte mit tränenerfüllter Stimme: „Ich bereue alles. Ich bin auch bereit, für meine Taten zu büßen.“ Die Angeklagte Augustin, die von Schlußgen geschüttelt wurde und die nur mühsam ihre Fassung bewahrte, erklärte: „Auch ich bereue alles. Ich hätte viel verhindern können. Ich habe Saffran geliebt, und er war nicht schlecht. Ich habe ihn dem Ripnik in die Hand gegeben, indem ich diesem von den Fällungen erzählte.“ Dann erhob sich Ripnik und sagte langsam und stockend: „Auch ich bereue und will für meine Taten büßen. Saffran hier hat mein Leben vernichtet. Ich lege mein Schicksal in die Hand des Gerichts und der Geschworenen. Ich wünschte, ich könnte Ihnen beweisen, daß ich doch ein anständiger Mensch bin.“

Ueber diese etwas seltsam wirkende Behauptung des Angeklagten Ripnik geriet die Angeklagte Augustin, die mit den Händen vor dem Gesicht tief gebeugt dagehessen hatte, in Erregung. Sie richtete sich plötzlich auf, wandte Ripnik den Kopf zu und schrie ihn an: „Und Sie sind doch der Mörder!“

Ripnik war über diesen plötzlichen Angriff überrascht und es dauerte einige Sekunden, bis er zu antworten vermochte. Endlich erklärte er, die rechte Hand hoch erhoben: „Wer der Mörder ist, das wird Ihnen Gott im Himmel zeigen. Vielleicht werden Sie aber noch ein Opfer auf dem Gewissen haben.“

Zwei Großfeuer.

Am Spittelmarkt und Köpenicker Straße.

Die Feuerwehrr war gestern fast zu gleicher Zeit mit der Bekämpfung zweier Großfeuer beschäftigt. In der Beuthstraße 1/2, dicht am Spittelmarkt, brannte eine Hutfabrik aus und in der Köpenicker Straße 154 wurde ein großes Furnierlager durch die Flammen vernichtet. In beiden Fällen waren die Wehren mit den Lösch- und Aufräumungsarbeiten stundenlang angestrengt beschäftigt.

Der erste Alarm kam aus der Beuthstraße 1/2. Im zweiten Stockwerk des Vorderhauses hat eine Hutfabrik ihre Verkaufsräume, daran schließen sich im Seitenflügel die Werkstatt. Kurz nach 14 Uhr brach in den hinteren Räumen plötzlich Feuer aus. Mit geradezu unheimlicher Schnelligkeit griffen die Flammen um sich. Große Borräte an Stroh-, Filz- und Haarhüten boten dem Feuer reiche Nahrung. Beim Erscheinen der Wehren, die unter Leitung des Oberbranddirektors Gemp und des Branddirektors Lamm angerückt waren, hatte der Brand bereits auf die vorderen Räume übergegriffen. Durch die große Hitze, die dem Feuermeer entströmte, plachten im Hause zahlreiche Fensterheben. Nach etwa zweistündigem Wassergeben war die Hauptgefahr beseitigt. Der Schaden ist erheblich.

Während die Löschzüge in der Beuthstraße noch inmitten der Aufräumungsarbeiten waren, kam ein zweiter Großfeueralarm aus der Köpenicker Straße 154. Hier lag der Brandherd im Dachgeschoß des ersten Fabrikgebäudes, in dem die Holzbearbeitungsfabrik Bartel u. Gebrüder Weißbach ein umfangreiches Furnier- und Kartonlager unterhält. Von dem Lagerbestand konnte leider wenig gerettet werden. Das Feuer griff sehr schnell auf den Dachstuhl über und dehnte sich auf den angrenzenden Seitenflügel aus. Sieben Schlauchleitungen, vier mechanische Leitern und über ein Dutzend Rauchschuhapparate mußten zur Niedertämpfung des Großfeuers eingesetzt werden.

Noch in den späten Abendstunden waren die Züge mit den Aufräumungsarbeiten an der Brandstelle beschäftigt. Die Entstehungsurachen der beiden Großfeuer konnten noch nicht einwandfrei geklärt werden.

Mörder seines Sohnes.

Mit dem Messer niedergestochen. — Der Haß des Alten.

Eine grauenhafte Familientragödie hat sich gestern in der Peltentloferstraße zugetragen. Ein junger, fleißiger und erfolgreicher Arbeiter ist von seinem eigenen Vater niedergestochen worden. Verblendung durch Haß und Eifersucht dürfte dem Achtundsechzigjährigen das Messer in die Hand gedrückt haben.

Im Hause Nr. 13 wohnt im dritten Stock des Quergebäudes der 68 Jahre alte Heizer Fritz Wippler mit seiner Ehefrau und seinem 23jährigen Pflegetohn Walter. Der junge Mann war gelernter Rotorenschlosser und hatte bis vor kurzem bei den Nordwerken in Köln sehr erfolgreich gearbeitet. Ein Posten im Ausland war ihm in Aussicht gestellt. Vor einem Vierteljahr kam er nach Berlin zu vorübergehender Aufenthalt zurück. Zwischen ihm und dem Pflegetater war es in der letzten Zeit zu Mißverständnissen gekommen, denn der Alte warf ihm vor, daß er unheimliche Summen. Die Mutter verachtete mehr als einmal, den Streik zu schlichten und nahm die Partei des Sohnes. Dadurch wurde auch das Verhältnis zwischen ihr und ihrem Manne getrübt. Die Nachbarn waren oft Ohrenzeugen lauter Streitigkeiten. Am Mittwochabend kam es wieder zu einem Auftritt. Vater und Sohn gerieten aus dem alten Anlaß aneinander. Die Mutter mißte sich vergeblich ein. In seiner Wut packte der alte Heizer plötzlich ein großes Messer und stach auf den Jungen ein. Blutüberströmmt brach dieser zusammen. Der Heizer lief aus der Wohnung fort und rief einer Nachbarin noch zu: „Ich habe meinen Sohn toteschossen, auf Rimmerwiedersehen!“ Er irrte durch mehrere Straßen und

Mordgeständnis Lehners.

Regensburg, 25. März.

Die Justizpressestelle teilt mit: Der wegen Mordes zum Tode verurteilte Kurt Lehner hat heute zuerst dem Wachmeister des Gerichtsgefängnisses und dann dem Richter ein Geständnis abgelegt. Er gibt an, einen Wanderburschen in der Nähe von Reichenbach i. V. in sein Auto aufgenommen zu haben. Etwa 20 Kilometer von Hohenbachbach (Oberpfalz) habe er angehalten. Beide seien dann ausgefliegen. Da habe ihm die Gelegenheit zur Ausführung des Mordes günstig erschienen, da der Wanderbursche über Kälte klagte. Lehner habe seine große Reisedecke ausgepackt und den Wanderburschen so in die Decke gehüllt, daß auch die Arme eingewickelt waren. Dann habe er eine starke Schnur aus der Tasche genommen, sie dem Wanderburschen um den

Hals gelegt und ihn dann erwürgt. Bei Mariaort (bei Regensburg) habe er die Leiche verbrannt, nachdem er sie vorher auf den Führersitz gesetzt habe. Den Namen des Ermordeten will Lehner nicht wissen. Die Angaben über die Person werden nachgeprüft, so daß Aussicht auf Ermittlung derselben besteht.

Zum „Tag des Buches“ veranstaltet das Volkshilfungsamt Charlottenburg in Verbindung mit der Stadtbücherei im neuen Lesesaal der Zweigstelle Nord in Charlottenburg, Bernigerode Straße 15, in dieser Woche bis zum 29. März eine Ausstellung „Frau und Buch“. Die Ausstellung zeigt: Die Frau als Schöpferin des Buches, die Frau als Mäzenatin des Buches (Mutter, Pädagogin und Bibliothekarin), das Buch über die Frau. Die Ausstellung ist täglich von 11 bis 14 Uhr und von 16 bis 20 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei.



Sie fährt in ihrer Arbeit fort; da schlägt sein Kopf gegen ihre Brust. Sie erschrickt gar nicht mehr; ihr linker Arm hält seinen Kopf, und als sie fertig ist, glättet ihre rechte Hand sein graues, widerborstiges Haar, ehe sie ihn sanft zurückgleiten läßt.

Sie steht auf und sieht ihn an. Durch das Fenster kommt das Licht des frühen Abends; es ist blau und merkwürdig und rein und wie in einer Kirche.

Von draußen heult es winselnd; der Hund, der nun schon seit drei Tagen umherschleicht und um Hilfe ruft gegen den Schmerz der Wunde und sich doch niemandem zu nähern wagt. . . . Aber es schreckt sie nicht; es weckt sie nur. Sie will nicht badern. Vielleicht mußte ein Hundeleib lahm werden, damit der gute Wille eines Menschen auf die Beine kam; vielleicht mußte man einen Buckel haben, damit die Seele gerade wuchs; es ist alles rätselhaft und gläsern klar, ein bißchen bitter und ein bißchen süß, ein bißchen häßlich und ein bißchen feierlich.

Sie löst die Hände voneinander, geht leise hinaus und schließt die Tür hinter sich, langsam und vorsichtig, damit das Schloß nicht knarrt.

Korn und Schmiger bringen den Sarg. Es ist höchste Zeit: der Geistliche ist schon da. Er ist mit dem Rade gekommen, die Schutzklammern stecken noch an seinen schwarzen Hosen; so steht er am Ofen und tostet mit den Handflächen gegen die Kacheln. Draußen ist helle Sonne und kalter Wind, und im Stubbenland ist immer der Wind der stärkere; den Geistlichen friert.

Vene steht stumm dabel, während sie ihren Vater in den Sarg legen. Schmiger sieht sie erwartungsvoll an; er hat den Sarg bauen helfen. Schwer ist es gewesen: zuerst mußte das Grab gegraben, dann das zwei Meter lange Stammstück der Kiefer darübergelegt, dann ins Grab hinuntergestiegen und

die Brettlage von unten geführt werden; das hat er machen müssen, ihm hat beinahe gegraut, dann hat ihm von der Anstrengung des Sägens die Brust wehgetan, und Korn hat wieder gepötte — nun hätte er gern, daß sie das anerkennt, auch Korn's Opfer anerkennt, dessen Kiefer nicht mehr knarrt und rauscht; aber es ist natürlich unsinnig, das von ihr zu verlangen; daran kann sie natürlich gar nicht denken jetzt. . . . später wird sie's gewiß nicht veräumen. Er ärgert sich über seine eigene Eitelkeit und vergeißt sie dann, denn die kleine Diele hat sich inzwischen gefüllt: Luise Korn ist gekommen und die beiden Masches, und das — und das ist alles.

Der Geistliche tritt nun vom Ofen weg zum Sarg, sagt, als habe er es eben erst bemerkt: „Das ist also der liebe Tote“ — es klingt eingelernt und abgeleiert, wie so denn der liebe Tote, wer hat ihn denn geliebt, denkt Vene gequält, der alle Zeichen wahrer Anteilnahme vorerst entgegen. Sie ist bisher wie betäubt gewesen, die Wucht des Geschehens an sich, der Umwurf allen Planens ließ die Stärke des Schmerzes, die Größe des Verlustes noch nicht fühlbar werden — und jetzt hat der Bild, den sie über das kleine Trauergesolge in den mühsam zusammengestoppelten, albernem schwarzen Anzügen und Kleidern sieht, beinahe Humor: hätten sie doch ihr Arbeitszeug anbehalten, denkt sie, es wäre feierlicher gewesen. Aber gerade die leise Heiterkeit macht sie wehmütig und weich — sie ist dem Pastor, der eben das Gebet spricht, dankbar für seine Worte, die sie gar nicht gehört hat, und beschließt überhaupt, allen dankbar zu sein für dies hilflose Begräbnis. . . .

Der Sarg wird verschlossen. Korn hat noch schwarze Leimfarbe geholt, die hat herhalten müssen; so ist das Holz von stumpfem, unerbittlichem, häßlichem Schwarz, ohne den verführerischen Glanz des Lackes. Die Männer treten vor, um den Sarg zu heben: sie sind nur drei. Paul Masche, als der stärkste, soll das eine Ende allein tragen. Es wird allen deutlich, daß sie nun für immer, nicht nur für heute, bloß drei Männer sind im Stubbenland: der vierte liegt da drinnen. . . . Anna beginnt zu schluchzen; Vene bleibt stumm.

Da greift der Geistliche ein, der noch jung ist. „Sie gestatten wohl“, sagt er und tritt an die eine Ecke, hebt mit an. Sie dulden es in demütiger Dankbarkeit. Jemand öffnet die Tür, der Sturm wirft sich heulend in den Raum und schlenkert die Rockenden Korn's und des Pastors umeinander; es prasselt an des Pastors Brille: Sand. Sie legen alle den Kopf schräg gegen den Wind und schreien vorsichtig durch die enge Tür

nach draußen. Vene geht allein, hinter ihr haben Luise und Anna sich untergefaßt und lassen schnell wieder los; gegen Sturm muß man allein stehen.

In der äußersten Ecke von Schmigers Besitz, die am höchsten gelegen ist vom ganzen Stubbenland, haben sie das Grab gehäufelt. Der Weg ist nicht weit; trotzdem sind die Männer matt, als sie antommen, und ihre Hände sind schwarz; die Farbe ist noch nicht trocken gewesen. Sie stellen sich eng um das Grab, alle schräg gegen den Wind geknecht; sie jehen alle in die Grube hinein und bemerken erschreckt, wie tief der Sand hinunter reicht; fast zwei Meter tief ist das Grab, und immer noch Sand. . . .

Der Geistliche, den man in diesen verlassenem Winkel geschickt hat, ist noch jung; er ist als Vikar mit der Vertretung verhindert. Kollegen im Bereiche der Superintendentatur beauftragt. Er hat keine große Laufbahn vor sich, weil er kein guter Redner ist; das weiß er und hat resigniert. Dies trübselige Begräbnis aber, dies Mißgeschick beim Sargtragen, das hat ihn gepackt; es ist ihm, als habe er eine tiefere Beziehung zu diesem unbekanntem Toten gefunden, weil er die Last seiner Leiche getragen hat; als sei er diesen Männern enger verbunden, weil sie mit ihm trugen. Nun hält er die Hand vor die Augen, zum Schutz vor Sonne und Sand, und sieht über die Siedlung hin, ehe er zu sprechen beginnt. Beinahe erschrickt er, als er diese gelbe, tote, baumlose Fläche überblickt, mit den beiden Häusern und der Baracke und dem Pavillon, die regellos hineingestreut scheinen, mit diesen tiefen Furchen, in denen der Wind wühlt. . . . In dem blauen Schilde des Sees, der unten weißkammig blüht, in den Kiefernstämmen der fernen Waldwand, die silbern glimmen wie Prospektspfeifen einer Orgel, in den langen, luttigen Zweighaaren der Straßbirken sucht er sich Trost und Mut zu schönen Worten und will eben beginnen — da sieht er vor all dem, vor See und Wald und Straße, dicke, gelbe Schleier, hindreibend von Nordost gen Südwest, aufgelesen vom Wind in den Gräben der Spargeläcker und höhnisch in den blauen Frühlingshimmel gehängt, aufwehend und hinwegwehend und hinwegwehend und wehend immer wieder, wehend — da drängen sich ihm andere Bibelworte auf die sandtrockenen Lippen, trostlos und wahrhaftig: „Des Menschen Leben aber ist wie eine Sandwehe; wenn der Wind darübergehet, so ist sie nimmer da, und ihre Stätte kennt sie nicht mehr. . . .“ Und dann spricht er: „. . .“

(Fortsetzung folgt.)

stellte sich endlich selbst auf dem 84. Postzeilen. Der Nieder- gestochene konnte sich trotz des Blutverlustes aufraffen und wollte wahrscheinlich einen Arzt aufsuchen. Er ließ die Treppen hinunter und kam nach bis zur Kirchstraße. Hier brach er zusammen. Ein Lieferauto, das gerade des Weges kam, nahm sich des jungen Mannes an und brachte ihn bis zum Hubertus-Krankenhaus. Dort ist er, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, bald ver- storben. Der Stich hatte in die Brust unweit des Herzens getroffen. Die Bewegungen haben zweifellos die innere Blutung beschleunigt. Der alte Heizer Wippler ist in Gewahrsam behalten worden.

Freidenker im Kampf.

Der Bezirk Berlin des Deutschen Freidenker- Verbandes hielt dieser Tage seine Generalver- sammlung ab.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte die Versammlung des Ablebens zweier Männer, die ihr Leben der sozialistischen Arbeiterbewegung gewidmet hatten: Adolph Hoffmann und Hermann Müller. Adolph Hoffmanns Arbeit gerade in der Freidenkerbewegung und Hermann Müllers staatspolitische Tätig- keit im Interesse der Arbeiterschaft, werden ihre Namen in der Ge- schichte der Arbeiterbewegung unvergessen machen. Der Bericht des Bezirksvorstandes, erstattet vom Genossen Schmidt, war die Rechtfertigung über eine Zeit des Kampfes, aber auch der inneren Stärkung und Gesundung der Organisation. Vor Jahresfrist wurde eine Entscheidungsschlacht von weittragender Bedeutung geschlagen. Die Kommunisten hatten nach den Angriffen gegen Gewerkschaften, Konsum- und Sportorganisationen auch bei den Freidenkern ihre Spaltungstätigkeit aufgenommen. Aber der Kampf endete schließlich doch mit einem Siege der Organisation. Auf dem Verbandstag, auf dem das fünfundsiebenzigjährige Bestehen der Organisation gefeiert wurde, waren keine Kommunisten anwesend. Die Mitgliederbewegung ist in Anbetracht der Wirtschaftslage und des dreijährigen Kampfes mit den Kommunisten eine sehr gute gewesen. Berlin hat zur Zeit über 225 000 Mitglieder. Eine größere Agitation konnte während der kommunistischen Wählerarbeit nicht durchgeführt werden, da die Kommunisten alle öffentlichen Kundgebungen unmöglich gemacht hätten. Jetzt jedoch ist die Tätig- keit in verstärktem Maße wieder aufgenommen worden; Kurse zur Weiterbildung der Mitglieder und Veranstaltungen in befreundeten Organisationen wurden abgehalten. Auch die Internationale hat durch den Abgang der Kommunisten ihre volle Arbeitsfähigkeit wieder erlangt. Aber auch die Kulturreaktion ist im Vordringen be- griffen, die Verurteilungen auf Grund des Gotteslästerungs- paragrafen mehren sich, einmal hat sogar die bloße Aufforderung zum Austritt aus der Landeskirche zur Verurteilung geführt. Es muß deshalb jetzt heißen: Auf, Freidenker, an die Arbeit für eure Weltanschauung!

In der Diskussion wurde auch zur Frage der dissi- denten Fürsorge in den Krankenhäusern gesprochen, eine Angelegenheit, die der Verband gemeinsam mit der Arbeiter- wohlfahrt regeln will. Eine stärkere Berücksichtigung der Freidenker- bewegung im Rundfunk wurde gefordert. Aus dem Kassene- richt des Genossen Reihhose ist besonders zu erwähnen, daß der Verband seit der Inflation etwa 68 000 Altersmitglieder kosten- los bestattet hat.

Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, die Ein- spruch erhebt gegen die Art, in welcher in letzter Zeit gegen die weltanschauliche Betätigung des Verbandes ausnahmsweise Maßnahmen angekündigt wurden. Mit den Entartungen auf dem Gebiete der Kulturbewegung habe man nichts zu tun. Der arbeiterschädlichen kommunistischen Neugründung werde eine viel zu große Bedeutung beigegeben. Der Freidenkerbewegung muß nach der Weimarer Ver- fassung dieselbe freie Meinungsäußerung zugesichert werden, wie sie den religiösen Organisationen zusteht. Gefordert wird: Die Her- stellung der Gleichberechtigung durch Gewährung der Körperschafts- rechte, Abschaffung des Gotteslästerungsparagrafen und Durch- führung der Trennung der Kirche vom Staat. Die Resolution schließt mit einer Aufforderung an alle Freidenker und Sozialisten zur Ab- wehr jeder Ausnahmsmaßnahme.

RFB. trotz Verbot.

Gefängnisstrafen für 21 Angeklagte.

Vor dem Schöffengericht Wedding standen 21 An- geklagte wegen Zugehörigkeit zu einer staatsfeindlichen Ver- einigung, mit anderen Worten wegen Vergehens gegen das Repu- blikvertrages. Von den 21 gehörten 20 der kommunistischen Partei an, anscheinend sämtlich Funktionäre der RFD, und von diesen gehörte wieder der größte Teil früher dem Rotfrontbund an.

Am 25. September v. J. überraschte die Polizei in einem Lokal am Wedding eine kommunistische Versammlung; sie fand unter ge- wissenen Vorkehrungsmaßnahmen statt. Die beschlagnahmten Druckschriften und die widerspruchsvollen Aussagen der 21 in der Sitzung An- wesenden schienen keinen Zweifel darüber zu lassen, daß es sich um eine Funktionärsversammlung des verbotenen Rotfrontbundes handelte. In der Gerichtsverhandlung behaupteten die Angeklagten, ähnlich wie seitherzeit bei der Polizei, daß es eine Funktionärsversammlung der RFD gewesen sei. Auch gingen die Aussagen über den Zweck der Ver- sammlung auseinander. Bald hieß es, das Referat habe dem Aus- gang der Reichstagswahl gegolten, bald dem Internationalen Kon- gress der RFD in Moskau. Die Angeklagten wurden jedoch durch die beschlagnahmten Schriftstücke überführt. Es war daher die Rede von politischer und technischer Leitung, vom Roten Jung- sturm, von Einheiten, von Führerschulen usw. Der Staatsanwalt beantragte gegen zwei Angeklagte vier Monate Gefängnis, gegen 18 Angeklagte die Mindeststrafe von je drei Monaten Gefängnis und Freispruch für einen Angeklagten. Das Gericht entsprach dem Antrage des Staatsanwalts.

Zwei tödliche Unfälle.

Auf der Charlottenburger Brücke wurde gestern Abend der 43jährige Handwerker Fritz Baumhach aus der Leibstraße in Treptow mit seinem Fahrrad von einem Autobus der Linie 9 erfaßt und schwer verletzt. Der Verunglückte wurde durch die alarmierte Feuerwehr ins Moabit Krankenhaus gebracht, wo er gleich nach seiner Einlieferung gestorben ist. Ein weiterer töd- licher Unfall ereignete sich gestern 20 Uhr vor dem Haupte Höhen- zollernhaus 193. Dort wurde eine bisher noch unbekannt, etwa 40 Jahre alte Frau von einem Straßenbahnwagen der Linie 92 überfahren und lebensgefährlich verletzt. Die Frau starb auf dem Transport zum Wilmersdorfer Krankenhaus in der Köpenickerstraße.

„Jugend und Nationalsozialismus.“ Ueber dieses Thema spricht in einer öffentlichen Jugendversammlung am Freilag, 27. März, 20 Uhr, in der Schulaula der Knaben-Mittelschule in Lichtberg, Marktstraße 10/11, Genosse Walter Reid.

Umsteiger 30 Pfennig?

Die Pläne der BVG. — Verbiligung der Einzelfahrt auf 20 Pfennig.

Die städtische Verkehrs-Gesellschaft hatte vor längerer Zeit zwei Gutachten über die Verkehrs- und Tarifgestaltung angefordert. Diese Gutachten von den Sachverständigen Dr. Giese und dem inzwischen verstorbenen Geheimrat Kemman liegen jetzt dem Aufsichtsrat der BVG vor. Während der Vorschlag Kemmans, der eine Drei- kasselerung des Tarifes mit Fahrpreisen bis zu 45 Pf. vorsieht, vollkommen undistakabel erscheint, findet der Plan Dr. Gieses in Kreisen des Aufsichtsrates stärkstes Interesse. Der Sachverständige schlägt in seinem Gutachten vor: Der Preis des Umsteigerfahrcheins wird auf allen Verkehrsmitteln auf 30 Pf. festgesetzt. Mit einbezogen werden soll in diesen Um- steigerpreis die Stadtbahn, bisher kostete dieser Umsteiger 40 Pf. Die Einzelfahrt soll, vorausgesetzt die Reichsbahn macht mit, bei allen Verkehrsmitteln wie bisher 25 Pf. kosten. Eine Verbiligung wird man durch die Einführung neuer Sammelblöcke für Untergrundbahn und Straßenbahn schaffen. Jeder Block soll fünf Fahrcheine für eine Nacht enthalten. Die Einzelfahrt würde also um 5 Pf. verbilligt werden.

Ob der Giese'sche Vorschlag tatsächlich zur Durchführung gelangt, ist natürlich noch vollkommen ungewiß. Vorher wird es sowohl im Aufsichtsrat der BVG, wie auch im Rathause noch manche bewegte

Debatte geben. Die Erhöhung des Preises für den Umsteiger auf 30 Pf. würde für viele Arbeitnehmer zweifellos eine neue starke Belastung bedeuten. Demgegenüber weisen die Befürworter des Planes auf die Verbiligung der Einzelfahrt durch die Ein- führung der Sammelblöcke hin. Damit werde, so argumentiert man, das Verlangen der Bevölkerung nach Herabsetzung des Preises für die Einzelfahrt endlich erfüllt. Das stärkste Plus an dem Vorschlag Dr. Gieses scheint uns sein Gedanke zu sein, mit der Stadtbahn in eine engere Tarifgemeinschaft zu kommen. Gelingt es, einen Umsteiger zu schaffen, der es dem Fahrgast erlaubt, für 30 Pf. von jedem städtischen Verkehrsmittel aus zur Stadtbahn um- zusteigen, so wäre das ein Erfolg im Interesse der Berliner Bevölkerung. Die durch die Politik des sozialdemokratischen Stadt- rates Reuter erreichte Vereinfachung des Berliner Verkehrs würde sich dann erst voll auswirken können.

In Kreisen der BVG glaubt man, daß die Durchführung des Giese'schen Planes der Gesellschaft in finanzieller Hinsicht einen Gewinn bringen würde, da man dann mit einem Rückgang der Umsteigerfahrcheine zugunsten der Sammelblöcke rechnen könnte. Diesen Ausfall hofft man aber durch Ersparnisse wettmachen zu können.

Reichsbannerkameraden!

Die gestrige Bekanntmachung über unsere Beteiligung bei der Trauerfeier unseres Kameraden Hermann Müller wird hier- durch ergänzt, bzw. wiederholt:

Pflichtbeteiligung für alle Kameraden!

1. Trauerfolge: 16 Uhr Antraten auf dem Hofe des „Vorwärts“ Eingang Alte Jakobstraße. Für Spiel- leute und Musiker aller Ortsvereine sämtliche Fahnen und Jugendwimpel, Jungbanner u. Sanitäter. Stafs und Schufe Antraten 16 Uhr außerhalb d. Hofes am Metall- arbeiterverbandshaus.

2. Spalierbildung: Alle anderen Kameraden, die nicht um 16 Uhr antraten können, sammeln sich kreisweise 18,30 Uhr Ruheplatzstraße, Spitze Gerichtstraße.

Anzug: Vorschriftenmäßige Bundeskleidung, Kniehose und Koppel, Schulterriemen und schwarze Krawatte. Fahnen und Wimpel mit Trauerflor.

Die Antrittsplätze sind mit den öffentlichen Verkehrs- mitteln zu erreichen. Geschlossener Rückmarsch findet nicht statt. Demonstrationsverbot beachten! Vorstehende Anweisungen gelten für alle Kameraden. Sonder- anweisungen ergehen nicht.

Zugunglück durch Hochwasser.

Bisher drei Tote geborgen.

Prag, 25. März.

Der Personenzug Nr. 702, der am Mittwoch, 5 Uhr früh, von Orlov an der polnischen Grenze nach Sperles abgefahren ist, ist zwischen den Stationen Sablnow und Lipjan beim Ueber- fahren des Flusses Turosch, der in der Nacht infolge der raschen Schneeschmelze über die Ufer getreten war, in das Hochwasser geraten. Da der Zug mit voller Geschwindigkeit über die Brücke fuhr, sprang die Lokomotive aus dem Gleis und stürzte mit dem Dienstwagen und zwei Personenwagen in den Fluß. Unter den Trümmern blieben der Zugführer und der Heizer. Der Lokomotivführer wollte sich durch Ab- springen retten, erlitt aber dabei tödliche Verletzungen. Bis- her werden drei Tote gemeldet. Ferner besagen die Meldungen, daß sechs weitere Personen leicht und ein Zugbegleiter schwer verletzt worden sind. An der Befreiung der Passagiere wird gearbeitet. Eine Militärabteilung ist zur Hilfeleistung an die Unglücksstelle komman- diert worden.

Es geht machtvoll aufwärts.

100 neue Mitglieder in Reinickendorf.

In der Generalversammlung des 20. Kreises Reinick- dorf referierte zunächst Stadtverordnetenvorsteher Genosse Haß über die augenblickliche Lage der Stadt Berlin und erntete mit seinen Ausführungen lebhaften Beifall. Genosse Karl Schwarz gab den Jahresbericht und wies auf den erfreulichen Auf- stieg des Kreises hin. Sind doch im laufenden Jahre über 700 Mitglieder neu gewonnen worden, so daß der 20. Kreis jetzt nahezu 4000 Mitglieder zählt. Genossin Haß wies auf die äußerst rege Tätigkeit unserer Frauenfunktionäre hin und zeigte damit, daß auch in den Außenbezirken die Frauenagitation äußerst notwendig und auch erfolgreich ist. Unserer Jugend und den Kindern sei besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Genosse Kreutlein gab den Bericht der Bezirksverordnetenfraktion und schloß die Er- schwerung, die der Arbeit im Bezirk besonders von kommunistischer Seite bereitet werden. Genosse Sperling berichtete über die Bildungsarbeit des Kreises. Die Methode der aufbauenden organi- sationellen Bildungslinie hat sich sehr bewährt. Der Besuch der Abende ist der stärkste von allen Berliner Kreisen. Genosse Garling berichtete über die Tätigkeit der Pressekom- mission und forderte nicht nur den zweiten Mann, sondern auch den zweiten „Vorwärts“-Beser. In den Kreisvorstand sind folgende Genossen gewählt worden: Karl Schwarz (1. Vorsitzender), Friedr. Przeworski (2. Vorsitzender), Frieda Marquardt (1. Schriftführer), Max Martin (2. Schriftführer), Karl Tenzer (1. Kassierer), Herm. Schulz (2. Kassierer), Gertrud Hof (1. Frauenleiterin), Frieda Martin (2. Frauenleiterin). Zu Beisitzern wurden gewählt Genosse Sperling, Paul Hoffmann, Meiden- stein, Rohde, Bacher, Eipel und Wilt. Schulz.

Gegen die Vernichtung der Innenstadt.

Zu diesem Thema sprach in der stimmungsvollen, alten Umherwägen Prof. Seel. Die ungeheure Schnelligkeit der Entwicklung Berlins zur Weltstadt hat es mit sich gebracht, daß die Fürsorge für die alte Stadt in den Hintergrund trat und ein wert- volles Gebäude nach dem anderen fallen mußte. Nach dem Urteil der Zeitgenossen war Berlin vor 100 Jahren eine der schönsten Städte der Welt. Nicht aus sentimentalen Gefühlen heraus, er- hebe man Widerspruch gegen die Forderungen der Wirtschaftlich- keit und Technik, aber eihische Gründe sprechen für die Erhaltung unseres Kunstbesitzes, zu dem eben auch

ein altes Stadtbild gehört. Anderen großen Städten, wie Frank- furt a. M. und München, gelang es, in glücklicher Weise die Altstadt inmitten des lebenden Organismus der Großstadt zu er- halten. Auch für den Fremdenverkehr sei die Erhaltung künstlerischer Baudenkmäler als Anreiz zum Besuch einer Stadt von großer Wichtigkeit. Trotz des von Jahr zu Jahr steigenden Autoverkehrs in den engen Straßen um den Dom von Florenz wird es dort keinem Menschen einfallen, deshalb durch Niederreißen alter Bauschätze Platz zu schaffen. Gewiß sei der Wagenum und die Arbeit der Männer zu bewundern, die das moderne Berlin schufen, aber selbst Amerikaner würden uns um das alte Stadtbild im Innern be- weiden. An Hand von Lichtbildern gab dann Dr. Goll, der Direktor der staatlichen Schlösser und Gärten, einen ausführlichen Ueberblick über das Werden Berlins und die zu Wilhelms II. Zeit ein- gefundene Verhandlung des alten, vornehmen Stadtbildes.

Das Modenhäus der Armut.

Es werden ihrer immer mehr, die zur notwendigen Ein- kleidung der öffentlichen Hilfe bedürfen, so daß sich die städtische Kleidekammer Schöneberg zu einem Notruf um Ueberlassung von Mittelkleidung entschließen mußte.

Eine Woche lang fuhr ein von der Stadtkommandantur zur Ver- fügung gestellter Wagen und sammelte die Beiträge ein. Die seit dem Jahre 1923 bestehende Schöneberger Kleidekammer in der Ebersstraße hat sich seit dem Januar 1930 bedeutend ver- größert. Ein Zeichen der Zeit: Nur Glendobetriebe wachsen! Außer den bisher innegehabten Baracken wurden die Portieräume der gegenüberliegenden früheren städtischen Badeanstalt hinzugenommen. Hier sitzen 25 Frauen, auch sie von der Rot Gezeimete und verrichten wahre Wunderwerke schneiderischer Kunst. Aus altem, unanjanhlichem Zeug entstehen Kinderkleider, pudrige Spielhöschen und Lätzchen; ein alter Sobotenmantel ergab eine dreiteilige Knabengarnitur. Jeder Faden wird verwahrt und eines Tages findet er seine Verwendung. Alles Einzelsterte wird zuerst des- infiziert, dann gewaschen, geplättet, auseinandergetrennt und auf Neu verarbeitet. Zu vielen Hunderten hängen an Regalen Klei- dungstücke für Männer, Frauen und Kinder; außerdem gibt es noch Schuhe, Wäsche, Strümpfe, Hüte und Handtuche. Der Bedarf ist groß, am meisten gefragt ist Männerkleidung. Täglich kommen gegen hundert Käufer, meist mit dem Ueberweisungss- chein des Wohlhabensbesitzeres. Nicht jeder findet natürlich gleich das Passende, viele haben besondere Wünsche; so reflektiert die weibliche Zigeunerkunst vom Sachsendamm nur auf bunte, lebhaft gefärbte Kleidungsstücke. Die Stabilität spielt gegenüber der Wirkung nur eine untergeordnete Rolle. „Da hab ich gerade so was Knalliges für sie zurückgehängt“, meint die Beamtin an der Aus- gabestelle und sie erzählt, daß die Töchter des sonnigen Südens ihr viel zu schaffen machen. Sie wollen so gut wie nichts bezahlen und legen einen Groschen für einen Bullen auf den Tisch. Es gibt aber auch viel Stämmigkeit, die schon jahrelang hier „Sittig“ lauft, dankbar und zufrieden ist. Träger der Einrichtung ist die Arbeits- gemeinschaft für öffentliche und freie Wohlfahrtspflege, die Durch- führung ist dem Pestalozzi-Kindelhaus übertragen. Die Arbeit in der Werkstatt ist vom Landesarbeitsamt als Reichsarbeit aner- kannt, sie dürfte die einzige Frauen-Notstandsarbeit in Berlin sein. Die Arbeiterinnen sind durchweg Wohlhabensbesitzerlose, die durch- schnittlich drei Monate beschäftigt werden. Der Abnehmer bezahlt nur die durchschnittlich für die Herstellung des Stückes angewandte Arbeit.

Silbergruben unter der Wartburg.

Bei Abspargungen am Wartburgberg zur Verbreiterung des Barpfahweges fand man Gesteine, die überliefernten Berichte über Silbergruben unter der Wartburg bestätigen. Der Name „Silbergruben“ deutete bereits auf das Vorhandensein derartiger Gruben hin. Es wurden Gesteine gefunden, die blattdünne Silber- schiefer erkennen lassen. Im Mittelalter befanden sich auch am Flußlauf der Hölzel Goldwäschereien, die das Edelmetall aus dem Kies gewannen.

Wetterausichten für Berlin. Ziemlich heiter und trocken, Tages- temperaturen wenig verändert. — Für Deutschland. An der Ost- seeküste und im Nordosten auch am Tage kühl, später wieder zu- nehmende Bewölkung, im übrigen Reichs größtenteils heiter, Tagestemperaturen im Südwesten etwas niedriger als bisher.

Goldstück bei Carl Sagenbed. Kaufende und aber Kaufende waren be- zichtigt von glänzenden Bräutern. 25 Kleinstücken für 30 Pf., bis 4 Pf., Goldstück zwei Reichsmünzen; 34, 1/2 und 3/4 Pf. Kaiser'sches Silber und Goldstücke, halbe Reichs, Fests: Dienstausweise (11-Bahnstation) und Spezialausweise 2 und 1/2 Pf.

Überlebenskünstler bei A. Jahn. Ein interessanter und ungewöhnlicher Lebenskünstler hat aus Kunden und Soldaten, die es zum Überleben noch werden wollen, gewonnen das bekannte Modenhäus A. Jahn u. Co. Kaufhaus, Berlin, Unter den Linden 10-12. In fast allen Abteilungen des großen Kaufhaus sind am Freitag, 27. März, ab 9 Uhr, Osterfest mit großem Wohlstand Anhalt (welches aus der betreffenden Mitteilung ersichtlich). Der aufmerksamste Beob- achter findet diese Osterfest vor und auf den Verkaufstischen! — Wer ein Osterfest findet, darf es auch mitnehmen! — Wilt auf zum fröhlichen Gehen.

Macht Dein Leib Dir etwa Plage,
Kommt allein **Laxin** in Frage.

Stellungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat...

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

Heute, Donnerstag, 26. März.

- 15. Kreis. Bildungsaussch. Der Aufsichtsrat (Dr. Gurland) fällt aus. Nächster Aufsichtsrat am 19. April.

Morgen, Freitag, 27. März.

- 1. Kreis. Bezirksrat. Rosenhaller Str. 40-41. Kreisentscheidungsammlung. Genosse Braunhals...

Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt.

- 7. Kreis. Freitag, 27. März, 19 1/2 Uhr, Rathaus, Zimmer 20. Mittelfest.

Arbeiterbildungsschule.

- 1. Kreis. Kreis. Arbeitsbildungsschule am 26. März fällt wegen der Trauerfeierlichkeiten aus.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin. Die Eltern- und Erwerbslosenkommission...

JUGEND-VOLKSBUHNE

Am Sonntag, dem 29. März, um 15 Uhr, im Theater am Bülowplatz:

„Die Gesellschaft der Menschenrechte“

Karten zum Preise von 0,80 M sind im Sekretariat der Sozialistischen Arbeiterjugend...

Famrtrakt aus. - Besetzung: Freitag, 27. März, 20 Uhr, letzte Probe für die Schachspieler.

Kreis. Kreisrat. Bezirksrat. Freitag, 27. März, um 20 Uhr. Jahresversammlung im kleinen Sitzungssaal des Rathauses.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin E 14, Schönhafer Str. 37-38, 2. Etage.

Funkwinkel

Dr. Max Osborn sprach „Von der bildenden Kunst“. Seine Betrachtungen befaßigten sich mit der Architektur Hans Poelzig...

(Sundbörner): 30 Uhr Jugendheim Bülowstr. 128. Schöneberg (Ordnungsamt): Um 20 Uhr haben Versammlung in den bekannten Lokalen...

Genossenschaft. Das Geschäft wird wegen der Beifügung Hermann Müllers heute bereits um 18 Uhr geschlossen.

Arbeiter-Kommunisten-Bund. Donnerstag, 26. März. Bezirksgruppe Friedrichshagen: 20 Uhr Jugendheim Oberstr. 12. Vortrag über „Reichsbanner“.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Jugendwohlfahrt. Am Sonntag, 29. März, um 15 Uhr, im Theater am Bülowplatz, wird „Gesellschaft der Menschenrechte“ noch einmal gegeben.

Heute, Donnerstag, 26. März. Das Jugendsekretariat ist ab 14 Uhr geschlossen.

Reichsbanner. Bezirksrat. Bezirksrat. Freitag, 27. März, um 20 Uhr. Jahresversammlung im kleinen Sitzungssaal des Rathauses.

Rosenthal-Keramiken bei Wertheim. Die Rosenthal'schen Porzellanmanufakturen haben ihren Werken eine Wertstätte für Töpfereien angegliedert...

DEUTSCHE BANK UND DISCONTO-GESELLSCHAFT.

Geschäftsbericht für das Jahr 1930.

Vertrauensvolle politische Entwicklung hat im Jahre 1930 in wirtschaftlicher Auswirkung verschiedener Art den Weltmarkt (sahar gemindert)...

Die Bankformen C. G. Trinkaus und Ernst Wilhelm Engels & Co. in Düsseldorf fusionierten mit Wirkung ab 1. Januar 1930. Es hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahre unsere Annahme bestätigt...

Bankfirmen. Die Erhöhung auf diesem Konto entspricht im wesentlichen der Verrechnung unseres Besitzes an Aktien der Deutschen Überseeischen Bank...

Der Vorstand der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft. Bilanz: Böner, Frank, Kohl, Moser. Schlieper, Schlichter, Solmann, v. Staß, Wassermann.

Der Reichsetat angenommen.

In dritter Beratung mit 277 gegen 64 Stimmen bei 14 Stimmenthaltungen.

In der fortgesetzten Aussprache über die Osthilfe schilderte am gestrigen Mittwochmorgen Abg. Becker-Breslau (Komm.) die Not im Waldenburger Gebiet.

Abg. Baur (Landvolk) erklärt die Vorlage für eine Enttäuschung.

Abg. Graf von Westarp (Volkstom.): Wenn das Osthilfegesetz angenommen ist, so wird der Auftrag, um deswillen der Reichspräsident das Kabinett Brüning eingesetzt und mit besonderen Vollmachten versehen hat, ausgeführt sein. Es handelt sich hier um das geschichtliche Ringen zwischen Deutschen und Polen um den deutschen Osten. Dem intensiven politischen Vordringen gegen das Deutschtum im Osten müssen wir einen Wall entgegensetzen.

Wenn der deutschnationalen Abg. Dr. Bang das Osthilfegesetz einen Hohn auf die Ostpolen nennt, so verstehe ich das nicht.

wenn ich auch die Motive für solche Agitation verstehe. Man darf sich auch durch Parteinagierungsgründe nicht bestimmen lassen, Hilfsmassnahmen ein Nichts zu nennen, die wahrlich kein Nichts sind.

Reichsminister Treviranus:

Für die Osthilfe werden 1931 bis 1938 mindestens 950 Millionen verwendet, außerdem an Kreditmitteln, aus Haushaltsmitteln, Zwischenerträgen und Schuldverschreibungen 1140 Millionen, im ganzen also etwa 2 Milliarden Mark. Wenn wir für dieses Hilfswort wenig Dank erhalten, so können wir uns damit trösten, daß auch die segensreiche Einrichtung der Generallandschaften vor 150 Jahren zunächst wenig Anerkennung gefunden hat.

In der Fürsorge für die Landarbeiter, die in der Vorlage nicht so gering ist, wie verschiedene Redner gemeint haben, werden wir in der nächsten Zeit Fortschritte machen können.

Die vorgeschlagene gesunde Mischung zwischen der behördlichen Betreuung und der Heranziehung der Selbstverwaltung wird die beste Lösung sein.

Damit schließt die Aussprache. In der dritten Beratung des Gesetzes auf Betragen des Mitführers von Hieb, Stich- und Stohwaffen bei politischen Kundgebungen behauptet

Abg. Schaefer (Komm.), daß die Reichsregierung und Länderregierungen Wortbanden gegen die Arbeiter organisieren. Die Vorlage wolle die Arbeiterschaft an der Gegenwehr verhindern. Der Redner fordert die Arbeiter auf, sich die Waffen der eigenen zu nehmen, die gegen die Arbeiter vorgehen. (Lebh. Beifall der Komm.)

Darauf wird die dritte Beratung des Reichshaushalts zum Abschluß gebracht.

Abg. Dittmann (Soz.) gibt eine Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion ab, die wir im Hauptblatt wiedergeben.

Abg. Frau Hinmler (Komm.) tritt für einen Antrag ihrer Fraktion ein, die Reichsregierung aufzufordern, die sofortige Haftentlassung der Stuttgarter Kerstin Frau Dr. Kienle zu veranlassen; sie stehe seit sechs Tagen im Hungerstreik. Außerdem befürwortet sie den Antrag, den § 218 des Strafgesetzbuchs aufzuheben.

Abg. Dr. Goerner (Soz.) gibt unter stürmischen Entrüstungsrufen der Kommunisten die Erklärung ab, daß der kommunistische Antrag einen gezielten und verfassungswidrigen Einbruch des Parlaments in ein schwebendes Gerichtsverfahren darstelle; außerdem sei die Justiz Landesangelegenheit. Keine Regierung und kein Gericht könnten dem zuständigen Richter die Haftentlassung vorkreuzen. Die sozialdemokratische Fraktion werde aus diesen Gründen gegen den Antrag stimmen.

Abg. Rippel (Chrsoz.) spricht u. a. gegen die Wahlreform, die nur den radikalen Parteien nütze, gerade bedeutenden Politikern aber die Erlangung von Mandaten ebenso schwer mache werde, wie es früher Männern wie Bassermann, Rösike und Raumann gegangen sei.

Abg. Toraler (Komm.) hält der Erklärung Hoegners den Protest der Hauptversammlung der Stuttgarter Sozialdemokratie gegen den barbarischen § 218 sowie die Kampfanfrage dieser Versammlung gegen das „mittelalterliche Sexualstrafrecht“ entgegen. Dittmann sprach von der Verhinderung des Faschismus; ist die Zustimmung zum Panzerkreuzer, zur Zoll- und Sperrmächttung, zur Anwendung des Gummihüppels gegen Arbeitslose und zu einer langen Parlamentspause auch Verhinderung des Faschismus? Was die Verbesserung der Notverordnung in der Ernächtigung der Länder und Gemeinden zur Verdrehung der Bürgersteuer? Der Redner führt dann aus, daß die Lenin-Sitate im „Vorwärts“ einer Schrift gegen jene Taktik der deutschen Kommunisten entnommen seien. Die heute der Sozialdemokratischen Partei so total sei. Zum Schluß fragt Toraler den Finanzminister nach verschiedenen Dingen, darunter auch, aus welchem Fonds dem Erzöfen von Buzarien noch im Februar d. J. 500 000 M. gezahlt worden seien.

Abg. Graf von Westarp (Volkstom.) vertritt, daß die Revision neue Verhandlungen zur Revision der Reparationsverpflichtung einleitet.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich

erklärt, die Reichsregierung werde den Reichsrat bitten, die Steuererhöhungsbeschlüsse des Reichstags, wenn sie auch in der dritten Lesung bestätigt werden sollten, abzulehnen. Dem Abgeordneten Toraler antwortet der Minister unter Hinweis auf frühere Erklärungen im Ausschuß:

1. daß das Reich mit der AEG um 2 1/2 Millionen Mark prozessiere, sie aber nicht der AEG. geschuldet habe;
2. daß jeder Deutsche das Recht habe, Handelsniederlassungen im Ausland zu betreiben, was noch lange nicht Kapitalerhöhung und Steuerhinterziehung bedeute;
3. daß das Verbot gegen den Berliner Fabrikanten Jakobowki weiter gehe. Die Angelegenheit des Erzöfen von Buzarien stamme noch aus dem Kriege und wäre am besten dem Auswärtigen Ausschuß zu überweisen. (Hohnlachen der Komm.)

Abg. Frau Schreiber-Krieaer (Soz.):

Gegen den Geburtenzwang kämpft die sozialdemokratische Fraktion seit langem. Sie hat eine ganze Reihe Anträge in diesem Sinne eingebracht. Bei der Beratung der Strafrechtsreform wird Gelegenheit sein auf die gesundheitlichen, seelischen, moralischen und materiellen Schädigungen einzugehen, die der § 218 zur Folge hat. Zahlreiche Versammlungen im ganzen Reich zeigen, daß eine Volksbewegung im Gange ist, die nicht zur Ruhe kommen kann, ehe das Gesetz in Einklang gebracht ist mit den Tatsachen des Lebens und mit der Not der breiten Schichten. Die stärker sind als Mutterinstinkt und Mutterliebe. Jene Volksbewegung wird nicht zur Ruhe kommen, ehe Rohrunderstand und Kinderzucht sich in Heberentsimmung befinden. An dieser Volksbewegung kann die Volksvertretung nicht achtlos vorübergehen. Die sozialdemokratische Fraktion hat neue Anträge vorbereitet, deren Ziel die völlige Umgestaltung des § 218 ist, um diese Frage aus der Heimlichkeit und Lüge mit all ihren furchtbaren Konsequenzen zu lösen und den

ganzen Komplex in die Hand des beruflichen Arztes zu legen. Nur dann wird die unerhörte Zahl von Opfern dieses Paragraphen verschwinden, und nur

dann wird auch der Arzt von dem furchtbaren Konflikt erlöst sein, in dem er heute steht: entweder durch Verweigerung der Hilfe und Befolgung des Gehässigen verzeihende Menschen der Kurpfuscherei zu überantworten oder die Hilfe zu leisten und sich strafbar zu machen.

Drei Fünftel der Berliner Kerstinnen haben sich für die Abschaffung des § 218 erklärt, in Hamburg ebenso 80 Proz. der Kerstinnen. Möge dieses Haus die Zeichen der Zeit verstehen und wenigstens, solange das Gesetz besteht und täglich tausendfach gebrochen wird, Mitleid wolle lassen für die Opfer. Zu diesen Opfern gehört auch Frau Dr. Jacobowki-Kienle in Stuttgart. Meine Fraktion bringt folgende Entschliessung ein:

Der Reichstag erlöst, da er nach der Verfassung nicht das Recht hat, den von einem Gericht erlassenen Haftbefehl aufzuheben, die Reichsregierung, auf das württembergische Justizministerium einzuwirken, daß der zuständige Staatsanwalt schleunigst den Antrag auf Aufhebung des gegen Frau Dr. Kienle in Stuttgart erlassenen Haftbefehls stellt.

Es wird als ganz besonderes Unrecht empfunden, daß Frau Kienle in Haft bleibt, nachdem Dr. Woff aus der Haft entlassen worden ist.

Berlin-Gesetz angenommen.

Vertrag mit der Volksbühne abermals nicht zustande gekommen.

Zu Beginn der Landtags Sitzung am Dienstag beantragten die Deutschnationalen in der fortgesetzten Aussprache über den Innenetat die Rebezeit um eine halbe Stunde zu verlängern, damit sie Gelegenheit bekommen, noch auf die Rede des Abg. Leichterhaus (Z.) zu antworten. Der Antrag wurde abgelehnt.

Abg. Brelle (Dtsch-Hann.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Falk. Die Hannoveraner hätten sich trotz aller Unterdrückungen immer loyal benommen. Sie dächten nicht daran, für die Wiedererrichtung der hannoverschen Monarchie einzutreten. Sie seien durchaus modern gesinnt.

Abg. Leinert (Soz.):

Die moderne Einstellung der Welfen spiegelt sich nur in Wiederholungen ihrer alten Irrtüden. Ihre Loyalität bekundete Kollege Biester, der bekanntlich erklärte, daß die Welfenpartei das Bestreben hat, das Innenministerium zu unterminieren. Daß der von ihr gestellte Oberbürgermeister von Hannover von der Regierung bestätigt wurde, zeigt die Toleranz der Demokratie. Würde die Regierung nach der Ausrückung des Herrn Biester aber noch den zum Vizepräsidenten gewählten Welfen bestätigen, so wüßte sie wirklich nicht, was sie tut. Wie alle bürgerlichen Mittelparteien sucht auch die Welfenpartei aus Angst vor dem Tode Anschlag an die Nationalsozialisten. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Um die Parteibuchwirtschaft in der Personalpolitik zu bewahren, hat die Volkspartei über die Vorgänge im Statistischen Landesamt einen Untersuchungsausschuss einberufen lassen. Sie hat über den „roten Terror in den öffentlichen Betrieben“ Flugblätter verbreitet, obwohl die Verhandlungen durch Zeugnisaussagen das Gegenteil ergeben haben. Diese ganze infame Heiße ist täglich zusammengebrochen. (Hört, hört! bei den Soz.) Wer würdigerweise über die Rechte vollständig die Wahrung von Beamten in Braunschweig und Thüringen.

Weil es der Rechten an Agitationsmaterial fehlt, hat der Stahlhelm des Volksbegehren auf Landtagsauflösung eingebracht. Dabei haben Deutschnationale und Volkspartei eine Heidenangst vor Neuwahlen und der Stahlhelm rechnet selbst damit, daß sein frivoles Spiel keinen Erfolg hat.

Es ist nur ordinäre Demagogie, wenn gefordert wird, daß um der Osthilfe und der inneren Befundung willen Preußen von den jetzigen Machthabern befreit werden müsse. Wenn das geschehen sollte, müßten die Ministerkessel wieder befüllt werden. Daß die Herren von rechts sich hierfür bereithalten, ist schließlich nichts weiter als der Drang zur Futterkrippe! (Sehr wahr! bei den Soz. und Heilerkeit.)

Die Rechte bezeichnet das jetzige Preußen als eine nationale Gefahr, sie fordert Sperrung der Reichsausschüsse, weil keine Gewähr für deren verfassungsmäßige Verwendung gegeben sei. Es soll die Reichseinheit bedrohen. Ein maßgebendes bürgerliches Blatt in Bayern beurteilt Preußen allerdings anders. Es begrüßt, daß Preußen fest steht und der jetzige Innenminister die staatliche Ordnung garantiert. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Tatsächlich hält Preußen das Reich zusammen.

Ein Sieg Hitlers würde dessen Bestand und Kreditfähigkeit erschüttern und das Fünftausendende der Arbeitslosen verewigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Schon die Wahl vom 14. September hat dem Reich durch die Rückkehr ausländischer Kredite unermesslichen Schaden zugefügt. Aber das Volk wird klug genug sein, einzufehen, was es mit Hitler und Hugenberg gegen Braun und Seegering eintauschen würde: die völlige Auflösung des Staates! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Stahlhelm hat angekündigt, daß beim Volksbegehren Gelegenheit sei, festzustellen, wer seine nationale Pflicht erfüllt. Nach all den Fälschungen und Verleumdungen über die Miswirtschaft des Marxismus wird also noch der unverschämteste Terror angekündigt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist das Verdienst der Sozialdemokratie und ihrer Organisationen, beim Zusammenbruch Deutschlands gerettet zu haben.

Die Sozialdemokratie hat den Aufruhrmarsch abgewehrt und nicht die Rechtskreise mit Schlagel und Genossen.

Damals sprach Hitler das Wort: nicht Nieder mit den Franzosen muß es heißen, sondern Nieder mit den Novemberverbrechern.

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokratie hat Deutschland von den äußeren Geunern befreit. Sie hat über den Dawes-Plan im November-Plan die jährliche Zahlung der Tributkosten von 700 bis 800 Millionen Mark herabgemildert, sie hat die Souveränität des Reichs wieder hergestellt und den Rhein befreit. Wenn die Saar noch nicht frei ist, so einzig durch die Schuld der Rechtsparteien! Heftig hat während des Krieges einmal erklärt: „Die Kriegskosten werden unsere Feinde wie eierne Ketten durch die Jahrhunderte schleppen müssen.“ (Hört, hört! links.) Unsere Gegner haben die Dauer der Lasten für uns auf 50 Jahre, ein

Wir glauben, daß Verdunkelungsgefahr oder Furchtverdacht nicht vorliegen und bitten deshalb um Annahme unserer Entschliessung. (Beifall der Sozialdemokraten. — Gegenrufe der Kommunisten.)

Abg. Dr. Gerek (Landvolk) erklärt, die Landvolkpartei habe gegen viele Einzelheiten des Etats starke Bedenken, stelle sie aber zurück, um dem Reichsanwalt und dem Ernährungsminister ihr Vertrauen zu bekunden. Sie billige auch das Vollermächtigungs-gesetz in seiner neuen Fassung und bedaure nur, daß es durch den Auszug der Deutschnationalen und Nationalsozialisten unmöglich geworden sei, mehr für die Landwirtschaft zu erreichen.

Abg. Stöcker (Komm.) kündigt in einer längeren Erklärung die Ablehnung des Etats an.

Die Kommunisten bringen einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett ein das die Bevölkerung getäuscht und betrogen habe.

Vizepräsident Esser erklärt unter Pfui-Rufen der Kommunisten, daß dieser Antrag wegen seiner unparlamentarischen Fassung nicht zugelassen werde.

Die Aussprache über den Etat ist beendet. Es folgen die vielen vorher zurückgestellten

Abstimmungen.

zunächst über das Osthilfegesetz. Dieses wird in zweiter Lesung in der Ausschussfassung angenommen. Zum Osthilfegesetz wird auch eine sozialdemokratische Entschliessung angenommen, die sich gegen

Menschenleben, beschränkt. Es ist leichter gewesen, die höherfüllten Gegner zur Vernunft zu bringen, als einen Teil der eigenen Volksgenossen, die in blinder Wut alles unter die Stiefel treten, was mühselig in Notzeiten aufgebaut wurde! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Seit der Ermordung Rathenaus ist der Mord zur politischen Waffe geworden. Dafür tragen Deutschnationale und Nationalsozialisten die Verantwortung.

Sie sind verantwortlich für das vergossene Blut. Wenn Hitler für die Hamburger Mörder des kommunistischen Abgeordneten Hennig jetzt die Verteidigung stellt, so nicht nur, weil er sich verantwortlich fühlt, sondern auch aus Angst, daß die Mörder gegen seine Partei aussagen könnten. Es steht fest, daß die Nationalsozialistische Partei die Mörder begünstigt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Solchen Leuten dürfen wir nicht Preußen überlassen! Ihre Herrschaft würde die Wiederherstellung des Dreiklassenwahlrechts, des Herrenhauses und der Gefindeordnung bedeuten. Wenn wir uns gegen das Stahlhelmsvolksbegehren wenden, so wollen wir die Kultur und die Arbeiterrechte nicht politischen Kannibalen überantworten, sondern für den Aufstieg des Volkes kämpfen zu besseren Zuständen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kasper (Komm.) verwahrt sich gegen die Unterscheidung des Innenministers zwischen anständigen und unanständigen Mitgliedern der kommunistischen Fraktion. Mit solchen Wendungen könne man keine Sprengtastele legen. Man habe nie solche viehischen Ausschreitungen der Polizei erlebt als in der Republik. Der Redner beschwert sich weiter über Maßnahmen gegen kommunistische Parteiorganisationen.

Hierauf werden die für 2 Uhr angelegten Abstimmungen vorgenommen.

Zunächst wird abgestimmt über

das neue Berliner Selbstverwaltungsgesetz.

Das Gesetz wird in dritter Lesung unverändert in der Ausschussfassung, d. h. unter Ablehnung aller Änderungsanträge der Rechtsparteien und Kommunisten, angenommen. Die Schlußabstimmung ist namentlich. Hierbei obstruieren Kommunisten und Rechtsparteien, mit Ausnahme der Landvolkpartei, indem sie keine Karten abgeben.

Die Auszählung ergibt 223 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen. Damit ist das Berliner Gesetz endgültig verabschiedet.

Es folgen die Abstimmungen über den Haushalt des Kultusministeriums in zweiter Lesung. Unter den angenommenen Anträgen befindet sich auch der Zentrumsantrag, die Staatsoper am Platz der Republik mit Abschluß der Spielzeit 1931 zu schließen. Hierbei enthielten sich die Sozialdemokraten.

Die Abstimmung über den

Vertrag des Staates mit der Volksbühne

ergibt, wie nun schon zweimal vorher, wiederum die Beschlussfähigkeit des Hauses. Rechtsparteien und Kommunisten geben keine Karten ab und die Regierungsparteien brachten nur 225 Stimmen auf. Es fehlte an der Beschlussfähigkeit also nur eine Stimme. Die Sozialdemokraten waren vollzählig.

Hierauf wird die unterbrochene Aussprache über den Innenetat fortgesetzt.

Abg. Mehenkin (D. Sp.) erklärt, daß die Dauer eines Kabinetts noch kein Zeichen für gute Leistungen sei. Die Posten der Verwaltung seien mit Anhängern der Regierungsparteien überschwemmt worden. Statistisch sei nachgewiesen, daß Kommunisten an Gewolltätigkeiten und Versammlungsstörungen den meisten Anteil haben.

Abg. Orzimek (Staatsp.) meint, daß sich nach dem Scheitern im Reich die Offensive der Rechten gegen Preußen richte, weil es sich in den letzten zwölf Jahren als der starke Fels der deutschen Republik erwiesen hat. Preußen habe in der Notzeit Großes geleistet, und das sollten auch die Oppositionsparteien anerkennen. Die von der Rechtsregierung im Reich gemachten Steuern seien in Preußen gemildert worden. Im weiteren Verlauf seiner Rede geht der Redner auf die verheerenden Methoden der Nationalsozialisten ein und fordert den Minister auf, nach Abschluß der bisherigen Verhandlungen

Hierauf schlägt Präsident Bartels dem Hause vor, sich zu vertagen. — Zur Geschäftsordnung erklärt

Abg. Riebel (Staatsp.), daß während der Rede des Abg. Orzimek der nationalsozialistische Abgeordnete Haake diesem zugerufen habe: „Dir werden wir noch die Eier schleifen!“ Dieser von ungläublicher Rohheit und von einem nicht zu kennzeichnenden geistigen Tiefstand zeugende Juruf sei offenbar vom Präsidenten überhört worden. (Große Unruhe im ganzen Hause.)

Präsident Bartels bemerkt dazu, daß er diesen Juruf tatsächlich nicht gehört habe, weil er sonst sofort eingeschritten wäre.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über den Innenetat.

den Abbau der Tarifföhne der ländlichen Arbeiterschaft wendet. Angenommen wird auch eine Entschliessung des Christlichsozialen Volksdienstes zugunsten der Landarbeiter. Die dritte Beratung muß auf Einspruch der Kommunisten unterbleiben. Das Gesetz gegen Waffennachdruck wird unter Gegenrufen der Kommunisten verabschiedet.

Ein kommunistischer Misstrauensantrag gegen das Kabinett Brüning wird mit 284 gegen 65 Stimmen bei 15 Enthaltungen abgelehnt.

Eine vom Abg. Rauch (B. Sp.) begründete Entschliessung zugunsten der technischen Beamten wird mit großer Mehrheit angenommen. Angenommen werden Anträge der Sozialdemokraten und des Zentrums, die im Reichsfinanzministerium Änderungen im Stellenplan herbeiführen wollen. Eine kommunistische Entschliessung auf

Aufhebung der erhöhten Umsatzsteuer für Konsumgüter und Warenhäuser

wird angenommen, da auch die Sozialdemokraten dafür stimmen, ebenso eine kommunistische Entschliessung, wonach der Einzelverkauf von Zigaretten wieder zugelassen werden soll.

Im Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung wird auf Antrag von Sozialdemokraten, Zentrum, Staatspartei, Wirtschaftspartei, Bayerischer Volkspartei und Christlichsozialen der Staatsanfang der Vorzugsbeihilfe aus den Reichsbahnvorzugsaktien um 700 000 M. erhöht und der Ankauf der Unterhaltungsstellen für wohnende Beamte um 600 000 M. ermäßigt. Dadurch und durch eine Kürzung der Mittel für den Beamtenwohnungsbauplan um 500 000 Mark soll die Deckung für die Entschädigung der gewerblichen Stellenvermittler erreicht werden. (Kommunisten und Deutsche Volkspartei haben dagegen gestimmt.)

Nach Bewilligung des Finanzplans wird beim Haushalt des Reichsinnenministeriums mit 299 gegen 63 Stimmen bei einer Stimmenthaltung eine kommunistische Entschliessung auf Aufhebung der Demonstreationsverbote für den 1. Mai abgelehnt.

Zum Kriegsalienstat wird eine Ausschussentschliessung angenommen, daß die erste Rate für die im linsrheinischen Westen vorliegenden Bahnhäuser schon 1931 aus den Mitteln des Osthilfegesetzes bereitgestellt wird.

Beim Etat des Arbeitsministeriums wird

Ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der 5 Millionen zur Sanierung der Knappschaftsversicherung aus der erhöhten Aufsichtseinkommensteuer verwenden will.

Beim Marineetat wird der kommunistische Antrag auf Streichung des Ersatzplanes bei den Kriegsschiffen mit 284 gegen 65 kommunistische Stimmen abgelehnt.

Der kommunistische Antrag auf Streichung der 4. Rate des Bankerschiffs A wird mit 176 gegen 74 Stimmen bei 106 Stimmenthaltungen abgelehnt. Wie in der zweiten Beratung hatten auch diesmal einige Sozialdemokraten gegen die Staatspartei gestimmt, während die übergroße Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion Stimmenthaltung geübt hat. — Der kommunistische Antrag auf Streichung der 1. Rate für das Bankerschiff B wird ebenfalls mit 176 gegen 73 Stimmen bei 106 Enthaltungen abgelehnt.

Die Gesamtabstimmung über den Reichshaushalt ergibt die Annahme mit 277 gegen 74 Stimmen (der Kommunisten und einiger Sozialdemokraten) bei 15 Enthaltungen der Wirtschaftspartei.

Der kommunistische Antrag betreffend Frau Dr. Klenow-Stuttgart wird abgelehnt, die sozialdemokratische Entschliessung hierzu mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Zu dem kommunistischen Antrag auf Erklärung des 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag beantragen die Sozialdemokraten das gleiche auch für den 11. August.

Abg. Ester (B.) beantragt Ueberweisung an den Rechtsausschuss. Auf Verlangen der Kommunisten wird darüber namentlich abgestimmt. Die Sozialdemokraten holen die weißen Sa-Karten heraus, was die Kommunisten mit böhmischen Rufen begleiten. Die Ueberweisung an den Ausschuss wird mit 294 gegen 65 kommunistische Stimmen beschlossen.

Zum Gesetz über Zolländerungen spricht

Abg. Frau Sender (Soz.):

Bei allen wirtschaftlichen Maßnahmen in dieser schweren Zeit ist größte Bescheidenheit nötig, damit eine weitere Erhöhung des Lebens und ebenso eine Lenkung vermieden wird. In dieser Beziehung erinnern wir nachdrücklich an die entsprechende Erklärung der Reichsregierung. Die Vorgänge der Regierung eine Ermächtigung geben, die durch das Scheitern der Genfer Wirtschaftskonferenz erforderlich geworden sein soll. Wir müssen die ungelösten Beziehungen zum Ausland aufrecht erhalten. Schon sind Brotpreiserhöhungen in Köln, Frankfurt am Main usw. eingetreten, in anderen Städten, wie Berlin, wird damit gedroht, und schon kommen Hilferufe von Bürgermeistern an uns, die einer Brotpreiserhöhung um so sorgenvoller entgegensehen, als die Wohlfahrtsstellen ohnehin schon die Gemeinden zur Verzweiflung treiben. Wir fordern die Regierung zur Wachsamkeit und gegebenenfalls auf solche Preiserhöhungen risikofrei zu machen. Es ist Spielraum genug, um die zumungunsten der Landwirtschaft geöffnete Preisliste ohne Nachteil für die Verbraucher zu schließen.

Die Landwirtschaft hat das größte Interesse an der Hebung der Kaufkraft ihrer Hauptabnehmer, d. h. der großen Massen der Arbeiter und Angestellten. Durch Lohnabbau und Preistreiber wird auch die Landwirtschaft geschädigt.

Hoff gegen die Verbrauchermassen kann der Landwirtschaft nicht helfen, nur organisiertes Zusammenwirken mit den Verbrauchern.

Die Regierung verlangt diese Vollmacht, um der Landwirtschaft eine Erholungsphase zu geben. Wir können diese Vollmacht nur erteilen, wenn die Konsumenteninteressen durch eine starke Reichstagsmehrheit geschützt werden, und wir erteilen diese Vollmacht auch nur dieser Regierung. Diejenigen Parteien, die immer vorhaben, allein landwirtschaftsfeindlich zu sein, haben die Arbeit hier im Hause eingestellt, aber die Arbeiterklasse reicht durch ihre Vertreter der Landwirtschaft die hilfreiche Hand.

Trotz aller Verheerung haben die großen Massen der Verbraucher Verständnis für die Notlage und die Interessen der Bauern, und sind bereit, ihnen entgegenzukommen.

Schließlich wird man auch im fernsten Dorf einsehen müssen, daß nicht Paradenmärsche und Waidankmärsche, auch nicht Versprechungen für das Dritte Reich den Bauern helfen, sondern die wirkliche Hilfe nur in der Zusammenarbeit der Bauern und der Verbraucher für die gemeinsamen Interessen liegt. Gemeinsam und planvoll wollen wir die Wirtschaft aufbauen und arbeiten, daß die schaffenden Menschen Arbeit und Brot finden. (Lebhafter Beifall.)

Ernährungsminister Schiele

antwortet: Der Reichsregierung stehen eine Reihe praktischer Maßnahmen zur Verfügung, und sie ist bereit, diese Möglichkeiten rechtzeitig anzuwenden, um einer ungerechtfertigten Brotpreiserhöhung entgegenzuwirken.

Nach einer Rede des kommunistischen Abg. Buch gibt Reichsernährungsminister Schiele in Ergänzung zu seinen ersten Ausführungen eine neue Erklärung ab: Zu der Reihe von Maßnahmen, die die Reichsregierung infolge der drohenden Brotpreiserhöhung zu treffen beabsichtigt, gehört auch eine Vorlage, die dem Reichskabinett bereits am Donnerstag vorgelegt werden soll. Diese Vorlage bezweckt die Erhöhung der Ausnahmsquote von 60 auf 70 Proz. Hierdurch wird alsbald eine Senkung des Mehlpreises eintreten, die eine Senkung der Brotpreise zur Folge haben muß. Im Zusammenhang damit teilt Minister Schiele mit, daß die Berliner Bekämpfung am Mittwochabend den Beschluß gefaßt habe, von einer Brotpreiserhöhung abzusehen.

Bei der jetzt folgenden Abstimmung über das Zolländerungsgesetz in zweiter Lesung stimmt neben den Kommunisten beim Art. 3 des Gesetzes auch das Landvolk nicht für die Regierungsvorlage. Sein Vertreter Hepp erklärt, daß keine Fraktion sich die Stellungnahme bis zur dritten Lesung vorbehalten.

Schluss nach 20 Uhr, nächste Sitzung heute, 10 Uhr: Dritte Lesung des Osthilfegesetzes, des Gesetzes über Zolländerungen, Änderung der Entschädigungen für Arbeiter der Tabakindustrie, Abstimmung über gerichtliche Verfahren gegen Mitglieder des Reichstags.

Europas Weg ins Freie.

Die Ziele der deutsch-österreichischen Zollunion.

Ueber die Bedeutung der deutsch-österreichischen Zollunion sprach gestern im Rundfunk Genosse Karl Renner-Wien und Staatssekretär a. D. Professor Julius Hirsch.

Jeder der beiden Redner hatte sich die Aufgabe gestellt, über die Bedeutung und die Zusammenhänge des deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommens, das in den politischen Kreisen der europäischen Länder so großes Aufsehen erregt hat, vom Standpunkt seines Landes aus zu sprechen. Professor Hirsch, der zuerst sprach, wies einleitend darauf hin, daß Deutschland und Oesterreich mit diesem Einkommen einen ersten Schritt zu dem großen Ziel hin tun, das der französische Außenminister Briand seit Jahren verkündet hat.

JUGENDWEIHEN

der Sozialisten, Freidenker und Gewerkschaften Berlins
Sonntag, den 29. März

Berlin, Volksbühne am Bolowplatz um 9^{1/2}, und 12 Uhr
Spandau, Aula der Oberrealschule, Spandau, Friedrich-Ecke
Moltkestraße um 10 Uhr

Lichtenberg, Aula des Gymnasiums Lichtenberg. An der
Parkau um 10 und 13 Uhr

Weißensee, Stadthalle e. Weißensee, Pistoriusstraße 23 um 10 Uhr

Cha. lottenburg, Aula der Sophie-Charlotte-Schule, Charlotten-
burg, Scharenstraße 23/27 um 11 Uhr

Pankow, Tivoli-Lichtspiel-Pankow Berliner Straße 27 um 11 Uhr

Musik • Gesang • Rezitationen • Sprechchor • Weibereide
Eintritt: Erwachsene 75 Pf., Kinder 50 Pf. Für Volksbühne ausverkauft

Dieses Ziel ist der Aufbau größerer Wirtschaftseinheiten in dem durch die Friedensverträge balkaniserten Europa.

Wäches ist das begrenzte Ziel des Zollunion-Vertrages, was bedeutet er für Deutschland und was für Europa? Man muß sich bei der Beantwortung dieser Fragen von vornherein klar darüber sein, daß große Märkte die Grundlagen für höhere wirtschaftliche Entfaltung darstellen. Großbetriebe und Großunternehmungen in der Wirtschaft sind aber bei politischem Kleinbetrieb und bei wirtschaftlicher Arzählwinkel-Verzerrung

auf die Dauer nicht möglich. Was anderes hat Amerikas Volkswohlstand so hoch über den europäischen gehoben, als der breite Markt und das weite Land. Die jetzige Krise hat uns mit brutafer Deutlichkeit gezeigt, daß der kleine Markt von einer Hochkonjunktur nur den halben Nutzen, von einer Krise aber den vielfachen Schaden hat. Siebentausend Kilometer neuer Grenzen sind durch die Friedensbestimmungen in Europa neu entstanden, Grenzen mit neuen Handelsverhältnissen, mit Ein- und Ausfuhrverboten und peinlichsten Erschwerungen für den Wirtschaftsverkehr.

Kommt Deutschland jetzt mit Oesterreich zu einer Zoll-einheit, so wird den in Oesterreich bis an die Grenze der Daseinsmöglichkeit eingeeengten Wirtschaftskräften endlich ein Weg ins Freie geöffnet. Das soll aber nur ein Anfang für hoffentlich weit größere Wirtschaftsverbindungen sein. Im weiteren Verlauf seines Vortrages wies Professor Hirsch auf die Vorkämpfer einer deutschen und österreichischen Zollunion hin, deren Reihe mit Friedrich List, dem hervorragenden Volkswirt der fünfziger Jahre, beginnt und mit Friedrich Naumann und Walther Rathenau endet. Wirtschaftlich bedeutet die Zollunion Deutschland-Oesterreich, daß nach einer gewissen Uebergangszeit

Deutschlands Zollgrenzen gleichsam an die österreichischen gerückt werden und Oesterreichs Arbeitsgebiet dann erst am Rhein und an der Nord- und Ostsee endet. Ein einheitlicher Wirtschaftsverkehr kann sich dann von Kochen bis nach Wien und von Flensburg bis nach Kärnten vollziehen. Soweit nicht handelspolitische Bindungen dem noch entgegenstehen, werden die Zölle für beide Länder nach außen hin gleichgesetzt und zwischen ihnen werden die Zollmauern abgedrochen. Dies bedeutet andererseits, daß bei künftigen Zollfragen ganz schnelle Entschlüsse nicht mehr so wie vor dem Vertrage möglich sind, denn statt einer Regierung, die in Zollermächtigungen, wie in Deutschland, von einem Tag zum andern handeln konnte, müssen sich jetzt zwei Regierungen und zwei Parlamente verständigen. Bei Streitfragen wird ein völlig paritätisches Schiedsgericht in der Zollunion entscheiden. Praktisch bedeutet die Zollunion für Deutschland zunächst eine Erweiterung des inneren Marktes und gibt die Vorbedingung zur Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung für wichtige wirtschaftliche Gebiete. Damit gelangen wir zur Anpassung und zum Ausgleich der Lebensräume beider deutschsprachiger Staaten und hoffen, damit

einen ersten Schritt zur wirtschaftlichen Konsolidierung Europas zu tun. Deutschlands innerer Markt erhält 6% Millionen neuer Verbraucher, also einen Zuwachs von 10 Proz., und auf der anderen Seite einen gleichen Zuwachs an Arbeit und innerem Wettbewerb. Die Einfuhr Oesterreichs je Kopf der Bevölkerung ist anderthalb mal so groß wie die deutsche, dagegen seine Ausfuhr je Kopf etwa gleich hoch. Für Oesterreichs Einfuhr lieferte Deutschland bisher zwei Fünftel und von seiner Ausfuhr kaufte Deutschland etwa ein Sechstel. Es ist sicher, daß der gegenseitige Aniel nach dem Abschluß der Zollunion stark anwachsen wird.

Die Befürchtung, daß die billigeren Löhne in Oesterreich Schwierigkeiten für Deutschland mit sich bringen könnten, teilt Professor Hirsch nicht. Er glaubt vielmehr, daß sich nach einer gewissen Uebergangszeit der Lebensstandard um so eher miteinander ausgleichen wird, je stärker sich die Zoll-einheit auswirkt.

Eine demüht durchgeführte Zusammenfassung des deutschen und österreichischen Wirtschaftsgebietes kann auf die Dauer nur die eine große organisatorische Besserung bedeuten, daß der Aufbau der Gesamtwirtschaft zweckmäßiger gestaltet, die Leistungsfähigkeit nach innen und außen erhöht wird und damit die Lebenshaltung der Massen gesteigert werden kann.

Angehts des außerordentlich schweren wirtschaftlichen Druckes in Oesterreich, der dieses Land zu einem wirtschaftlichen Zusammen-

schluß nach irgendeiner Seite zwang, stand Deutschland vor folgender Wahl: Entweder die Zusammenarbeit mit Oesterreich zu wählen und damit das Tor nach Südosten aufzustehen oder bei einer Ablehnung Oesterreich einer anderen Wirtschaftsgruppierung in die Arme zu treiben und damit den Zugang nach dem europäischen Südosten zu veranlassen. Den unfreundlichen Kritikern im Auslande erklärte der Redner, daß die Verständigung zwischen wenigen den Weg zeigt, wie eine größere Zahl von Parteien zur Ueberbrückung der politischen Grenzen gelangt. Die Voraussetzung hierzu sei aber das gleiche wirtschaftliche Wollen. Ein Wirtschaftsaufstieg und Krisenausgleich in Europa sei nur möglich, wenn die Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich nicht allein bleibe und andere Länder diesem Beispiel folgten.

Darauf ergriff

Genosse Karl Renner

das Wort, dem bei den Friedensverhandlungen in St. Germain die gleiche verantwortungsschwere Aufgabe zugefallen war wie Hermann Müller in Versailles. Wie Renner eingangs erklärte, sollte sich sein Vortrag darauf beschränken, den österreichischen Standpunkt klarzulegen, so wie er sich ihm als den feinerzeitigen Führer der österreichischen Friedensdelegation darstellt.

Der Friede von St. Germain hat das Donauraich nach Sprach- gebieten zerstückelt und aus den Stücken eine Anzahl neuer Staaten gebildet, deren Grenzen die alten Verkehrswege verbarrieren. Zwerghafte Wirtschaftsgebiete sind neu entstanden, in einem Zeitalter, das nach Friedrich Naumann in Kontinenten denkt, uralte Märkte sind zerrissen und nicht die ökonomische Vernunft, sondern die Grammatik hat als Staatsbaumeister fungiert. Deutschösterreich gegenüber hat man indessen auch die Grammatik verleugnet, indem man große, geschlossene Gebiete deutscher Junge von uns getrennt hat.

Was ist geblieben? Eine Millionenstadt ohne Hinterland! Große Industriegebiete ohne Rohstoffe und ohne Absatzmärkte, denn die Zollmauern ringern versperrten unseren Waren den Weg. Ein Industrievolk ohne Hinterland, denn der Fünftel des Weltens und ein Drittel des Schlachtoles muß Oesterreich einführen.

Man macht es uns aber unmöglich, unseren Einfuhrbedarf durch Industrieexport zu bezahlen. Auf einer derartigen Grundlage kann ein Land nicht wirtschaften. Die Arbeitslosigkeit in Oesterreich ist nicht die Folge der augenblicklichen Krise, sie ist das dauernde Ergebnis unserer Wirtschaftsstruktur und jetzt Hunderttausende von arbeitsfähigen Menschen auf den Aussterbeort.

„Wir können so nicht leben,“ haben Oesterreichs Vertreter bereits in St. Germain erklärt.

Man hat uns mit Krediten, mit der Neuordnung der Welt durch den Völkervertrag verdrängt, den Anschluß aber hat man uns verboten, obwohl wir nur ein Stamm der deutschen Nation sind. Auf die Neuordnung der Welt haben wir zwölf Jahre geduldig gewartet. Europa ist in diesen Jahren allgemeiner wechselseitiger Hungerblockade — denn nichts anderes ist das herrschende zollpolitische System — nicht herausgekommen. Oesterreich kann nicht auf Panuropa, das alte hundertjährige Ideal, warten, denn Hunderttausende sind ohne Arbeit, und Oesterreichs Jugend hungert und verelendet. Oesterreich kann auch nicht warten, bis mittel-europäische Wirtschaftskonferenzen ein greifbares Ergebnis zeitigen. Bisher sind diese Konferenzen über gegenseitige Klagen nicht hinausgekommen. Eine Zoll-Waffenstillstandskonferenz wird nach Genf einberufen und soll auch für Oesterreich eine Erleichterung seiner Lage bringen. Nach endlosen Beratungen ist das Ergebnis eine einzige große Enttäuschung. Oesterreich aber kann nicht warten! Oesterreich kann den gegenwärtigen Zustand einfach nicht länger ertragen.

Das Friedensdiktat hat Oesterreich durch das Anschlußverbot mit ewiger Unabhängigkeit „begnadet“. Eine Gnade, die einer Beurteilung zu lebenslänglicher Einzelhaft mit periodischen Fasttagen gleicht. Oesterreich hat nicht die Absicht, diese Schranke bei dem Abschluß der Zollunion zu durchbrechen.

Oesterreich steht sich politisch gebunden, aber Wirtschaftsverträge stehen ihm frei.

Bei der Zollunion behält jedes Land seine Souveränität, jeder Teil verpflichtet sich nur dem anderen gegenüber, von ihr in gleicher Richtung Gebrauch zu machen. Diese Abmachungen widersprechen nicht dem Genfer Protokoll, das Oesterreich bei der Gründung der Völkerverbandsverträge unterschreiben mußte. Ebenso wie Deutschland gegenüber ist Oesterreich jedem anderen Staat gegenüber bereit, die gleichen Verträge abzuschließen. Niemand kann Oesterreich zugeben, daß die politische Anschlußklausel der Friedensverträge extensio ausgelegt und zur wirtschaftlichen Fesselung Deutschösterreichs mißbraucht wird.

So tief das Schicksal Deutschland und Oesterreich gebeugt hat, das Recht zu leben, das Recht auf Arbeit, das Recht auf freien Handel und Wandel haben wir und müssen wir haben.

Nicht irgendwelche Abenteuerlust oder politischer Ehrgeiz, sondern einzig und allein die wirtschaftlichen und sozialen Noe unseres Landes sind die Triebfeder zum Abschluß der Zollunion mit dem Deutschen Reich. Der gegenwärtige Zustand Oesterreichs ist wirtschaftswidrig für uns, denn er erlaubt uns nicht zu arbeiten und Weib und Kind zu erhalten! Er ist aber auch wirtschaftswidrig für Europa, das von diesem Zustande mitbetroffen wird. Dieser Zustand ist nicht christlich, sondern ist angesichts des österreichischen Kinderelends eher bestiehemilich zu nennen. Er ist auch nicht sittlich, denn er verleih uns eine erheuchelte Selbstständigkeit mit dem Verbote, von dieser den einzig vernünftigen Gebrauch zu machen.

Genosse Renner schloß seine temperamentvollen Ausführungen mit folgendem Appell:

Man kenne Panuropa — wir sind dabei! Man schaffe ein wirtschaftliches Mitteleuropa — wir sind dabei! Will man es nicht, oder wird man mit diesem Problem nicht fertig, so gebe man Deutschland und Oesterreich den ersten Schritt frei. Mögen andere Staaten, möge Europa folgen!

Das Deutsche Reich und Oesterreich haben den Weg ins Freie durch die Tat gebahnt. Mögen die anderen beweisen, daß sie nicht bloß mit der Idee listern, sondern sie auch im Ernste verwirklichen wollen!

Danat zeigt erhöhte Gewinne!

Die Nazis haben Deutschland mehr geschadet als die Weltwirtschaftskrise.

Der Jahresbericht der Darmstädter und Nationalbank für 1930 bringt wieder ausführliche Betrachtungen seines führenden Geschäftsinhabers zur Wirtschaftslage und Wirtschaftsentwicklung. Jakob Goldschmidt ist unter den deutschen Bankmagnaten der Trommler für den Wirtschaftsoptimismus geworden, was niemals schaden kann, und er ist der eigenwillige Befürworter des Individualismus in der Wirtschaftsordnung, was immer zu schiefen Urteilen führt, weil die Tatsachen zugunsten der vorgetragenen Meinung vorgewälzt werden. Diesen Reigungen ist Goldschmidt auch diesmal gefolgt. Seine Ausführungen sind kein Ereignis, aber was er zur deutschen Wirtschaftskrise

über die Auswirkungen des 14. September

und der die letzten Reichstagswahlen begleitenden innen- und außenwirtschaftlichen Beunruhigung beibringt, ist beachtlich. Nach seiner Auffassung hatte die deutsche Wirtschaft gegenüber der Entwicklung in der Weltwirtschaft eine große Chance, die durch die Folgen des 14. September zerstört worden sei. Im Jahre 1930 hätte Deutschland eine vorteilhafte Sonderstellung in dem Abfall der gewaltigen Weltwirtschaftskrise erwarten können, da das Ausland geneigt war, das dort unermessbare Kapital Deutschland zur Verfügung zu stellen. Am Zuge dieser Entwicklung hätte die Umwandlung kurzfristiger Kredite in langfristige Anleihen durchgeführt und die Verbilligung der deutschen Zinsleistungen herbeigeführt werden können.

Am zweiten Halbjahr 1930 habe sich Deutschland aber durch die innerpolitischen Vorgänge von der Aussicht weit entfernt, aus dem kritischen Zustand der Weltwirtschaft Vorteile zu schöpfen. Ein jäher Zusammenbruch des Vertrauensverhältnisses zwischen in- und ausländischem Kapital und dem deutschen Wiederaufbau, schließlich die egozentrische Verzweiflungsparade: Retts sich wer kann, habe zu katastrophalen Verhältnissen geführt, da die Vertrauenskrise die Unrentabilität und den Zusammenbruch zahlreicher Unternehmungen nach sich zog und gleichzeitig die Freisetzung großer Mengen arbeitsfreudiger Menschen bewirkte. Im zweiten Halbjahr hätten die gewaltigen landesflüchtigen Beträge, sowie die großen Kreditkündigungen des Auslandes und der mehrmonatige zeitweilig panikartige Verkauf deutscher Aktien und Obligationen durch das Ausland eine entscheidende Besserung der Investitionstätigkeit zur Folge gehabt, eine Situation, die noch durch die einschneidende Drosselung aller Aufträge der öffentlichen Hand verschärft worden sei. Als Auffassung des Leiters der Darmstädter und Nationalbank ergibt sich also, daß die aus der Weltwirtschaftskrise für Deutschland möglichen Vorteile und Entlastungen durch das Auftreten der Nationalsozialisten in der deutschen Politik der deutschen Wirtschaft vorenthalten worden sind, eine Auffassung, für die wir selbst immer wieder Material beigebracht haben.

Die Entwicklung der Danat war relativ sehr günstig.

Das ergibt sich schon aus der Bilanz. Die Gesamtsumme der fremden Gelder ist relativ wenig, nämlich um nur 93 auf 2291 Millionen Mark zurückgegangen. Die Jahresabschlussziffer liegt freilich — Goldschmidt kennzeichnet das Ansteigen bis Ende Juni als Beweis für die deutsche Wirtschaftschance in der Weltkrise — um über

200 Millionen unter der Ziffer vom Juniende, wenn man die Kredite für die Warenbeschaffung megläßt um über 300 Millionen. Im September hatte, wie Goldschmidt ausführte, das Ausland den Appetit verloren, an dem ungedeckten Zinsentzück für Deutschland noch mitzuessen. Die Geldbeschaffung auf eigenes Akzept ist um 25 auf 126 Millionen Mark erhöht.

In den Aktiven zeigt sich bei den Schecks, Wechseln und Schatzanweisungen ein Rückgang um 46 auf 559 Millionen, bei den Warenvorschüssen die auch bei den übrigen Großbanken eingetretene Steigerung, und zwar um 76 auf 454 Millionen Mark; die Debitoren haben sich ähnlich wie bei der Dresdener Bank erhöht und zwar um 52 auf 1060 Millionen. Bei den Börsengeschäften kommt der vorjährige Zusammenbruch der Kurse in der Verringerung der Darlehen um 82 auf den Tiefstand von 79 Millionen zum Ausdruck.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist überraschend günstig.

Provisionen und Zinsen sind — vornehmlich durch das glänzende Pfandbrief- und Obligationengeschäft im ersten Halbjahr — um nur 1,4 auf 71,3 Millionen Mark zurückgegangen. Sehr viel stärker aber sind die wichtigsten Ausgaben gesunken: die Verwaltungskosten zeigen einen Rückgang um 3,6 auf 53,1 Millionen, die Steuern — behauptet wird durch Steuererlässe — sogar einen Rückgang von 7,27 auf 3,22, also um mehr als 4 Millionen oder um fast 60 Proz! Dieser starke Rückgang der Ausgaben hat den Reinüberschuf beträchtlich über den im Vorjahre ausgewiesenen erhöht, und die Danat hätte bequem ihre 12 Proz. Dividende wieder zahlen können, auch unter Stärkung der Reserven, wenn sie nicht aus den Ueberschüssen auf die eigenen und Konsortialpapiere eine offene Abschreibung von 10 Millionen Mark durchgeführt hätte. So ergibt sich ein ausgewiesener Reingewinn von 8,17 Millionen Mark, aus dem auf das 60-Millionen-Kapital die vereinbarungsgemäß um 4 Proz. auf 8 Proz. herabgeleitete Dividende verteilt und ein Betrag von 3,13 Millionen (unter Hinzunahme des Vortrags) in das neue Geschäftsjahr übertragen wird.

Der Mensch und der Bankenprofit.

Der Personalbestand blieb im System der Danatbank mit 7299 Personen während des Jahres 1929 im wesentlichen unverändert. Erst gegen Schluß des Jahres wurde eine Anzahl Pensionierungen vorgenommen, doch soll auch diese Personalverringering jetzt beendet sein. Die Inanspruchnahme des Personals ist gestiegen, was sich aus der Vermehrung der Filialen um 3 von 108 auf 111 und der auswärtigen Depostenkassen von 48 auf 57 ergibt. Die sehr günstige Gewinnrechnung beweist, daß die zum 1. Januar d. J. vorgenommene Gehaltskürzung um 6 Proz. in der Untkostenentwicklung nicht begründet und der Widerstand der Gewerkschaften berechtigt war.

Gegenwärtig werden in den Großbanken die Betriebsräte gewählt. Es liegt im Interesse der Angestellten, das zeigt auch der Geschäftsbericht der Danat, die Front der freien Gewerkschaften zu stärken. Die Nazis sind überall mit den Unternehmern im Bunde, und die Kommunisten haben für die Lebenshaltung der arbeitenden Massen noch nie etwas herausgeholt verstanden.

Die Baubank des Reiches.

Die Deutsche Bau- und Bodenbank fördert 60000 Wohnungen.

Die Deutsche Bau- und Bodenbank L.G., deren Kapital von 24,3 Millionen sich voll im Besitz des Reichs und sonstiger öffentlicher Körperschaften befindet und die in erster Linie Zwischenkredite für den Wohnungsbau durch Bevorschussung der ersten Hypotheken zu beschaffen hat, meldet für das Jahr 1930 eine weitere starke Ausdehnung ihrer Tätigkeit.

Die im wesentlichen aus dem Geldmarkt beschafften Mittel zur Gewährung der Zwischenkredite hat sich im vergangenen Jahre von 115,4 auf 162,4 Millionen Mark erhöht. Nur für 90 Millionen wurde bisher die Reichsgarantie von 300 Millionen in Anspruch genommen. Die Bilanzsumme ist von 193 auf 244 Millionen, der Hauptbuchschon von 5,2 auf 5,4 Milliarden gestiegen. Bei der Verwendung dieser Gelder zeigt sich bei den kurzfristigen Zwischenkrediten und Schuldnern in laufender Rechnung — die leider in der Bilanz nicht getrennt aufgeführt sind — eine Steigerung von 85,1 auf 127,6 Millionen Mark. Neu in der Bilanz ist ein Posten Lombarddarlehen gegen börsengängige Wertpapiere von 4,21 Millionen, den man den kurzfristigen Baubankkrediten wird zurechnen dürfen. Die Bestände an Wechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen sind von 32,5 auf 16,9 Millionen verringert, die flüssig gehaltenen Guthaben von 15,5 auf 35,2 Millionen erhöht; davon sind 25,7 Millionen innerhalb sieben Tagen fällig. Die Flüssigkeit lag also zum Jahreschluß günstig.

Die Gewinn- und Verlustrechnung zeigt gegenüber dem Vorjahr eine erhebliche Verbesserung. Die Einnahmen sind von 5,17 auf 6,01 Millionen gestiegen. Gleichzeitig erhöhten sich die Unkosten von 1,63 auf 2,04 Millionen, so daß nach Abschreibungen von 0,22 Millionen sich ein von 3,20 auf 3,76 Millionen erhöhter Reingewinn ergibt. Aus diesem Reingewinn erhalten die Aktionäre für das 24,3 Millionen Mark Kapital, die bei gemeinnützigen Gesellschaften nach oben auf 5 Proz. begrenzte Dividende. Der Rest wird zur Stärkung der offenen Reserven verwendet; der gesetzliche Reservefonds wird um 1,2, die Pensionsreserve um 0,3, die Rückstellung für schwebende Geschäfte um 1 Million erhöht.

Diese besondere Rückstellung für schwebende Geschäfte ist berechtigt, nachdem die Deutsche Bau- und Bodenbank bei den kürzlichen Zusammenbrüchen in der Bauwirtschaft ebenfalls als Gläubiger genannt worden ist. Bei der gegenwärtigen Krise in der Bauwirtschaft sind für jeden Bankgläubiger gewisse Risiken unvermeidlich. Die Deutsche Bau- und Bodenbank erklärt, daß sämtliche Forderungen gedeckt seien und daß nur kaum nennenswerte Verluste eintreten können, was wir sehr hoffen wollen.

Der Personalbestand der Deutschen Bau- und Bodenbank hat sich gegen das Vorjahr von 228 auf 290 Angestellte erhöht. Diese Vermehrung ist nicht überraschend angesichts der Tatsache, daß der Bauboden im vergangenen Jahre auch die Verwaltung der Deutschen Bau- und Bodenbank für öffentliche Arbeiten L.G., der neuen Reichsgesellschaft für Arbeitsbeschaffung, übernommen hat, daß ihr das Reich die durch die Rheinlanddrainage frei gemordenen reichseigenen Wohnungsbauten zur Bewertung und Ver-

waltung treuhänderisch übertragen hat und daß sie für die österreichische Regierung gegenwärtig die Geschäfte der Wiener Baukreditbank führt, die die staatliche Wohnungsbauförderung in Oesterreich finanziell zu überwachen hat und deren Aktienmehrheit sich bei der Deutschen Bau- und Bodenbank befindet. Für alle diese Tätigkeiten werden der Deutschen Bau- und Bodenbank nur die Kosten ersetzt. Es wäre wünschenswert, daß die in diesem Zusammenhang eintretenden Ausgaben in der Zukunft im Geschäftsbericht genannt werden. Wir hoffen auch, daß die im Geschäftsbericht angekündigte Hinzunahme anderer kurz- und mittelfristiger Geschäfte auf dem Gebiet der Bauwirtschaft — neben der Beschaffung von Zwischenkrediten — in Uebereinstimmung mit den für ein gemeinnütziges Institut gegebenen Voraussetzungen erfolgt.

Im Jahre 1930 konnte die Deutsche Bau- und Bodenbank zur Finanzierung von 60 000 Wohnungen beitragen.

Konjunkturmchwung in Amerika?

Die bekannten amerikanischen Wirtschafts- und Finanzwochenberichte von Moody stellen in ihrer neuesten Ausgabe fest, daß der amerikanische Prosperitätsindex, der im vergangenen Jahre einen stetigen Rückgang aufzuweisen und Ende Dezember mit 69,2 Proz. (gegen 98,6 Ende März) seinen tiefsten Stand erreicht hatte, im Januar auf 72,2 und im Februar weiter auf 76,3 gestiegen ist. In einem Kommentar zu diesen Berechnungen wird ausgeführt, daß der Wiederanstieg der Indexziffer nicht etwa so zu verstehen sei, daß sich die amerikanische Wirtschaft bereits im Anfangsstadium eines kräftigen Konjunkturaufstiegs befinde. Die Bewegung der Indexziffer beweise jedoch, daß ein Konjunkturmchwung eingetreten sei und daß man einer allmählichen Besserung der Geschäftslage mit Vertrauen entgegensehen dürfe. Die Moody's Zeitschrift glaubt, daß sich die Konjunkturbesserung im Laufe dieses Jahres fortsetzen werde, obgleich die Wiederherstellung normaler Wirtschaftsverhältnisse vielleicht erst nach längerer Zeit zu erwarten sei.

Schlechte Finanzlage der Reichsbahn.

Gesellschaftsfahrten und Ferienzüge sollen billiger werden.

Auf der Tagung des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahn am Dienstag und Mittwoch in Berlin wurde mitgeteilt, daß die Entwicklung der Einnahmen im Jahre 1931 sich weiter verschlechtert hat. Trotz größter Einschränkung sind die laufenden Ausgaben im Januar und Februar rund 100 Millionen höher als die laufenden Einnahmen gewesen.

Neben der Wirtschaftskrise steht der Verwaltungsrat als Ursache der schlechten Reichsbahnverhältnisse die fehlende Regelung im Wettbewerb der verschiedenen Verkehrsmittel an. Eine durchgreifende Ordnung des Verhältnisses der Reichsbahn zum Kraftwagen sei ohne gesetzgeberische Maßnahmen, die durch Staffelung

gleicher Konkurrenzgrundlagen für alle Verkehrsmittel einem gesunden Wettbewerb Raum geben, nicht zu erwarten. Der Ernst der finanziellen Lage habe ein schnelles Handeln der Reichsbahn durch Selbsthilfe erforderlich gemacht, wenn das Reichsbahnunternehmen gesund bleiben soll. — Mit diesen Erklärungen will die Reichsbahnverwaltung nochmals den in der Öffentlichkeit heftig umstrittenen Schenker-Vertrag rechtfertigen, dessen Infraktion noch, wie Reichsverkehrsminister Guérard erklärt hat, der Zustimmung der Reichsregierung bedarf. Um die jetzt vorhandene Unsicherheit im Expeditionsverkehr zu beseitigen, wäre eine baldige Entscheidung des Reichsverkehrsministeriums allerdings dringend erwünscht.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn stimmte jedoch dem Vorschlag zu, die Gesellschaftsfahrten, Ferienzüge usw. zu verbilligen, und zwar um 20 Proz. gegen bisher nur 10 Proz. Die Verbilligung erhofft von dieser Maßnahme, die besonders die minderbemittelten Kreise des Reisepublikums betrifft, eine Verkehrssteigerung.

Reichsbank weiter entlastet.

Für die Diskontentung allmählich reif.

Zum 23. März hat sich nach dem neuesten Reichsbankausweis eine weitere Entlastung der Reichsbank ergeben. Die Wechselbestände haben nach einem Rückgang um 161,0 auf 1465,4 Mill. einen reformmäßigen Tiefstand aufzuweisen, die Lombardbestände blieben nach einem Rückgang um 4,6 mit 86,7 Mill. relativ hoch, ein Zeichen, daß auch die Banken eine baldige Diskontentung erwarten. Die Bestände an Reichsschatzwechseln haben um 5,7 auf 8,7 Mill. zugenommen. Als Vorbereitung für den März-aktimo ist die Vermehrung der Gelder auf Girokonto um 77,0 auf 342,8 Mill. anzusprechen. Auch der Rotenumlauf ist reformmäßig niedrig. Der Umlauf verringerte sich um 202,3 auf 3765,7 Millionen. Die Deckungsverhältnisse sind weiter verbessert. Die Goldbestände blieben zwar mit 2286,1 Mill. fast unverändert, dagegen haben sich die bedungsfähigen Devisen weiter um 13,4 auf 222,6 Mill. vermehrt. Die Deckung der umlaufenden Noten durch Gold und Devisen zusammen ist von 82,9 auf 86,6 Prozent weiter angewachsen. Der jetzige Stand beträgt mehr als 60 Prozent über der gesetzlichen Vorschrift.

Es kann angenommen werden, daß die Banken sich auf den Apriltermin gut vorbereitet haben, so daß die Beanspruchung der Reichsbank zum 1. April kaum übermäßig und auch die Entlastung in der ersten Aprilwoche beträchtlich sein wird. Die Voraussetzungen für eine Diskontentung sind sehr günstig, und zwar um so mehr, als auch aus der diplomatischen Diskussion über die deutsch-österreichische Zollunion ungünstige Folgen für den deutschen Kredit nach allen bisher vorliegenden Nachrichten bestimmt zu erwarten sind. Die ausländischen Finanziers haben für begrüßenswerte Realitäten ja mehr Verständnis als die Diplomaten.

Der Arbeitsmarkt in Berlin.

Über 700 000 Arbeitssuchende in Berlin und Brandenburg.

Wie im Reich, so ist auch in der ersten Märzhälfte in Berlin und Brandenburg keine Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt eingetreten. Die Ende Februar festgestellte Entlastung im Bereich des Landesamtes Brandenburg um 10 672 Arbeitssuchende ist in der ersten Märzhälfte durch einen Neuzugang von 10 864 Arbeitssuchenden wieder rückgängig gemacht worden. Die Gesamtzahl der Arbeitssuchenden betrug am 15. März 708 269 gegen 697 417 Personen. Davon entfielen auf Berlin 486 434, auf die Provinz Brandenburg 203 921 und auf die Grenzmark Posen-Westpreußen 17 914 Personen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung betrug 311 726, in der Krisenunterstützung 140 458, zusammen 452 184 Personen. Von den Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung entfielen auf Berlin 177 981, auf die Provinz Brandenburg 121 508, auf die Grenzmark Posen-Westpreußen 12 237. Für die Krisenunterstützung betragen die entsprechenden Zahlen für Berlin 107 824, Brandenburg 30 795, Grenzmark Posen-Westpreußen 1830.

Zur Entwicklung der Saisonbelegung bemerkt der Bericht, daß sich trotz der Verzögerung der Frühjahrseinstellung durch den Kälteeinbruch in der Landwirtschaft doch schon leichte Anzeichen einer beginnenden Besserung bemerkbar machen. Auch im Braunkohlenbergbau hat der Abbau der Stapelbestände zu einer kleinen Besserung geführt. Dagegen blieben die Verhältnisse in der Metallindustrie unverändert schlecht, woran auch die lebhaftere Vermittlungstätigkeit für den Berliner Automobil- und Flugzeugbau nichts ändern konnte. In der Textilindustrie und dem Bekleidungsgebiete hat sich der Beschäftigungsgrad der Saison entsprechend gehoben. Auch im Bergbau hat sich die Lage nach dem Abschluß der Kälteperiode und der Freigabe der Dampfschiffahrt gebessert.

Erste Anleihe der Internationalen Bodenkreditbank-Basel überzinsdet. Die kürzlich von deutschen Hypothekendarlehen- und in- und ausländischen Kreditbankengruppen gegründete Internationale Bodenkreditbank-Basel, die dem deutschen Realkreditkapital zuführen soll, hatte den ersten Anleiheerfolg. 15 Millionen Schweizer Franken 6prozentige Anleihe wurden sofort überzeichnet. In England und Schweden aufgelegte 10 Millionen Franken wurden ebenfalls sofort untergebracht.

Neue Industriestillelegung in der Ostmark. Die durch Massenstilllegungen von Betrieben besonders hart betroffenen ostbrandenburgische Industriearbeiterchaft hat jetzt durch die Stilllegung der Paul Steinbach, Papier- und Zellulosefabrik L. G. in Frankfurt a. O. oder einen neuen schweren Schlag erhalten. Die Entlassung der Werksangestellten erfolgt am 1. April. In den beiden stillgelegten Werken waren 500 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Die arbeitstägliche Papiererzeugung betrug 27 000 Kilogramm und die Zellstoffproduktion 18 000 Kilogramm.

Zunahme der Arbeitslosen in der Tschechoslowakei. Die Zahl der Beschäftigten in der tschechoslowakischen Republik betrug Ende Februar rund 337 700 gegen 313 511 Ende Januar 1931.

Die Amerikaner exportieren 3 1/2 Milliarden Mark. Nach Mitteilungen des amerikanischen Department of Commerce machten die amerikanischen Ausweisungen an das Ausland im Jahre 1930 862,2 Millionen Dollar aus, das sind rund 3,6 Milliarden Mark oder etwa 1,3 Milliarden mehr, als der englische Kapitalexport im Jahre 1930 betragen hat.

Gegen lästigen Juckreiz der Haut, schmerzhaften Brennen und Wäde der Hände und des Gesichts, hervorgerufen durch Witterungswechsel, verwendet man die feuchtigkeitweiche Reodor-Rühl-Creme (zarte Padung), gleichzeitig vorzügliche Fuderunterlage, herrlich duftende Schönheitscreme, Tube 60 Pf. und 1 Mark, wirksam unterstützt durch Reodor-Edel-Öl, 50 Pf., in allen Apotheken-Verkaufsstellen zu haben.

Max Bernardi: Frühlingssturm

Wenn die Scirocco über die Bergspitzen streicht und ins Tal hinunterfällt, dann tummeln sich die Frauen hinter der großen Wäsche. Wo sich nur ein Strick spannen läßt, wird er mit nasser, triefender Wäsche befüllt, in die der brandige Sturm wüßlig fährt. Aufgeplustert hängen Hemden und Hosen wie angefressene Dackelbäuche an schwingenden Seilen und an dem flatternden Raß neigt der trockene Wind seine heiße Zunge. Aus der Sahara aufgejagt, bebt er über den blauen, italienischen Himmel und stürzt kopfüber als glühender Orkan lawinenpollernd in die Berge. Wo es ihm gefällig, streift er mit seinem Bauch schneegeacht Wiesen, Acker und Gärten, legt sich über Nacht in schwüler Schwere auf die Dächer, in Estraden, Gassen und in die Behausungen braver Bürger, die am Morgen plötzlich verwundert den Frühling in ihren noch geheizten Stuben hocken sehen.

Marianne, ein kaum fünfzehnjähriges Pflegekind der verwitweten Frau Rat, hatte unter Dach ein Seil gespannt. Ein junger Körper stemmte sich gegen die Böden, die heulend durch Glück fuhren. Ost wußte sie sich auf Zehen reden, um einen wollenen Strumpf oder eine Flanelhose der Frau Rat mit Holzklammern zu befestigen. Dann schwanzte sie mit hochgehobenen Armen wie eine Gliederpuppe die das Stehen lernen soll und ihre kleinen Brüste zeichneten sich spitz durch Kleid und Schürze ab.

Es war finster geworden. Im Treppenhaus brannten die Lichter. Als Marianne die Stufen hinab nahm, blies ein Windstoß plötzlich die Lampen aus. Nur ein leiser, dämmernder Schein aus dem Oberfenster des letzten Stockwerkes spiegelte sich in des Mädchens erschrockenen Augen, als es sich mit einem Ruck auf der knarrenden Holzstiege allein in der Finsternis sah.

Marianne versuchte diesen matten Schein, der in ihren Pupillen schimmerte, in das schwarze Loch des Treppenhauses zu tragen. Als sie aber den Nacken senkte und ihre Blicke in das Dunkel zu ihren Füßen schickte, verlor sich das Augenlicht in Myriaden feuerroter, kleiner Kreise, die selbst dann noch vor ihren Blicken tanzten, wenn sie die Augen schloß. Mit gefenken Lidern — unbewußt das Lastgefühl erhöhend — setzte sie einen Fuß nach der anderen Stufe. Der rechte Arm klammerte sich an die Brüstung und die linke Hand strich blind rudernd durch den Raum. Der Sturm hatte eine Pause eingehoben, die in ihrer Stille unheimlich war. In dieser Stille lauschte das Mädchen, horchte in das Stiegenhaus und in sich. Es fand nicht den Mut, das andere Bein nachzusetzen.

Im Erdgeschoß schlug jemand die Türe ins Schloß. Schritte hallten treppaufwärts. Plötzlich verstummten sie. Angezerrt horchte Marianne ins Dunkel. Nichts regte sich. Auf der Treppe mußte jemand im Aufwärtsschreiten stehen geblieben sein. Vielleicht um einen Schlüssel aus der Tasche zu befreien, vielleicht um einen Augenblick zu verschlafen. Vielleicht aber auch, um ihr aufzufauern. O ja, sie konnte sich das vorstellen.

Ah — sie würde schreien, beißen! Aber was nützte es sie, wenn ein Mann mit schrumpfigem Schnurrbart ihren hilflosen Mund erstikte? Sie hielt den Atem an, wagte keine Bewegung. Eine dunkle Kammer hatte ihr als Kind das Gruseln beigebracht. Zu weilen zitterte sie noch in furchtsamer Erinnerung.

Durch das Treppenhaus riefelte ein Strom warmen Windes. Marianne verspürte den sanften Windstoß wie eine warme Wasserwelle, die sich an ihren Gliedern brach. Sie fühlte im Wind plötzlich eine wohlige Quelle springen, die tipfend ihren Körper umsprühte. Das Gruseln bei dem Gedanken an einen Mann, der sie im Vorüberhuschen um den Leib sodann konnte, begann sogar ihren Rücken zu streicheln, verschuchte die Furcht vor der finsternen Treppe. Sie fandte die dunklen Stufen ein paar fremde Gedanken hinab, die den vermuteten Mann neugierig betasteten.

Marianne hatte noch nie über einen Mann begehrtlich nachgedacht. Wie in allen Mädchenkindern, staute sich in ihr nur die dumpfe Urahnung, daß einst ein Mann ihr ein Leid antun möchte. Dieses verstandstose Ahnen übertrug sich aber in die Gegenständlichkeit wie etwa das ungefähre Wissen eines Schulmädchels um jene künftige Mutterhaft: Ein gelegentliches Grüßen in einer Atempause über das Wie und Warum des Geschehens, dem man am Ende wieder ein Fragezeichen anhängt. Mann, das war noch ein fest umrissener Begriff, der mit langen Hosen und blank gewachsenen Stiefeln marschierte. Ein zusammengeknollenes Biestlein aus Vater, Onkel, Besuch und Strafe.

Immer schärfer hob sich aus dem Gemisch von Furcht und Neugier ein Gedanke: Auf der Treppe steht ein Mann, der dich töffen will. So unheimlich die Treppe erschien, die Gewißheit des bestimmten Geschehens, dem sie sich mit jedem Schritt nähern konnte, verminderte ihre Befangenheit. Ihr Arm, der das Treppengeländer preßte, löste sich aus der trompschastischen Umklammerung. Ohne es sich streng zu befehlen, zog sie den noch immer schwebenden Fuß und setzte ihn behutsam an den anderen heran. Dabei preßte sie die Knie aneinander, verwundert wahrnehmend, welche Kräfte in ihnen schlummerten. Noch ein Gedanke schlich sich ein, tanzte als heßer Flock wie ein sonnenrunder Rohweihling durch ihr Bewußtsein. Knapp über dem roten Strumpfband sah ein Loch in ihrem Strumpf, gelblichgroß das weiße Fleisch rundernd.

Marianne nahm sich vor, die gefallenen Wäsche noch vor dem

Schlafengehen mit der Nadel aufzunehmen. Mit diesem Entschluß, wenn er auch in keinem sinnfälligen Verhältnis zu dem Tief der Treppe zu stehen schien, wagte sie sich wieder ein Stück abwärts. Stufe um Stufe nahm sie mit der Beharrlichkeit des Unabwendbaren. Und jeder Schritt schmeckte einen Schwärm Gedanken auf.

Atemwarm blies der Sturm. Er fing sich in dem Mädchen, schmeigte sich an seine Glieder, koste Nacken und Arme, wirbelte im Unterleib, fuhr wie ein aufgeregter Kreis um Schenkel und Beine.

Frau Rechnungsrat besah ein dickes Buch, in welchem Frau Rat nachschlug, wenn sie die Sicht plagte. Einmal hatte Marianne in

Zu Hermann Müllers Tod

Die Glieder lösten sich die schmerzbevoll'n.
Du strecktest dich zum letzten Schlaf.
Nun zählst du auch zu unsrer Märzgefall'n,
Trotzdem dich keine Kugel traf.

Dir nahte sich der Tod nicht als der Ritter,
Der unverseh'n, mit einem Schwertreich fällt.
O nein, dir ward dein Sterben wie dein Leben bitter,
Obgleich du standhieltst wie ein Held!

Das war das Große an dir, daß du all die Jahre
Dir schweigend aufgebürdet unser aller Last
Und daß du selbst auf deiner Leidensbahre
Das Schwerste stumm getragen hast!

Wir Sozialisten, Volk der schütternden Fabriken,
Wir, eingezwängt
im Bergwerk, in der Werkstatt, im Kontor
Spüren erschüttert, wenn wir dir ins starre Anlitz blicken,
Was unsereins an dir verlor!

Doch soll nicht unnütz Klagen uns das Herzerreißen!
Nein, heute, da halomast die roten Fahnen wehn,
Da wollen wir dir uns're Dankbarkeit beweisen,
Indem wir fester noch zu unsrem Banner stehn!

Schließt die Lücke, keine Zeit zu verlieren!
Kampfvolk! Proletariat! Vorwärts den Fuß!
Der Sozialismus muß und wird marschieren!
Dies, Hermann Müller, unser letzter Gruß!

Oskar Wöhrle.

dem Band gestültert, es waren viele Abbildungen darin. Aber Frau Rat hatte es ihr mit einem Scheltwort aus der Hand genommen und im Wäschehaufen verschlossen. Natürlich ließ Frau Rat einmal den Schlüssel stecken und Marianne konnte sich über das geheimnisvolle Buch beugen. Es war grauig: Zerhacktes Fleisch und Gekwür. Der geöffnete Leib einer jungen Frau schmerzte ihrem eigenen Leib hinter einer Seidenoblate schimmerte das farbige Bildnis eines nackten Mannes. Und als später Frau Rat ins Zimmer trat, da konnte Marianne ihre Verwunderung kaum verbergen. Ihre Verwunderung über die alte Frau Rat, die das alles, alles, längst wußte, ohne mit der Wimper zu zucken.

Der Sturm fing einen Behlout auf. Trug ihn klagend durchs Treppenhaus. In zusammengekrümmter Stellung hatte Marianne auf den Stufen. Ein unbekannter Schmerz wühlte in ihrem Schoß, wilder Schreck peinigete sie. Der Mann, der da irgendwo im Dunkeln lauerte sollte, war vergessen. Zitternd schleppte sie sich die letzte Schneckenwindung der Treppe hinunter. Schlich mit Tränen in den Augen in das Schlafgemach der alten Frau Rat.

Am Morgen lag im Anflitz der kleinen Marianne ein Hellschein. Bedächtigen Schrittes stieg sie die Treppe empor. Auf einer Stufe lag braun ins Holz gebrannt, ein höflicher Tropfen Blut. Marianne sah ihn nicht. Sie hielt den Kopf erhoben.

Die große Wäsche vom vergangenen Abend hing wie dürres Laub im Weist des Dachstuhls. Marianne sammelte sie in ihrem Arm. Bevor sie sich zum Behen anschickte, wandte sie noch einmal den Kopf.

Die Bergspitzen guckten ins Dachfenster, klar und ganz nahe gerückt durch den nächtlichen Scirocco. Er hatte ihren Schnee gefressen. Von der Strafe herauf winkte ein Schulmädch. Mariannes Mund umspielte ein erhabenes Lächeln. Ihr Blick folgte einem Soldaten, der quer über den sonnbeschienenen Platz schlenkerte. Die Knöpfe seiner Uniform blitzten wie viele kleine Sonnen. Im Tal lag der Frühling.

Kann sind aber die uns nächsten Fixsternen immer noch viele Lichtjahre von uns entfernt. Bis vor wenigen Jahren galt der helle Stern Alpha im südlichen Sternbild des Centauren als der uns nächste Fixstern. Seine Entfernung von der Erde ist nach den neuesten Messungen auf 4,3 Lichtjahre bestimmt worden. Nun aber haben die Astronomen Innes und van den Bos von der südafrikanischen Sternwarte zu Johannesburg in allernächster Nähe von Alpha Centauri ein Sternchen 11. Größe genauer untersucht und nach sorgfältigen Beobachtungen festgestellt, daß dieses Sternchen uns noch näher steht als Alpha Centauri. Diese Sonne ist nur 3,6 Lichtjahre von uns entfernt. Der uns so nahe Fixstern wurde Proxima Centauri benannt. So hat also der große und helle Stern Alpha Centauri die jahrzehntelang innegehabte Stellung als uns nächster Fixstern nachbar im Weltensraum aufgeben müssen zugunsten eines winzigen Sternchens 11. Größe, das menschlicher Scharfsinn und astronomische Rechenkunst auf diesen Ehrenplatz unter den Fixsternen gehoben hat.

Karl Loraszy:

Die Geschichte einer Tasse Kaffee

Der Kellner stellte den Kaffee auf den Tisch und ging wieder fort, der Kaffee aber begann zu sprechen:

„Ich sehe, verfluchter Gast, wie sich deine Mundwinkel, während du dich an meiner lichtbraunen Farbe ergößest, zu einem Lächeln verziehen. Bevor du noch mit deinen gierigen Krallen den Henkel der Tasse ergreiffst, um mich hinunterzuschürfen, damit ich für immer und spurlos auf dem finsternen Grunde deines Magens verschwinde, höre noch all die Klagen und Bormwürfe an, die in mir verborgen sind.“

Die Milch, die in mir enthalten ist, stammt von einer rotgeklebten Schweizer Kuh, von einer Mutterkuh, die auf der Weide fröhlich nach ihrem dahelingebliebenen Kalb brüllte, aber niemand erhörte ihre mütterlichen Klagen. Nicht einmal der Hirt, der ihr mit seinem Stab einige tüchtige Hiebe auf den Rücken versetzte, sein Hund aber biß sie in das Vorderbein, weil sie melancholisch und über ihr Junges nachsinnend, am Rande des Rasenfeldes stehen geblieben war. Die Kuh kam am Abend nach Hause, ihr hungriges Kalb eilte zu ihren Eutern, aber seine rosarote Schnauze wurde von dem Abfaß eines rohen Stiefels weggestoßen, denn die Milch war für dich nötig, damit du heute nachmittags ruhig deinen Kaffee trinken kannst.

Den alten Roger streckte die Ohrfeige des gestrengen Farmers zu Boden. Auch er bekam tüchtige Fußtritte, damit er sich beeile, seine Tagesarbeit zu vollenden; die verstreuten Kaffeekörner, aus welchen der schwarze Sud zu deinem Kaffee zubereitet wurde, benetzte der kaffeebraune Alte mit seinen Tränen, und er gedachte leuzend der auf dem hohen Gipfel einer Kokospalme verbrachten sorglosen Jugendzeit.

Und es kragt auch die Zichorie, deren Wurzel dem Bohnenkaffee beigelegt wurde, denn als man sie aus der Erde herausriß, verlegte sich mit ihr eine Arbeiterin den Finger, daß er blutete.

Eine leise erklingende Dorfklode war einst die Kanone, die man, nachdem sie menschliche Arme und Beine zerlegt hatte, wieder einschmolz, und es wurde daraus jener Kessel angefertigt, in welchem aus der süßen Sahne der vor dem hungrigen Kalbe gemoltenen Milch der Mutterkuh ein fester Schaum geschlagen wurde, um deinen Nachmittagskaffee hübscher, appetitlicher und geschmackvoller zu machen.

Nun aber los! Boche die Tasse beim Henkel, hebe sie hoch und leere sie bis auf den Grund — wenn du kannst! ...

So sprach der Kaffee, und ich ließ ihn unberührt auf dem Tisch stehen. (Annotierte Uebersetzung aus dem Unarischen von Maurus Regel.)

Abrahams Alltag

Das Neueste von den Ausgrabungen in Ur

Wie der Leiter der Ausgrabungen in Ur foeben an das Londoner Britische Museum berichtet hat, beschränkte sich die Ausgrabungstätigkeit der gemeinsamen Expedition des Britischen Museums und der Unioersität von Pennsylvania im Januar auf die Wohnviertel der Stadt. „Auf einem Areal, das etwa 10 000 Quadratmeter groß ist“, heißt es in dem Bericht, „haben wir 27 Privathäuser, drei öffentliche Kapellen und eine Anzahl von Gebäuden freigelegt, die als Geschäfts- und Warenhäuser dienen. Sie gehören alle nach den in den Häusern gefundenen Inschriften der Zeit der Sargoniden an, d. h. dem 20. und 21. Jahrhundert vor Christi Geburt, so daß sie als Zeugen der Baukunst zur Zeit Abrahams zu gelten haben. Die Häuser sind tadellos erhalten und zeigen große Ausmaße. Zählen doch manche bis zu 22 Räumen. Fast alle haben Privatkapellen, unter deren Boden die Grabstätten der Familien liegen. Dort wurde auch der häusliche Gottesdienst abgehalten. In einem der Räume standen noch die Opfergefäße aus Lehm auf ihrem Platz auf dem Altar aus Ziegelfsteinen. Auf der anderen Seite fanden wir einen Pfeiler, dessen bearbeiteter Lehmputz darauf schließen läßt, daß er einer hölzernen Originalvorlage nachgeahmt wurde. Aus den Häusern brachten wir reiche Sammlungen beschriebener Tafeln aller Art zusammen. Den kleinen Reliquienkästen, die ein Wahrzeichen dieses Stadtviertels bilden, entnahmen wir die Originalfiguren des Kults, die aus Stein gemeißelt sind, und daneben fanden wir große Reliefs aus Terrakotta, die die Mauern schmückten. Kurz, wir sind im Begriff, ein Material zusammenzubringen, das ein erstaunlich genaues Bild von dem Alltagsleben geben wird, wie es sich vor 4000 Jahren in Ur abgespielt hat.“

Geologische Aufschlüsse durch Pflanzen

Die Tatsache der Kenntnis, daß gewisse Pflanzen einen Boden von ganz bestimmter mineralogischer Beschaffenheit bevorzugen und nur auf ihm gedeihen, hat man sich schon seit langem zu geologischen Aufschlüssen über die Zusammensetzung des Bodens zunutze gemacht. So sind auch im Waldgebiet von Orleans auf Grund der inmitten der auf Kieselboden hinwühlenden Flora auftretenden viele Kilometer langen Streifen von Kalkpflanzen Untersuchungen angestellt worden, die zu dem Ergebnis der Freilegung einer alten mit Kalksteinen gepflasterten Römerstraße führten. Beim Aufsuchen von Lagerstätten edler Mineralien konnte die Pflanzenbedeckung des Bodens zu den wichtigsten Schlüssen führen. Das Vorhandensein von Zink zeigt deutlich das Galmesioxid an, das zum Beispiel in Oberösterreich, Belgien und Westfalen auftritt, wo der Boden zinkhaltig ist. Die Akerdistel spielt als Anzeiger von Lehmstellen eine hervorragende Rolle und hufstättig weist meist auf trockenen kalkhaltigen Ton hin. Orchideen dagegen sind ausgesprochene Kalkpflanzen, während Heidelbeere und Heidelbeere als Sandpflanzen angesehen werden. Das Gänsefußchen ist eine typische Salzpflanze, das im norddeutschen Flachlande dort anzutreffen ist, wo offene Stellen vorhanden sind, auf denen Salzen aus den Salzlagern emporsteigen.

Walter P. Schmalbach: Der nächste Fixstern

Die sogenannten Fixsterne, also die Sterne, die wir allabendlich am Himmel leuchten sehen und die ihre Stellung zueinander nicht merklich ändern und darum seit altersher zu den bekannten Sternbildern zusammengefaßt werden, sind ebenso Sonnen wie unser Tagesgestirn; gasförmige, Licht und Wärme ausstrahlende Himmelskörper, die da aus unermeßlicher Ferne zu uns herübergrüßen. Nur die bekannten Planeten oder Wandelsterne, die sich am Himmel unter den anderen Sternen fortbewegen und durch ihren ruhigen und milden Glanz sich von den anderen unterscheiden, bilden eine Ausnahme; sie sind nämlich ebenso wie unsere Erde Mitglieder des Sonnensystems, empfangen ihre Licht erst von der Sonne und umkreisen seit Jahrmillionen schon in mehr oder weniger großen Bahnen das Zentralgestirn. Die Entfernungen in unserem Sonnensystem sind nun, obwohl sie natürlich für menschliche Begriffe und Wahrverhältnisse immer noch riesenhaft sind, immerhin noch vorstellbar, mit Instrumenten und durch scharfsinnige astronomische Rechenmethoden festzustellen und in uns geläufigen Längeneinheiten und Zahlen auszudrücken, wenn es dabei auch in die Hunderttausende und Millionen geht, was aber, da wir es hier ja mit kosmischen Entfernungen zu tun haben, weiter nicht verwunderlich sein sollte. Ganz anders und weit schwieriger liegen die Verhältnisse in der Fixsternastronomie. Hier sind die angegebenen Entfernungen kaum noch vorstellbar, sie in Kilometerzahlen auszudrücken, wäre sinnlos; man muß hier zu anderen Maßen und Entfernungseinheiten greifen. Zur Natur der Fixsterne sei kurz gesagt, daß dies Sonnenkörper sind, die sich im

gasförmigen Zustand mit derart hohen Temperaturen befinden, daß die Elemente, die die Welt aufbauenden Grundstoffe also, sich noch gasförmig vorfinden, oder sogar, was den allerneuesten Forschungen der Fixsternastronomie entspricht und durch die Arbeiten des bekannten englischen Astronomen Eddington dargelegt wird, daß die Elemente im Innern dieser Sonnensterne unter dem ungeheuren Materiedruck und Temperaturen von vielen Millionen Hitzegraden als Elemente in unserem Sinne noch gar nicht vorhanden sind; vielmehr sind die Atome, die Bausteine der Elemente, in ihre Urbestandteile aufgelöst und wirbeln im Innern eines Fixsternes chaotisch durcheinander. Es gibt nun Sonnen, die größer sind als unsere Sonne, z. B. der Siriusstern im Großen Hund und Kapella im Fuhrmann, und auch solche, die kleiner sind als unser Sonnenstern. Es ist jedoch erwiesen, daß unsere Sonne zu den Zwergen im Reich der Sonnenkörper gehört, die Wissenschaft reißt sie in die Klasse der gelben Zwergsterne. Die Farben der Fixsterne lassen Schlüsse auf das Alter und die Temperaturen zu. So hat man gefunden, daß die Sterne mit blauem Licht zu den heißesten und jüngsten Sonnen zählen, die gelben Fixsterne nehmen etwa die Mittelstellung ein und die roten Sterne sind am wenigsten heiß und vielleicht die ältesten unter den Fixsternen.

Der Astronom rechnet nun bei Fixsternentfernungen mit Lichtjahren. Das Lichtjahr ist die unendlich lange Strecke, die das Licht, das ja bekanntlich in einer Zeiteinheit rund 300 000 Kilometer zurücklegt, im Laufe eines irdischen Jahres im Weltensraum durchläuft.